



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

NATO-Erweiterungen zwischen Konsens und Blockade
Eine Analyse der Mechanismen und Einflussfaktoren im
Beitrittsprozess Finnlands (2023) und Schwedens (2024)

verfasst von | submitted by

Alexandra Elisabet Merra BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Patrick Müller Privatdoz. M.A.

I. Abstract

Diese Arbeit untersucht die NATO-Erweiterungen Finnlands (2023) und Schwedens (2024). Das Hauptziel besteht darin, die zugrundeliegenden Prozesse dieser Beitritte im Kontext geopolitischer Bedrohungen und NATO-interner Herausforderungen zu erklären, um so zu einem differenzierten Verständnis von NATO-Erweiterungen beizutragen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage „Wie können NATO-Erweiterungen, insbesondere die Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024), erklärt werden?“, wurden im Rahmen einer qualitativen Fallstudienanalyse die Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens mittels Minimalist Process Tracing sowohl chronologisch rekonstruiert als auch systematisch anhand offizieller Regierungsberichte, NATO-Pressemitteilungen, NATO-Dokumente und Medienberichte analysiert. Diese empirische Untersuchung orientiert sich dabei an den vier theoriebasierten kausalen Mechanismen: der *Kosten-Nutzen-Abwägung*, *Hostage-Taking*, *Bargaining* und *Rhetorical Action*. Die Ergebnisse zeigen, dass das theoretische Konzept *Hostage-Taking* als entscheidender, kausaler Mechanismus zur Erklärung der Verzögerung bei beiden Beitritten gilt. *Bargaining* bzw. die transaktionalen Aspekte von *Hostage-Taking* erwiesen sich als ausschlaggebend für die Überwindung dieses Blockadeverhaltens und führten schließlich zum Erfolg der NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens. Die vorliegende Arbeit bestätigt somit die theoriebasierte Annahme, dass Erweiterungs- und Entscheidungsprozesse, insbesondere in internationalen Organisationen, von strategischen Verhaltensweisen beeinflusst und mitgestaltet werden.

II. Abkürzungsverzeichnis

CAATSA	Countering America's Adversaries Through Sanctions Act
CRP	Common Resource Pool
CRS	Congressional Research Service
EFTA	European Free Trade Association
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FCMA	Treaty of Friendship, Cooperation and Mutual Assistance
FETÖ	Fetullahistische Terrororganisation
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IFOR	Implementation Force
ISAF	International Security Assistance Force
KFOR	Kosovo Force
LIO	Liberal International Order
MAP	Membership Action Plan
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NORDEF	Nordic Defence Cooperation
NPA	NATO Parliamentary Assembly
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PARP	Planning and Review Process
PESCO	Permanent Structured Cooperation
PfP	Partnership for Peace
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans

PYD	Partei der Demokratischen Union, kurdische Partei in Syrien
SFOR	Stabilization Force
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization
YPG	Volkverteidigungseinheiten, bewaffnete kurdische Miliz in Syrien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Literaturüberblick	3
3. Theoretischer Rahmen	10
3.1 Theoretische Verortung	10
3.1.1 Konstruktivistische Perspektiven.....	10
3.1.2 Rationalistische Perspektiven	13
3.2 Hostage-Taking.....	17
3.2.1 Definition und Grundannahmen	17
3.2.2 Strategien von Hostage-Taking zur Reduzierung von Reputationskosten	19
3.2.3 Wirksamkeit und Reaktionen auf Hostage-Taking.....	20
3.2.4 Auswirkungen von Hostage-Taking auf internationale Organisationen.....	21
3.3 Analytischer Rahmen.....	22
4. Methodologie	23
5. Hintergrund.....	25
5.1 Identität und zentrale Entwicklungen der NATO	26
5.2 Aktuelle Herausforderungen der NATO.....	28
5.3 Historischer Kontext: Finnlands Beziehungen zu Russland und der NATO.....	31
5.4 Historischer Kontext: Schwedens Neutralitätspolitik und Annäherung an die NATO ..	33
6. Analyse der NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens	36
6.1 Chronologischer Überblick: Finnland.....	36
6.2 Fallanalyse Finnland	39
6.2.1 Kosten-Nutzen-Abwägung	40
6.2.2 Hostage-Taking.....	43
6.2.3 Bargaining.....	46
6.2.4 Rhetorical Action	49
6.3 Chronologischer Überblick: Schweden	52
6.4 Fallanalyse Schweden.....	55

6.4.1 Kosten-Nutzen-Abwägung	55
6.4.2 Hostage-Taking.....	59
6.4.3 Bargaining.....	64
6.4.4 Rhetorical Action	67
6.5 Vergleich der Fallbeispiele	69
7. Diskussion der Ergebnisse, Fazit und Ausblick	70
7.1 Vorgangsweise in der Arbeit	70
7.2 Darstellung zentraler Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage	71
7.3 Reflexion der Methodik	74
7.4 Ausblick	76
III. Literaturverzeichnis	77

1. Einleitung

Der russische Großangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 führte zu einer plötzlichen und grundlegenden Veränderung der europäischen Sicherheitsordnung. Für Länder wie Finnland und Schweden wirkte dieser Moment zugleich als Katalysator für einen historischen Wendepunkt in ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Besonders Finnland, welches mit Russland eine über 1.300 Kilometer lange Grenze teilt, reagierte, auf die akute Bedrohung mit einer fundamentalen Neuausrichtung: dem Antrag auf NATO-Mitgliedschaft. In einer gemeinsamen Ansprache mit Schweden verkündeten beide Länder am 18. Mai 2022 dem Bündnis beitreten zu wollen und ihre Tradition der Neutralität bzw. Bündnisfreiheit damit aufzugeben (Michalski et al. 2024: 139). Der historische Hintergrund der beiden Staaten verdeutlicht die Bedeutung dieser Entscheidung und lässt sich zumindest für Finnland mit der Lektion aus dem Winterkrieg (1939-1940) in den Worten von General Adolf Ehrnoth zusammenfassen: „Never again alone“ (ei koskaan enää yksin) (Arter 2023: 183). Vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine sah sich die NATO mit der größten sicherheitspolitischen Herausforderung seit Ende des Kalten Krieges konfrontiert und war gezwungen, sich strategisch an die neue geopolitische Realität anzupassen. Besonders wichtig war dabei, nach außen zu vermitteln, dass das Bündnis einig handelt. Dennoch verzögerten sich beide NATO-Beitritte über mehrere Monate hinweg, wodurch die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der NATO auf den Prüfstand gestellt wurde. Die strategischen Verzögerungstaktiken der Türkei und Ungarns im Verlauf der NATO-Erweiterung Finnlands und Schwedens stellen die Orientierung an gemeinsamen Normen und Werten grundlegend infrage, insbesondere im Hinblick auf die Bemühung im Konsens zu handeln und Vetos nur in Ausnahmefällen einzusetzen. Gleichzeitig werfen sie die Frage nach den politischen Dynamiken innerhalb des Bündnisses vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen auf.

Basierend auf diesem Hintergrund lässt sich die anhaltende Relevanz von NATO-Erweiterungen ableiten. Die NATO-Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024) eröffnen die Möglichkeit einer erneuten Auseinandersetzung mit theoretischen Ansätzen und Faktoren, die den Erfolg von Erweiterungsprozessen der NATO erklären können. Für die Untersuchung der Beitritte ist insbesondere die Überprüfung des zwar bereits bekannten, aber kaum empirisch getesteten theoretischen Konzepts *Hostage-Taking* zentral. Unter gleichzeitiger Berücksichtigung aktueller interner sowie externer Herausforderungen für die NATO besteht das Ziel dieser Arbeit darin, zu einem differenzierten Verständnis von NATO-Erweiterungen

und den zugrundeliegenden Prozessen beizutragen. Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet daher: „Wie lassen sich NATO-Erweiterungen, insbesondere die Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024), erklären?“.

Zur Beantwortung der Fragestellung wird eine qualitative Fallstudienanalyse mithilfe von Minimalist Process Tracing durchgeführt. Dies ermöglicht einerseits eine detaillierte Rekonstruktion des kausalen Verlaufs der jeweiligen Beitritte und andererseits die Überprüfung der aus dem theoretischen Rahmen abgeleiteten kausalen Mechanismen anhand des empirischen Datenmaterials. Die untersuchten kausalen Mechanismen sind folgende: *Kosten-Nutzen-Abwägung*, *Hostage-Taking*, *Bargaining* und *Rhetorical Action*¹.

Die vorliegende Arbeit ist in sieben Hauptkapitel aufgeteilt. Basierend auf den zentralen Erkenntnissen und theoretischen Ansätzen bereits bestehender Forschung zur Erklärung von NATO-Erweiterungen in Kapitel 2 wird in Kapitel 3 ein theoretischer Rahmen gebildet, auf dem die anschließende empirische Analyse aufbaut. Dieser umfasst zunächst die kritische Einordnung der konstruktivistischen Theorie, um ihren Erklärungsanspruch zu überprüfen (3.1.1). Daran anschließend wird die Rationalismus-Theorie, die die Grundlage für das zu untersuchende Konzept (*Hostage-Taking*) bildet, näher betrachtet. Ergänzend werden veränderte politische Entwicklungen berücksichtigt, die zur Herausbildung neuer Strategien wie *Hostage-Taking* beigetragen haben (3.1.2). Im nächsten Schritt wird *Hostage-Taking* als Erklärungsansatz für NATO-Erweiterungen vorgestellt (3.2). Zentral sind dabei: Definition und Grundannahmen (3.2.1), Strategien zur Reduzierung von Reputationskosten (3.2.2), Wirksamkeit und Reaktionen auf *Hostage-Taking* (3.2.3) und zuletzt (3.2.4) Auswirkungen von *Hostage-Taking* auf internationale Organisationen. Danach stellt Kapitel 4 die methodische Vorgehensweise und das Forschungsdesign der empirischen Analyse vor. Nach dem in Kapitel 5 erläuterten historischen Hintergrund der Identität und politischen Logik der NATO sowie der historischen Verflechtungen Finnlands und Schwedens mit der NATO und Russland, folgt in Kapitel 6 eine umfangreiche Untersuchung der beiden Fallbeispiele anhand der vier identifizierten kausalen Mechanismen. Die Ergebnisse beider Fälle werden anschließend miteinander verglichen (6.5). Im letzten Abschnitt dieser Arbeit, Kapitel 7, wird die Forschungsfrage anhand der Darstellung zentraler Ergebnisse konkret beantwortet (7.2). Abschließend folgt eine methodische Reflexion (7.3) sowie ein Ausblick (7.4).

¹ In dieser Arbeit werden die Begriffe „Kosten-Nutzen-Abwägung“, „Hostage-Taking“, „Bargaining“ und „Rhetorical Action“ in kursiver Schrift hervorgehoben.

2. Literaturüberblick

Theoretische Ansätze, insbesondere der Konstruktivismus, der Rationalismus und in Teilen auch der Liberalismus, bilden einen zentralen Diskussionspunkt in der bestehenden wissenschaftlichen Forschung zur Erklärung von NATO-Erweiterungen im Bereich der internationalen Politik. Obwohl sich laut Schimmelfennig (1998) sowie Edström und Gyllensporre (2023) die verschiedenen theoretischen Ansätze nicht zwangsläufig ausschließen und sich zumeist sogar ergänzen, um ein umfassenderes Verständnis der NATO-Erweiterungen zu erlangen, bleibt die Debatte darüber bestehen, welche dieser Theorien die Erweiterungen am besten erklären kann (Schimmelfennig 1998: 230; Edström/Gyllensporre 2023: 276). Hinzu kommt, dass jüngere Erweiterungen wie die Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024) neue Fragen zu kausalen Mechanismen und kontextuellen Bedingungen der Erweiterungspolitik aufwerfen. Der folgende Literaturüberblick zeichnet die Entwicklung der wissenschaftlichen Diskussion über NATO-Erweiterungen nach und dient dazu, die theoretischen Ansätze sowie deren konzeptionelle Bausteine vergleichend gegenüberzustellen.

Die Arbeit von Schimmelfennig (1998) bietet dabei einen zentralen Ausgangspunkt, da sie an der Erklärung von früheren Beitritten der ost- und mitteleuropäischen Länder – der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens – ansetzt und darin drei zentrale Fragen klärt: Warum streben mittel- und osteuropäische Länder eine NATO-Mitgliedschaft an? Warum entschied sich die NATO für Erweiterungen? Weshalb wurden genau diese drei Länder zum Beitritt eingeladen? Schimmelfennig (1998) argumentiert mit einem konstruktivistischen Ansatz. Dieser versteht die NATO als den „militärischen Zweig“ der euro-atlantischen und westlichen Gemeinschaft, die auf liberal-demokratische und multilateralistische Werte und Normen aufbaut, und interpretiert Erweiterungen der NATO als Prozess internationaler Sozialisation (Schimmelfennig 1998: 198). Konstruktivistische Ansätze, vor allem jene von Schimmelfennig (1998), setzen sich kritisch mit den Erklärungslücken der rationalistischen Theorien im Kontext der NATO-Erweiterungen auseinander und argumentieren, dass diese die NATO-Beitritte der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens nicht ausreichend erklären können (ebd.: 200). Aus rationalistischer Sicht gäbe es demnach mehrere Gründe, die für die NATO gegen eine Erweiterung sprechen: Zum einen wird argumentiert, dass die sicherheitspolitische Bedrohung durch Russland nach dem Ende des Warschauer Pakts und der Auflösung der Sowjetunion deutlich abgenommen habe, sodass keine weiteren Erweiterungen

notwendig wären. Vielmehr könne es zu einer Verschlechterung der Beziehung mit Russland führen oder sogar eine zukünftige Bedrohung provozieren. Zum anderen ist die rationalistische Theorie davon überzeugt, dass Bündnisse mit wenigen Mitgliedern vorteilhafter sind als Bündnisse mit vielen Mitgliedern. Das Prinzip „Small is beautiful“ deutet diesbezüglich darauf hin, dass kleinere Gruppen in der Regel effizienter und erfolgreicher arbeiten, da die Wahrscheinlichkeit von Trittbrettfahrern sowie die damit verbundenen Kosten niedriger sind und sich die Komplexität im Entscheidungsprozess verringert (Schimmelfennig 1998: 206–207). Darüber hinaus stützt sich die Rationalismus-Theorie auf einen clubtheoretischen Ansatz, der internationale Organisationen wie die NATO als Clubs betrachtet, in denen unteilbare (zum Beispiel Abschreckung) und teilbare (zum Beispiel Streitkräfte oder Waffen) Vorteile gemeinsam genutzt werden. Erweiterungen dieser Clubs könnten jedoch zu Problemen führen, da neue Mitglieder als Rivalen um diese Güter auftreten und somit mehr Kosten als Nutzen für die bestehenden Mitglieder zu erwarten sind (ebd.: 200–201).

Auch Anghel und Jones (2025) greifen die Club-Theorie im Kontext internationaler Organisationen auf und analysieren, wie sich Erweiterungen auf die gemeinsame Verwaltung der Ressourcen auswirken. Ihr Hauptargument besteht darin, dass sich internationale Organisationen – dabei beziehen sie sich hauptsächlich auf die Europäische Union – von exklusiven Clubs zu gemeinschaftlichen Ressourcenpools (Common Resource Pools, CRPs) entwickelt haben und somit sowohl die Struktur als auch die Art der Zusammenarbeit Veränderungen erfordert, um die Effizienz und Konfliktvermeidung zu bewahren (Anghel/Jones 2025: 1). Ähnlich ist auch die NATO aufgrund der wachsenden Anzahl an Mitgliedern von dieser Entwicklung betroffen. Traditionell fungiert die NATO als exklusiver Club, der wichtige Güter, wie Sicherheit und militärische Ressourcen, etwa Waffen und Streitkräfte, bereitstellt. Diese basieren auf der Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, den Beiträgen sowie gemeinsamen Verteidigungsstrategien. Durch die wachsende Anzahl an Mitgliedern sieht sich allerdings auch die NATO mit den Herausforderungen konfrontiert, die in der Arbeit von Anghel und Jones (2025) diskutiert werden, wie etwa größere Heterogenität, das Risiko des Trittbrettfahrens, zunehmende Komplexität in Entscheidungsprozessen und Rivalität um Ressourcen (ebd.: 2). Gerade aufgrund dieser Entwicklungen, so Schimmelfennig (1998), wäre ein Interesse an einer NATO-Erweiterung von mittel- und osteuropäische Staaten aus rationalistischer clubtheoretischer Perspektive nur schwer nachzuvollziehen (Schimmelfennig 1998: 206).

Vor diesem Hintergrund bieten insbesondere die konstruktivistischen Theorien, ergänzt durch liberale Ansätze, eine überzeugendere Erklärung für die frühen Beitritte der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens. Konstruktivistische Ansätze vertreten die These, dass sich die NATO für Erweiterungen der mittel- und osteuropäischen Länder entschied, um liberale und demokratische Werte, Frieden sowie Multilateralismus in dieser Region zu fördern (Schimmelfennig 1998: 217). Edström und Gyllensporre (2023) ergänzen diese Perspektive, indem sie einerseits bestätigen, dass aus Sicht eines rationalistischen Ansatzes Zweifel am Nutzen von NATO-Erweiterungen aufgrund des möglicherweise schwindenden Zusammenhalts, steigender Kosten und des Wiedererstarkens Russlands durch provokativ wahrgenommene Expansionen bestehe. Andererseits heben die Autoren im Rahmen der Konstruktivismus-Theorie hervor, dass die NATO die Fähigkeit besitze, liberal-demokratische Normen zu verbreiten. Die Aneignung dieser Normen und Werte gilt dabei als eine Bedingung für einen Beitritt zur NATO. Auch aus liberaler Perspektive erscheinen NATO-Erweiterungen nachvollziehbar. Edström und Gyllensporre (2023) erklären, dass liberale Theorien eine erweiterte Form der NATO deshalb befürworten, weil dies die internationale Zusammenarbeit, Interdependenz und institutionelle Mechanismen zur Förderung von Frieden und Sicherheit stärkt. In Hinblick darauf ist die NATO nicht bloß als Militärbündnis zu verstehen, sondern als entscheidende Institution zur Aufrechterhaltung der regelbasierten Ordnung (liberal international order, LIO) (Edström/Gyllensporre 2023: 275–276). Die liberalen Ansätze werden im Rahmen dieser Arbeit allerdings nicht weiter vertieft, sondern dienen nur zur kontextuellen Einordnung der theoretischen Perspektiven.

Zudem setzt sich die bestehende Forschung mit zentralen konzeptionellen Elementen der konstruktivistischen Theorie auseinander, um ein noch tieferes Verständnis der zugrundeliegenden Prozesse zu gewinnen. Besonders bedeutend scheint hier das Konzept der internationalen Sozialisierung, in der die Beitrittskandidaten sowie die Mitglieder der NATO die Werte der Organisation verinnerlichen (Schimmelfennig 1998: 199). Das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (*Partnership for Peace*, PfP) kann dabei als Beispiel eines Instruments im Sozialisierungsprozess der NATO-Erweiterungen betrachtet werden. Schimmelfennig (1998) zufolge diene es nicht nur als Kooperationsmechanismus, sondern auch zur Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft, in der die NATO den Beitrittskandidaten mit einer *teaching-and-learning*-Strategie die Werte, Normen und Praktiken der Allianz näherzubringen versucht und ihre Fortschritte dahingehend dokumentiert (ebd.: 226). Auch weitere Autor*innen betonen die zentrale Rolle dieser Strategie für erfolgreiche NATO-Erweiterungen,

insbesondere im Kontext der Erweiterungsprozesse mittel- und osteuropäischer Länder (Piirimäe 2024; Gheciu 2005). Während Piirimäe (2024) in seiner Untersuchung die Rolle der USA bei der Vorbereitung der baltischen Staaten auf ihre NATO-Mitgliedschaft als die von „Coaches“ und „Babysittern“ beschreibt (Piirimäe 2024: 651), konzentriert sich die Arbeit von Gheciu (2005) auf die *teaching-and-learning*-Mechanismen und die Vermittlung der liberal-demokratischen Normen, die im Rahmen der Erweiterungsprozesse der Tschechischen Republik und Rumäniens zur Anwendung kamen. Gheciu (2005) verdeutlicht darüber hinaus, dass der Sozialisierungsprozess der NATO nicht nur das Verhalten der mittel- und osteuropäischen Staaten verändern, sondern auch die Definitionen der nationalen Identität und Interessen prägen sollte (Gheciu 2005: 973). Für den Erfolg dieses Prozesses waren laut der Autorin insbesondere die gegenseitige Anerkennung der Rollen als „Lehrer“ und „Schüler“ sowie die Identifikation der sozialisierenden Länder mit der westlichen Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung (ebd.: 982–983). Obwohl dieser Prozess in der Tschechischen Republik und in Rumänien zu transparenteren und inklusiveren Strukturen führte, bezeichnete die Autorin ihn gleichzeitig als elitär, weshalb sie das Phänomen als Paradox der Demokratieförderung definierte (ebd.: 1009). Ergänzend dazu erläutert Piirimäe (2024) wie sich die baltischen Staaten auf ihren NATO-Beitritt vorbereiteten. Laut Piirimäe (2024) waren dabei mehrere Schlüsselmomente, die auf die Strategie *teaching-and-learning* zutreffen, ausschlaggebend: Ein bedeutender Schritt und ein Beispiel des Sozialisierungsprozesses der baltischen Staaten war die Teilnahme am PfP-Programm, in dem die baltischen Beamt*innen und das Militär mit den Planungs- und Befehlsverfahren der NATO vertraut gemacht wurden (Piirimäe 2024: 656). Als zentral wird auch die Rolle der USA als „Coach“ bzw. sozialisierender Akteur gesehen, da sie als führende Rolle die baltischen Staaten in der Anpassung an die Normen und Werte der NATO unterstützte und für die Vorgabe von Zielen, wie etwa Konsolidierung der Demokratie, die Entwicklung der Marktwirtschaft oder europäische Integration, verantwortlich war. Im Rahmen des *Baltic Charter*, eines formellen Vertrags, in dem in regelmäßigen Treffen zwischen amerikanischen und baltischen Beamt*innen die Fortschritte der Reformen überwacht werden, werden die Elemente der *teaching-and-learning*-Strategie nochmals deutlich (ebd.: 660–661). Die bedeutende Rolle der USA in Erweiterungsprozessen der NATO wird zusätzlich in den Studien von Menon und Ruger (2020) sowie Murginski (2023) aufgegriffen, indem sie den starken politischen Willen der USA, Einfluss in Europa zu haben, betonen und argumentieren, dass die NATO nach Ende des Kalten Krieges nicht nur als Verteidigungsbündnis, sondern auch als Instrument der amerikanischen Außenpolitik fungierte (Menon/Ruger 2020; Murginski 2023). Der

Gestaltungsanspruch der USA in Europa kann daher, laut Menon und Ruger (2020), als treibende Kraft für erfolgreiche Erweiterungen gewertet werden (Menon/Ruger 2020: 372–373). Dies steht jedoch im Widerspruch zur konstruktivistischen Erklärung.

Aus der bestehenden Literatur lässt sich somit ableiten, dass die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft für Beitrittskandidaten als Anreiz dient, die Normen und Werte zu internalisieren sowie entsprechende demokratische Reformen umzusetzen (Schimmelfennig 1998: 218). Zugleich gelten die Verinnerlichung und Umsetzung als Bedingung für den Beitritt zum Bündnis. Robinson (2021) spricht in diesem Kontext von der *demokratischen Konditionalität* und weist darauf hin, dass die Einhaltung dieser Werte bereits im Washingtoner Vertrag von 1949, in der Studie über die NATO-Erweiterung von 1995, im PfP-Programm von 1994, im Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP) von 1999 sowie in weiteren NATO-Strategie-Konzepten und offiziellen Reden erwähnt wird (Robinson 2021: 697). Der Autor stellt jedoch fest, dass diese Bedingung in späteren Erweiterungsrounden an Bedeutung verloren haben (ebd.: 704). In diesem Zusammenhang widerspricht Robinson (2021) dem von Schimmelfennig (2003) definierten gemeinschaftlichen Ansatz, der die NATO als liberal-demokratischen Club gleichgesinnter Verbündeter mit gemeinsamen Glaubenssätzen und einer gemeinsamen politischen Kultur betrachte und stellt dem gegenüber die These der *Normalisierung der Abweichung*. Der These zufolge kam es in den Jahren nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zu einer Abschwächung der Bedeutung demokratischer Normen. Dies führte dazu, dass auch Staaten wie Albanien der NATO beigetreten sind, obwohl sie die demokratischen Werte und Menschenrechte nur begrenzt erfüllen (ebd.: 698–700). Weiters setzt der Autor dem konstruktivistischen Ansatz entgegen, dass es eine große Diskrepanz zwischen der normativen Konditionalitätssprache und der tatsächlichen Umsetzung im Hinblick auf die NATO-Erweiterungen gäbe (ebd.: 697–698).

Neben Robinsons (2021) These der *Normalisierung der Abweichung* zeigen sich in der Literatur insbesondere aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in den NATO-Erweiterungen, neue theoretische Ansätze und zunehmende Gegenpositionen zum konstruktivistischen Ansatz. Obwohl der Konstruktivismus zunächst eine sinnvolle Erklärung für die NATO-Erweiterungen der mittel- und osteuropäischen Länder geliefert hat, verliert dieser Ansatz in der Analyse späterer Erweiterungsrounden an Bedeutung. So widersprechen auch Von Hlatky und Fortmann (2020) der konstruktivistischen Erklärung, indem sie eine militärstrategische Perspektive miteinbeziehen. Laut Von Hlatky und Fortmann (2020) kann

die konstruktivistische Logik der kooperativen Sicherheit lediglich unter günstigen Sicherheitsbedingungen realisiert werden, wodurch erklärt wird, dass es für die NATO nach Ende des Kalten Krieges sinnvoller war, die politische Rolle auszubauen, anstatt sich militärisch zu stärken (Von Hlatky/Fortmann 2020: 555–556). Dieses Konzept der kooperativen Sicherheit geht davon aus, dass Konflikte innerhalb vereinbarter Werte und Normen gelöst werden und die Sicherheitsbedrohungen der Gemeinschaft durch Vertrauensbildung, Dialog und kooperative Mechanismen behandelt werden sollen. Die zentrale These der Arbeit von Von Hlatky und Fortman (2020) ist, dass kooperative Sicherheit zwar als offizielles Leitprinzip der NATO verankert wurde, die neuen Mitgliedstaaten der mittel- und osteuropäischen Region sowie Finnland und Schweden es jedoch nicht vollständig übernommen haben und sie stattdessen den Fokus auf die kollektive Verteidigung, insbesondere mit Blick auf die Bedrohung durch Russland, legten (ebd.: 569). Obwohl die Autoren einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung der konstruktivistischen Theorie in Erweiterungsprozessen leisten, wird diese Arbeit ihren Ansatz sowie die Unterscheidung zwischen kooperativer Sicherheit und kollektiver Verteidigung nicht näher verfolgen, stattdessen konzentriert sie sich auf das nachfolgend erläuterte Konzept.

Ein weiteres, aus dem konstruktivistischen Ansatz abgeleitetes Konzept, das sich in der wissenschaftlichen Diskussion zunächst als zentrale Erklärung für erfolgreiche Erweiterungsprozesse, insbesondere in internationalen Institutionen wie der NATO und der EU durchgesetzt hat, in aktueller Forschung aber aufgrund veränderter Dynamiken in der europäischen und internationalen Politik zunehmend infrage gestellt wird, ist *Rhetorical Action*. Die von Frank Schimmelfennig im Jahr 2003 entwickelte Theorie wurde erstmals in seinem Buch *The EU, NATO and the Integration of Europe: Rules and Rhetoric* angewandt, um die Entscheidungsprozesse in der Osterweiterung der beiden Institutionen in den 2000er Jahren zu erläutern (Leuffen *et al.* 2024: 2–3). Sie beschreibt im Kern die strategische Anwendung normbasierter Argumente und die Anspielung auf gemeinschaftliche Regeln, um politische Ziele zu erreichen oder Blockaden zu überwinden (ebd.: 4). Im theoretischen Teil dieser Arbeit wird *Rhetorical Action* als zentraler Mechanismus für die Untersuchung der NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens herangezogen. Insbesondere die Arbeit von Leuffen *et al.* (2024) verdeutlicht, welche Relevanz diese Strategie in früheren Erweiterungsprozessen hatte. Gleichzeitig stellen die Autor*innen angesichts jüngster Entwicklungen in der europäischen und internationalen Politik, wie etwa die gestiegene Politisierung, die zunehmende Stärke populistischer und illiberaler Kräfte, die darauffolgende Krise der liberalen

internationalen Ordnung (*liberal international order*, LIO) sowie das Auftreten neuer geopolitischer Spannung, die Bedeutung dieser Theorie zunehmend in Frage (Leuffen *et al.* 2024: 1). In der Veranschaulichung des empirischen Beispiels des Erweiterungsverlaufs von Finnland und Schweden verdeutlichen die Autor*innen die Grenzen des rhetorischen Einflusses (ebd.: 30).

Die Analyse der bestehenden Literatur macht somit deutlich, dass politische Akteure und Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen wie der NATO und der EU aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und Faktoren nicht mehr primär auf konstruktivistische Ansätze und insbesondere auf die Strategie der *Rhetorical Action* zurückgreifen können, um Staaten, die sich kritisch gegenüber einem Beitrittskandidaten äußern, von einer Zustimmung zu überzeugen. Stattdessen setzen einzelne Mitgliedstaaten zunehmend auf strategische Ansätze wie *Issue-Linkage*, bei denen Verhandlungsthemen miteinander verknüpft werden, die inhaltlich nicht zwangsläufig zusammenhängen. In diesem Kontext kann die *Hostage-Taking*-Strategie als eine spezielle Form von *Issue-Linkage* verstanden werden: Ein Veto in einem Bereich wird dabei als Druckmittel eingesetzt, um im Gegenzug in einem anderen Bereich Vorteile zu erzielen. Laut Knodt und Wiesner (2024) liegt der transaktionale Aspekt dieser Strategie im Austausch von wirtschaftlichen oder politischen Zugeständnissen (Knodt/Wiesner 2024: 8). Darüber hinaus hat die zunehmende Überlappung internationaler Organisationen zur Entwicklung weiterer Strategien geführt, wie beispielsweise dem *Forum Shopping* oder der *Vermittlung (Brokering)*. Hofmann (2019) beschreibt *Forum Shopping* als eine Strategie, bei der Staaten, die sowohl Mitglied in der NATO als auch in der EU sind, eine Verhandlungsinstitution gezielt aussuchen, in der sie ihre Interessen mit höherer Wahrscheinlichkeit durchsetzen können. *Brokering* hingegen gilt als Strategie, die Mitgliedstaaten anwenden, um in die Gemeinschaft zu investieren und die Rolle des Vermittlers einzunehmen. Sie dient auch als Mittel zur Abschwächung der negativen Folgen von *Hostage-Taking*, indem informelle Lösungen wie Kommunikationskanäle, *Side-Payments* oder *Issue-Linkage* angeboten werden, um Blockaden zu lösen. Mit anderen Worten: Vermittler können die Auswirkungen von *Hostage-Taking* nicht vollständig beheben, sie aber zumindest mildern (Hofmann 2019: 887–889). Obwohl auch diese Strategien eine bedeutende Rolle in Erweiterungsprozessen spielen können, fokussiert sich die vorliegende Arbeit auf das Konzept des *Hostage-Taking*, da es im Fall der jüngsten Erweiterungsprozesse von Finnland und Schweden eine zentralere Rolle gespielt hat.

Während der vorliegende Literaturüberblick gezeigt hat, dass verschiedene theoretische Ansätze unterschiedliche Erklärungen und Faktoren für erfolgreiche NATO-Erweiterungen liefern, bleibt weiterhin überwiegend offen, welche kausalen Mechanismen in den Beitrittsprozessen von Finnland und Schweden für den Erfolg der Erweiterung entscheidend waren. Schimmelfennig (1998) hebt in seiner Analyse hervor, dass potenzielle Beitritte von Staaten wie Finnland, Schweden und Österreich nicht vollständig durch den konstruktivistischen Ansatz erklärt werden können (Schimmelfennig 1998: 231). Dies unterstreicht die Notwendigkeit dieser Forschungsarbeit neue oder bisher weniger beachtete Mechanismen, wie etwa *Hostage-Taking* zu untersuchen.

3. Theoretischer Rahmen

3.1 Theoretische Verortung

3.1.1 Konstruktivistische Perspektiven

Die konstruktivistische Theorie etablierte sich erst ab Ende der 1980er in den Theorien der Internationalen Beziehungen. Als Nicholas Onuf 1989 in seiner Arbeit *World of our making: rules and rule in social theory and international relations* den Begriff und dessen Elemente wie *Rules* und *Agents* einführte, gewann der theoretische Ansatz in den Jahren danach an Bedeutung (Onuf 1989). Zu weiteren zentralen Vertretern, die den Konstruktivismus maßgeblich geprägt haben, zählen unter anderem Emanuel Adler, Ronald L. Jepperson, Alexander Wendt und Peter Katzenstein. Im weiteren Sinne wurde diese Theorie entwickelt, um eine mittlere Position zwischen rationalistischen Ansätzen (Realismus, Neorealismus und neoliberaler Institutionalismus) und interpretativen Ansätzen (Postmoderne, Poststrukturalismus, kritische Theorie und feministische Theorie) zu finden (Adler 2005: 87). Der Konstruktivismus, als der in der Mitte positionierte Ansatz, vertritt die These, dass die Realität einerseits sozial konstruiert und andererseits durch die wechselseitige Beziehung zwischen Akteuren und sozialen Strukturen geprägt wird. Zusammengefasst bedeutet das: „[...] the manner in which the material world shapes and is shaped by human action and interaction depends on dynamic normative and epistemic interpretations of the material world” (ebd.: 90). Diese Beziehung kann auch als ko-determiniert beschrieben werden (Finnemore/Wendt 2024: 1255). Zudem wird argumentiert, dass die sozial konstruierte Realität durch Ideen geformt wird, die auf kollektivem Wissen basieren und in Praktiken institutionalisiert sind. Diese Ideen prägen die gemeinsame Identität sowie die Interessen von Akteuren und beeinflussen damit ihr Verhalten

(Adler 2005: 92). Im Kontext von Sicherheitsgemeinschaften besteht daher die Vorstellung, dass einzelne Staaten sich so verhalten, dass es mit den gemeinsamen Ideen – einschließlich der Normen und Werte – der Gemeinschaft vereinbar ist (Adler 2005: 110).

Besonders deutlich wurde die Erklärungskraft des Konstruktivismus im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges und den weltpolitischen Veränderungen in den 1990er Jahren. Das Ende des Kalten Krieges führte zu neuen Realitäten, die sich zusammensetzten aus Großmachtfrieden sowie unipolarer und neoliberaler Hegemonie. Entscheidend waren darin ideelle Faktoren wie Normen, Identitäten, Kultur und Legitimität, die die Konstruktivist*innen schnell zu untersuchen verstanden (Finnemore/Wendt 2024: 1251). Vor diesem Hintergrund richteten sich die konstruktivistischen Untersuchungen auch auf die Erklärung von Erweiterungen internationaler Organisationen wie der NATO. Die grundlegenden Überlegungen dazu basieren auf den Arbeiten von Schimmelfennig (Schimmelfennig 1998, 2001, 2003). Dazu zählt insbesondere die konstruktivistische Annahme, dass internationale Akteure nicht primär nutzenmaximierend handeln, sondern dass sie in ihren Entscheidungen an bestimmte Werte und Normen gebunden sind und sich dadurch am Interesse der Gemeinschaft orientieren (Schimmelfennig 1998: 210). In diesem Sinne lässt sich die NATO als eine Organisation der euro-atlantischen oder westlichen Gemeinschaft begreifen, die auf liberal-demokratischen und multilateralistischen Normen und Werten basiert (ebd.: 198). Eine Erweiterung der NATO kann demnach lediglich im Sinne einer internationalen Sozialisierung, also durch den Prozess der Verinnerlichung dieser gemeinsamen Normen, Werte und Praktiken, funktionieren. Die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder beruhte somit maßgeblich auf der erfolgreichen Internalisierung westlicher Normen und Werte (ebd.: 210-211). Die Prozesse von Internalisierung und Sozialisierung konnten sich in den Phasen der Erweiterung durch den Einsatz von *teaching-and-learning*-Mechanismen durchsetzen, bei welchen gemeinsame Werte und Normen vermittelt und Lernfortschritte bewertet wurden (ebd.: 199). Das PfP-Programm gilt dabei als optimale Vorbereitungsinfrastruktur für Beitrittskandidaten und wird als Zwischen- und Bewährungsphase bei der Sozialisierung potenzieller neuer Mitgliedstaaten betrachtet (ebd.: 226). Auch die Beitrittsdebatte der baltischen Staaten bestätigt diese konstruktivistische Vorgehensweise der NATO. Erst als die Länder nicht mehr nur als ehemalige Sowjetstaaten, sondern als Erfolgsmodelle der Demokratisierung betrachtet wurden und damit den normativen Anforderungen entsprachen, konnten sie in die westliche Wertegemeinschaft aufgenommen werden. NATO-Erweiterungen hatten somit eine politische Bedeutung und waren nicht (nur) darauf ausgelegt, militärischen

Schutz zu gewähren (Mälksoo 2004: 294-295). Auch hier spielte der *teaching-and-learning-Mechanismus* eine entscheidende Rolle (Piirimäe 2024). Die gemeinsame Identität und das allgemeine Engagement, sich nach diesen Normen und Werten zu richten, wird in NATO-Erweiterungsprozessen aber auch strategisch in Form von *Rhetorical Action* eingesetzt. Im folgenden Abschnitt wird dieses Konzept näher erläutert, da es dazu beiträgt, die Frage, wie sich NATO-Erweiterungen erklären lassen, zu beantworten.

Rhetorical Action

Ähnlich wie der Konstruktivismus selbst, dient auch das Konzept der *Rhetorical Action* als fehlendes theoretisches Bindeglied – in diesem Fall zwischen eigennützigem Interessen und den normbasierten Ergebnissen. Obwohl die rationalistischen Ansätze insbesondere die Interessen der Akteure und die meisten Verhaltensweisen in Verhandlungen erklären können, bleibt die kollektive Entscheidung für Erweiterungen aus dieser Perspektive unklar. Ebenso kann der Soziologische Institutionalismus zwar das Ergebnis der Erweiterung verstehen, die inneren Faktoren, die dazu geführt haben, aber nicht benennen. An dieser Stelle setzt das von Schimmelfennig (2001) entwickelte Konzept der *Rhetorical Action* an: Es beschreibt die strategische Anwendung normbasierter Argumente, um Entscheidungen in internationalen Verhandlungen zu beeinflussen. Indem Akteur*innen ihre eigenen Ziele mit den Normen der Gemeinschaft verknüpfen und diese mit rhetorischen Mitteln unterstützen, erhöhen sie die Legitimität ihrer Handlung und stärken dadurch ihre Verhandlungsposition. *Rhetorical Action* hat somit das Potenzial, das Ergebnis einer Verhandlung zu verändern, sodass es nicht allein aus Interessens- und Machtkonstellationen resultiert (Schimmelfennig 2001: 63-64). Akteure können anhand der rhetorischen Strategie allerdings nicht nur ihre eigenen Ziele leichter durchsetzen, sondern auch andere Akteure, die in bestimmten Situationen von den Normen und Werten abweichen, beschämen und sie in ihrem Verhalten zur Einhaltung der Normen zwingen (ebd.: 64). Dieses Verhalten wird als *rhetorische Verstrickung* (*rhetorical entrapement*) bezeichnet. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die EU-Erweiterung der mittel- und osteuropäischen Länder, bei der Länder wie Italien, Schweden und Dänemark ihre Argumentation mit einer europäischen Identität verknüpften und andere Mitgliedsstaaten davor warnten, die Chance einer pan-europäischen Zusammenarbeit zu verpassen (ebd.: 76).

Der gemeinsame Wertekompass internationaler Institutionen wie der der EU oder der NATO ist jedoch nicht von Natur gegeben und daher auch nicht zwangsläufig stabil. Schimmelfennig (2003) geht im Rahmen der konstruktivistischen Theorie von der Möglichkeit der Veränderung

des normativen Umfelds aus. Dieser Ansicht nach ist die liberale Identität erwerb- und wandelbar (Schimmelfennig 2003: 80). Gerade angesichts der sich veränderten Sicherheitslandschaft und Geopolitik in der europäischen und internationalen Politik (Leuffen *et al.* 2024: 4) sowie der Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung (LIO) aufgrund des Erstarkens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen innerhalb der westlichen Gemeinschaft, verliert die konstruktivistische Erklärung von NATO- und EU-Erweiterungen zunehmend an Überzeugungskraft (ebd.: 29). Leuffen *et al.* (2024) analysieren anschließend die Konsequenzen dieser Veränderungen für *Rhetorical Action*: So nutzen auch Präsident Putin, Präsident Trump und Ministerpräsident Orbán liberale Rhetorik, jedoch in einer sabotierenden Weise, indem Putin zum Beispiel seinen Angriff auf die Ukraine zu legitimieren versucht oder Orbán die kollektive Selbstbestimmung gegen Brüssel betont. Zudem machen die Autor*innen die Grenzen der *rhetorischen Verstrickung* deutlich, indem sie zeigen, dass Staaten, die sich von den gemeinsamen Normen abwenden, keine Reputationssorgen mehr haben müssen und dadurch rhetorisch nicht mehr in eine Falle gelockt werden können (ebd.: 30).

Um aktuelle Erweiterungsdynamiken – insbesondere im Kontext der NATO und der veränderten politischen Dynamiken – besser verstehen und erklären zu können, rücken rationalistische Theorien, wie der neoklassische Realismus, wieder stärker in den Fokus der Forschung (ebd.: 4). Der nächste Abschnitt zielt daher darauf ab, das Verständnis von Erweiterungsprozessen durch die erneute Einbindung rationalistischer Ansätze zu vertiefen.

3.1.2 Rationalistische Perspektiven

Die rationalistischen Theorien innerhalb der internationalen Beziehungen basieren auf der Annahme, dass sich Individuen und korporative Akteure eigennützig und instrumentell verhalten und sie sich deshalb auf Grundlage einer Kosten-Nutzen-Abwägung für die Verhaltensoption, die den größten Nutzen für sie generiert, entscheiden. Die zentralen Prinzipien rationalistischer Ansätze lassen sich in den Konzepten des Individualismus, Egoismus und Instrumentalismus zusammenfassen (Schimmelfennig 1998: 200). Der Egoismus-Begriff impliziert hier, dass Akteure der Weltpolitik ihre Interessen nach ihrem eigenen Wohl ausrichten, anstatt das Wohlergehen anderer Akteure zu berücksichtigen. Keohane (1984) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass Staaten, als die wichtigsten Akteure in der Weltpolitik, rationale Egoisten sind (Keohane 1984: 66). Die unterschiedlichen Denkrichtungen innerhalb des Rationalismus umfassen den Neorealismus, den neoliberalen Institutionalismus und den neoklassischen Realismus. Bedeutende Vertreter dieser Strömungen

sind unter anderem Kenneth Waltz, John Mearsheimer, Robert Keohane und Gideon Rose, welche die Theorie jeweils auf ihre eigene Weise geprägt haben. Diese theoretischen Ansätze dominierten in der wissenschaftlichen Debatte innerhalb der Internationalen Beziehungen vor allem in den 1980er-Jahren.

Die umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Prämissen des Rationalismus sowie mit unterschiedlichen Denkrichtungen dieser Theorie bildet die Grundlage für eine rationalistische Analyse internationaler Organisationen und ihrer Erweiterungen. Diese Analyse versteht internationale Organisationen als instrumentelle Vereinigungen, die ihren Mitgliedern helfen, ihren Nutzen zu maximieren. Zudem bezieht sie sich insbesondere auf die Clubtheorie, vor allem in Bezug auf Fragen der Aufnahme neuer Mitglieder und der optimalen Größe von Organisationen. Nach diesem theoretischen Verständnis wird ein Club als „voluntary group deriving mutual benefit from sharing a good characterized by excludable and partially divisible benefits“ definiert (Schimmelfennig 1998: 201). Schimmelfennig (1998) zufolge treffe diese Charakterisierung auf die meisten internationalen Organisationen und damit auch auf die NATO zu. In Bezug auf die NATO identifiziert er exklusive Club-Güter wie die nukleare Abschreckung sowie die Verteidigung mithilfe konventioneller Waffen und Mittel. Während das Club-Gut der nuklearen Abschreckung den Vorteil bietet, alle Mitgliedsstaaten der NATO gleichzeitig zu schützen, kann das Gut der konventionellen Streitkräfte zu rivalisierenden Verhaltensweisen führen, da es begrenzt ist und nicht für alle Bündnismitglieder gleichzeitig genutzt werden kann (ebd.: 201). Schimmelfennig (1998) schließt daraus, dass die Aufnahme weiterer Staaten rationalistisch gesehen nicht sinnvoll wäre, wenn ein Gut eines Clubs begrenzt ist und untereinander geteilt werden muss (ebd.: 206). Die Analyse weiterer Autor*innen zeigt, dass Erweiterungen mehr Kosten als Nutzen – zum Beispiel die Möglichkeit eines schwindenden Zusammenhalts oder des Wiedererstarkens Russlands – verursachen würden (Anghel/Jones 2025: 8-9, Edström/Gyllensporre 2023: 275, Kimball 2024: 7, Reiter 2001: 42). Trotz dieser Argumente, die auf potenzielle Nachteile hinweisen, haben sich Organisationen wie die EU und die NATO im Laufe der Zeit erweitert. Dies verdeutlicht die begrenzte Erklärungskraft rationalistischer Theorien von früheren Erweiterungen internationaler Organisationen. Dennoch verlieren, wie zuvor ausgeführt, auch konstruktivistische Erklärungsansätze und Strategien wie *Rhetorical Action*, die lange Zeit als überzeugende Alternativen galten, an Bedeutung. Dies wirft erneut die Frage auf, wie NATO-Erweiterungen, insbesondere die jüngsten Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024), erklärt werden können.

Veränderte politische Dynamiken

In diesem Zusammenhang rücken veränderte politische Entwicklungen in den Fokus, da sie sowohl Entscheidungen über NATO-Erweiterungen als auch deren Verlauf mitbeeinflussen. Die veränderte politische Dynamik wird in der wissenschaftlichen Debatte wiederholt mit Prozessen der *Entdemokratisierung* (*democratic backsliding*) in Zusammenhang gebracht, wobei insbesondere Ungarn und Polen im Fokus stehen (Kreuder-Sonnen 2018; Bogaards 2018; Bernhard 2021; Sedelmeier 2024). Die Diskussion des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán über eine „illiberale Demokratie“ sowie der systematische Abbau an demokratischen Prinzipien, wie der Rechtsstaatlichkeit, führen zu der Annahme, dass die gemeinsamen Normen und Werte innerhalb der internationalen Organisationen, wie der NATO und der EU, nicht länger als selbstverständlich angesehen oder fortgeführt werden. Dies verdeutlicht erneut die eingeschränkte Rolle von *Rhetorical Action* (Leuffen *et al.* 2024: 8). Nach wie vor wird in offiziellen Dokumenten der NATO – zum Beispiel im strategischen Konzept 2022 – die Gemeinsamkeit von demokratischen Werten betont. Eines der Leitprinzipien dieses Dokuments lautet:

„The transatlantic bond between our nations is indispensable to our security. We are bound together by common values: individual liberty, human rights, democracy and the rule of law. We remain firmly committed to the purposes and principles of the Charter of the United Nations and the North Atlantic Treaty” (NATO 2022: 3).

Auch ältere Dokumente wie die NATO-Studie vom Jahr 1995 zu Erweiterungen (NATO 1995) oder das im Jahr 1994 gegründete PfP-Programm (NATO 1994) bestätigen die starke Orientierung der NATO an liberal-demokratische Werte. Robinson (2021) argumentiert allerdings, dass trotz der wiederholten Betonung auf diese gemeinsamen Normen, nicht nur in Entdemokratisierungsprozessen bestimmter Mitgliedstaaten, sondern auch in der praktischen Umsetzung von NATO-Erweiterungen deutlich wird, dass die normative Konditionalität in den Hintergrund geraten ist. Insbesondere die Aufnahme der Länder Albanien (2009), Montenegro (2017) und Nord Mazedonien (2020) deuten laut Robinson (2021) darauf hin, dass die Organisation bereit war, Kandidatenländer, die noch Probleme in der Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten hatten, beitreten zu lassen (Robinson 2021: 705-707). Die ursprünglich strenge Erwartung an Beitrittskandidaten in Bezug auf die Annäherung der

gemeinsamen Werte der NATO, wurde mit der Zeit durch die graduelle Abweichung bestehender Regeln und Praktiken in der Organisation schwächer (Rubinson 2021: 698).

Des Weiteren werden veränderte Dynamiken und die Anpassung der Strategien auf die zunehmende Komplexität sowie auf die Überlappung von Organisationen zurückgeführt. Hoffman (2019) argumentiert, dass diese organisatorische Überlappung (*organizational overlap*), die verstanden wird als das Teilen von Mitgliedstaaten und Mandaten zwischen internationalen Organisationen, die strategischen Handlungsmöglichkeiten der Mitglieder und die multilaterale Entscheidungsfindung entscheidend beeinflussen kann. In diesem Kontext identifiziert der Autor drei Hauptstrategien, die von Mitgliedern in der organisatorischen überlappenden Struktur angewendet werden können: Geiselnahme (*Hostage-Taking*), *Forum Shopping* und Vermittlung (Hofmann 2019: 884-886). Ein Beispiel für eine organisatorische Überlappung bilden die NATO und die EU, die mittlerweile, einschließlich Schweden und Finnland, nicht nur 23 Mitgliedstaaten teilen, sondern auch an einer gemeinsamen Kooperation zur Unterstützung des internationalen Friedens und der Sicherheit festhalten (NATO 2024d). Die enge Beziehung zwischen den beiden Organisationen wird zusätzlich anhand der gemeinsamen Erklärung (*Joint Declaration*), die im Jänner 2023 vom NATO-Generalsekretär und den Präsident*innen des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission unterzeichnet wurde, unterstrichen (NATO 2023).

Hinzukommen geopolitische Bedrohungen von außen, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022, welcher eine Verunsicherung in der europäischen Sicherheitsordnung (Smith 2024: 63) sowie eine strategische Neuausrichtung der NATO auslöste (NATO 2022). Wie Knodt und Wiesner (2024) argumentieren, ergab sich für Mitgliedstaaten der EU und der NATO daraus jedoch auch die Möglichkeit, Verhandlungserfolge nicht nur durch die Verknüpfung von ausschließlich EU-internen Politiken – wie es in den Strategien von *Issue Linkage* und *package deals* üblich war – sondern auch durch die Verknüpfung von Außen- und Innenpolitik zwischen den beiden Organisationen zu erzielen (Knodt/Wiesner 2024: 8). Die erhöhten Sicherheitsrisiken, die geopolitischen Veränderungen und die zunehmende Infragestellung der LIO führten zudem zum Bedeutungsgewinn außenpolitischer Entscheidungen (Müller/Slominski 2024: 113). Darüber hinaus trug die zusätzlich entstandene organisatorische Überlappung zwischen der EU und der NATO dazu bei, dass Mitgliedsstaaten diese außenpolitischen Entscheidungen instrumentalisieren, um Zugeständnisse für ihre nationalen Interessen zu erlangen. Begünstigt

wurde dieses Verhalten durch das Einstimmigkeitsprinzip in wichtigen Entscheidungen sowohl im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU als auch der NATO, wodurch Verhandlungsstrategien wie *Hostage-Taking* ermöglicht werden (Müller/Slominski 2023: 260). Aus rationalistischer Perspektive ergibt sich die Motivation zur Anwendung dieser Strategie aus dem Bestreben mancher Mitgliedsstaaten, ihren eigenen Nutzen innerhalb der internationalen Organisation zu maximieren. Der folgende Abschnitt ordnet das analytische Konzept des *Hostage-Taking* in den theoretischen Rahmen ein, um es anschließend als zentrale Analysekatgorie in der Untersuchung der NATO-Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens zu verwenden.

3.2 Hostage-Taking

3.2.1 Definition und Grundannahmen

Das Konzept des *Hostage-Taking* beschreibt eine strategische Verhandlungstaktik, die insbesondere innerhalb internationaler Organisationen mit Mehrebenen-Governance-Strukturen wie der EU angewandt wird. Diese institutionellen Rahmenbedingungen begünstigen eine Verknüpfung verschiedener politischer Themenbereiche und ermöglichen eine institutionelle Überlappung, etwa zwischen der EU und der NATO. Zusätzlich schafft das Einstimmigkeitsprinzip, das sowohl in der GASP der EU als auch in der NATO gilt, die Grundlage dafür, dass Mitgliedstaaten ihr Vetorecht gezielt als machtpolitisches Instrument in Verhandlungen einsetzen können, um Druck auszuüben und nationale Interessen durchzusetzen. Einzelne Mitgliedstaaten können dadurch Entscheidungen in einer Organisation bewusst blockieren, um politische Zugeständnisse in einem anderen Politikfeld oder einer überschneidenden Institution zu erzwingen (Müller/Slominski 2024: 114). In diesem Zusammenhang wird von politischem Verhandeln (*Bargaining*) gesprochen, das in der bestehenden Literatur, insbesondere in Entscheidungsprozessen der EU, analysiert wurde. Dabei geht es um den gezielten Einsatz eigener Machtressourcen (z.B. in Form eines Vetorechts), um Verhandlungsergebnisse zu beeinflussen oder politische und materielle Zugeständnisse zu erzielen. Begünstigt wird eine solche Verhandlungssituation durch asymmetrische Abhängigkeiten zwischen zwei oder mehreren Akteuren (Keohane/Nye 1977: 10) und der Verknüpfung thematisch nicht zusammenhängender, politischer Themenbereiche (Axelrod/Keohane 1985: 239). Innerhalb der Mehrebenen-Governance-Struktur der EU sieht Ghyle (2022) das politische Verhandeln mittels taktischem *Issue Linkage* als konstruktive Möglichkeit, Verhandlungsblockaden durch sogenannte *side-payments* oder *package deals*

aufzulösen (Gheyle 2022: 1725). Wird diese Strategie jedoch als Druckmittel im Sinne von *Hostage-Taking* eingesetzt, kann sie auch neue Konflikte erzeugen oder bestehende Konfliktlinien verschärfen (Müller/Slominski 2025: 4). Ein aktuelles Beispiel für eine solche politische Geiselnahme zeigt sich in den ungarischen Vetodrohungen bei den Verhandlungen über Sanktionen gegen Russland (Knodt/Wiesner 2024: 8). Im Rahmen der *Hostage-Taking*-Strategie geraten somit kollektive Governance-Ziele, gemeinsame Problemlösungen sowie gemeinsame Normen und Werte in den Hintergrund und werden den eigenen Interessen einzelner Mitgliedstaaten untergeordnet (Müller/Slominski 2024: 114).

Das Konzept des *Hostage-Taking* wurde im Kontext von überlappenden internationalen Organisationen bereits in den Arbeiten von Hofmann aufgegriffen (Hofmann 2009, 2019). Besonders Ewers-Peters (2023) sowie Müller und Slominski (2023, 2024, 2025), haben das Konzept danach theoretisch vertieft und weiterentwickelt. In einer ihrer Arbeiten erweitern Müller und Slominski (2025) das Konzept, indem sie zwischen *Hard Hostage-Taking* und *Soft Hostage-Taking* unterscheiden und die Wirksamkeit von *Soft Hostage-Taking* bei Entscheidungsprozessen innerhalb der EU untersuchen (Müller/Slominski 2025). Diese Unterscheidung wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch genauer dargelegt. Während das Konzept also bisher vor allem im Zusammenhang mit der Selbstermächtigung des Europäischen Parlaments zu beobachten war, fehlen Untersuchungen zum Einsatz dieser Strategie im Rahmen der EU-Außenpolitik. Insbesondere die GASP wurde bislang von den Verhandlungen und Entscheidungen in anderen Politikfeldern der EU entkoppelt, doch aktuelle Entwicklungen deuten auf eine zunehmende Verknüpfung hin, wodurch neue Entscheidungsmechanismen der GASP und der NATO in den Fokus rücken. Wie bereits erwähnt, werden wichtige Entscheidungen innerhalb der GASP und der NATO nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffen. Dies setzt voraus, dass sich Mitgliedstaaten in Verhandlungen konsensorientiert und kooperativ verhalten, um die Handlungsfähigkeit und die außenpolitische Geschlossenheit beider Organisationen zu wahren. Gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine scheint dies von entscheidender Bedeutung zu sein. Das Vetorecht soll daher nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden, etwa zum Schutz sehr wichtiger, nationaler Interessen und sollte nicht als strategische Verhandlungstaktik dienen. Die gezielte Instrumentalisierung außenpolitischer Entscheidungsprozesse durch einzelne Mitgliedstaaten schwächt nicht nur den Zusammenhalt, sondern schadet auch dem internationalen Ruf der EU und der NATO. Das Verhalten Ungarns, außenpolitische Entscheidungen im Rahmen der GASP und der NATO zur Durchsetzung

eigener Interessen zu blockieren, kann als klarer Verstoß gegen die kooperativen Verhaltensnormen gewertet werden (Müller/Slominski 2023: 260-263).

Obwohl die Anwendung von *Hostage-Taking* den Mitgliedstaaten also insgesamt strategische Vorteile verschafft, ist sie auch mit Kosten verbunden, welche der Geiselnehmer in Institutionen, die das kooperative Handeln betonen, so gering wie möglich halten möchte (Müller/Slominski 2024: 118-119). Die Kosten beeinflussen unter anderem die Art und Weise, wie die Strategie umgesetzt wird. Die konkreten Mechanismen und taktischen Mittel, die im Verlauf von *Hostage-Taking* zum Einsatz kommen werden im nächsten Abschnitt erläutert.

3.2.2 Strategien von *Hostage-Taking* zur Reduzierung von Reputationskosten

Der Einsatz eines Vetos durch einzelne Mitgliedstaaten ist häufig mit hohen Reputationskosten und politischen Gegenmaßnahmen verbunden. Um die mit dem *Hostage-Taking* verbundenen Kosten möglichst gering zu halten, bedienen sich die beteiligten Akteure gezielter Strategien, die von Müller und Slominski (2023) identifiziert wurden. Eine Möglichkeit, Reputationskosten zu vermeiden, besteht darin, die Verhandlungsposition und die Forderungen als möglichst legitim darzustellen. Der mit dem Veto drohende Akteur versucht dabei, im Verhandlungsprozess innerhalb des anerkannten rhetorischen Rahmens zu bleiben (Müller/Slominski 2023: 264). Diese Strategie kann mit dem von Müller und Slominski (2025) erweiterten Konzept des *Soft Hostage-Taking* in Verbindung gebracht werden. Im Unterschied zu *Hard Hostage-Taking* wird versucht, die durch das nicht normkonforme Verhalten des taktischen Vetoeinsatzes entstandenen Kosten zu minimieren, indem die Verknüpfung zwischen Vetodrohungen und den eigennützigen Forderungen verschleiert wird. Die Fassade der Normkonformität soll damit aufrechterhalten werden, während die Vetomacht als Druckmittel in Verhandlungen hinter den Kulissen eingesetzt wird. Die vorgebrachten legitimen Argumente basieren oft auf grundlegenden nationalen Interessen oder auf gemeinsamen EU-Anliegen. In manchen Fällen erfolgt die Argumentation auch durch Schuldzuweisungen an andere innerstaatliche Akteure wie das Gericht oder das Parlament, indem behauptet wird, dass deren Positionen oder die langwierigen Verfahren eine Einschränkung zur Aufgabe der Blockade darstellen (Müller/Slominski 2025: 6).

Eine weitere Strategie im Verlauf von *Hostage-Taking* ist die glaubwürdige Androhung eines Vetos, das schlussendlich nicht eingesetzt werden soll. Indem zusätzlich wichtige Verhandlungsschritte verzögert werden, entsteht ein Verhandlungsdruck, obwohl kein

offizielles Veto besteht (Müller/Slominski 2023: 264). Auch diese Taktik wird in der Erklärung von *Soft Hostage-Taking* zum Ausdruck gebracht: „A hostage-taker will often feel the need to rely on a series of veto (threats) and delaying tactics to keep up the pressure and maintain its leverage over ongoing policy negotiations prior to important policy decisions in another negotiation context” (Müller/Slominski 2025: 7).

Weitere Vorgehensweisen zur Reduzierung der Reputationskosten bestehen in der Erweiterung der Geiselnahme, in der flexiblen Änderung der Forderungen im Laufe der Verhandlungen sowie in der Signalisierung von Kooperation und Kompromissbereitschaft. Während die Strategie der „erweiterten Geiselnahme“ darin besteht, eine bereits blockierte Entscheidung durch eine weitere Blockade in anderen Verhandlungen auszuweiten, kann die flexible Anpassung der Forderungen im Laufe der Verhandlungen einerseits Unsicherheit erzeugen, andererseits jedoch auch als Ausdruck von Kooperation und Kompromissbereitschaft wahrgenommen werden, indem für den Geiselnahmer weniger wichtige Forderungen aufgehoben werden (Müller/Slominski 2023: 264-265).

Wie diese strategischen Vorgehensweisen konkret umgesetzt werden, zeigt das Verhalten Ungarns im Kontext der NATO-Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens. Leuffen et al. (2024) argumentieren, dass die ungarische Regierung unter Viktor Orbán zwar bemüht war, die Kosten im Einsatz der *Hostage-Taking*-Strategie zu minimieren, das Verhalten Ungarns - auch in Bezug auf seine Haltung zu den gemeinsamen liberal-demokratischen Werten – jedoch zeigt, dass die Akzeptanz und Zustimmung westlicher Institutionen von geringerer Bedeutung sind als die Verfolgung eigener, nationaler Interessen. Deshalb ist Ungarn auch bereit, Reputationsrisiken in Kauf zu nehmen (Leuffen et al. 2024: 30).

3.2.3 Wirksamkeit und Reaktionen auf Hostage-Taking

Müller und Slominski (2025) legen in ihrer Analyse fest, welche Erfolgskriterien für die Anwendung von (*Soft*) *Hostage-Taking* erfüllt werden müssen. Als wirksam gilt die Strategie dann, wenn die öffentlichen Argumente des Geiselnahmers als legitim anerkannt werden und ihm gleichzeitig hinter den Kulissen Zugeständnisse gemacht werden. Die Wirksamkeit der Strategie ist einerseits davon abhängig, wie glaubwürdig eine Veto-Drohung ist. Diese Glaubwürdigkeit steigt insbesondere dann, wenn ein Veto mit hohen und asymmetrisch verteilten Kosten für die Gegenseite verbunden ist, womit die potenziellen Nachteile des Vetos die Kosten möglicher Zugeständnisse überwiegen. Die Effektivität der Strategie steigt also mit

höherer Glaubwürdigkeit der Drohung und dem Ausmaß der asymmetrischen Kosten (Müller/Slominski 2025: 2). Diese Kosten können sich auf wirtschaftliche Verluste, erhöhte sicherheitspolitische Risiken oder auf die Schädigung des Rufes beziehen. Gerade in internationalen Organisationen wie der EU oder der NATO kann die internationale Wahrnehmung interner Uneinigkeit, mangelnder Kohärenz oder der Handlungsunfähigkeit erheblichen Reputationsschaden zufügen (ebd.: 8).

Andererseits hängt die Wirksamkeit dieser Strategie stark von den Reaktionen und den Gegenmaßnahmen anderer Mitgliedstaaten oder der betroffenen internationalen Organisation ab. Werden effektive Strategien angewandt, welche die Blockade gezielt umgehen oder die Kosten für die Geiselnnehmer erhöhen, nimmt ihre Wirksamkeit ab (ebd.: 2). Eine besonders wirkungsvolle Reaktion auf *Hostage-Taking* stellt die sogenannte *tit-for-tat*-Strategie dar. Dabei übt die Gegenseite Druck auf den Geiselnnehmer aus, indem sie Maßnahmen ergreift, die zentrale Interessen oder Ziele blockieren. Weitere Möglichkeiten, um Druck auf den Geiselnnehmer auszuüben bestehen darin, ihn öffentlich zu kritisieren – wodurch Reputationsschäden verursacht werden – materielle Anreize zu schaffen, um im Gegenzug die Aufhebung der Blockade zu erwirken oder darin, die Blockade zu umgehen, indem zum Beispiel Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik eine Stellungnahme ohne der Zustimmung aller Mitgliedstaaten abgeben (Müller/Slominski 2023: 265-266). Die beschriebenen Maßnahmen gegen *Hostage-Taking* vorzugehen, werfen schließlich die Frage auf, wie tiefgreifend mögliche negative Folgen dieser Strategie für die betroffenen internationalen Organisationen sind. Der folgende Abschnitt widmet sich der Beantwortung dieser Frage.

3.2.4 Auswirkungen von Hostage-Taking auf internationale Organisationen

Hostage-Taking, wie es beispielsweise im Verhalten Ungarns während des Beitrittsprozesses von Finnland und Schweden zu beobachten war, hat spürbare negative Auswirkungen auf internationale Organisationen wie die EU und die NATO. Der strategische Einsatz von Vetos oder deren Androhung verzögert politische Maßnahmen und schwächt diese, indem zum Beispiel finanzielle Ressourcen blockiert werden, zentrale Prinzipien infrage gestellt werden oder an der Legitimität der Organisation gezweifelt wird (Hofmann 2019: 887). Hofmann fasst dies wie folgt zusammen:

„Executed either during the inter-organizational negotiation process or the implementation of inter-organizational decisions, these strategies prolong the decision-making; restrict access to resources, knowhow, and information; hinder a common strategy; create uncertainty about international commitments and the legitimacy of peace operations; and block coordination/cooperation [...]. This causes resources to be duplicated, money to be wasted, and mandates to be constrained or readjusted” (Hofmann 2019: 889-890).

Hinzukommt, wie Müller und Slominski (2024) ausführen, dass gerade in Zeiten der wachsenden Relevanz außenpolitischer Entscheidungen, stärkerer Bedrohung der Sicherheit, geopolitischen Veränderungen und der Schwächung der LIO, eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der EU oder der NATO, nicht schnell, effektiv und einheitlich Entscheidungen zu treffen, mit hohen Kosten verbunden ist. Auch die dadurch entstehenden Reputationsschäden dieser internationalen Akteure wirken sich negativ auf die Organisationen aus. Gleichzeitig deutet der vermehrte Einsatz der Strategie auf eine Abkehr von der konsensorientierten und kooperativen Kultur, insbesondere in der GASP und der NATO hin. Durch die Veränderung der Verhandlungssituation von einer kooperativen hin zu einer kompetitiven Dynamik wird ein geringerer Zusammenhalt innerhalb dieser Organisationen erwartet. Ungarns Verhaltensstrategie im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist ein Beispiel für diese wettbewerbsorientierte Vorgehensweise (Müller/Slominski 2024: 116-117).

3.3 Analytischer Rahmen

Aufbauend auf dem theoretischen Rahmen wird im folgenden Abschnitt ein analytischer Rahmen entwickelt, der eine systematische Untersuchung der Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens zur NATO unter besonderer Berücksichtigung der *Hostage-Taking*-Strategie ermöglicht. Der analytische Rahmen bildet die Grundlage zur Beantwortung der Forschungsfrage, wie sich NATO-Erweiterungen – insbesondere die Beitritte der beiden nordischen Staaten erklären lassen. Die Beitrittsprozesse werden anhand theoretisch abgeleiteter kausaler Mechanismen, die aufeinander aufbauen und daher eng miteinander verflochten sind, untersucht. Dazu zählen die *Kosten-Nutzen-Abwägung*, *Hostage-Taking* und *Bargaining*. *Hostage-Taking* als der zentrale Mechanismus wird dahingehend bewertet, (1) unter welchen Voraussetzungen die Anwendung der Strategie möglich war, (2) welche Akteure daran beteiligt waren, (3) welche Instrumente und Taktiken zum Einsatz kamen, (4) welche

Strategien zur Kostenminimierung durchgeführt wurden und (5) wie effektiv *Hostage-Taking* im Kontext der NATO-Beitritte Finnlands und Schwedens war. Der vierte Mechanismus, *Rhetorical Action*, gilt als bedeutender Faktor früherer NATO-Erweiterungsprozesse und wird daher als alternative Erklärung überprüft.

Zusammengefasst soll der analytische Rahmen als Grundlage für die empirische Untersuchung der Fallbeispiele Finnlands und Schwedens dienen. Im folgenden Kapitel, dem Methodenteil, wird erläutert, wie der analytische Rahmen konkret operationalisiert wird und welche methodischen Verfahren zur Untersuchung der einzelnen Kategorien angewendet werden.

4. Methodologie

Zur Beantwortung der Forschungsfrage „Wie lassen sich NATO-Erweiterungen, insbesondere die Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024), erklären?“, ist es notwendig, eine geeignete methodische Herangehensweise sowie passende methodische Instrumente zur Datenerhebung und der anschließenden Analyse zu wählen. In dieser Forschungsarbeit, in der es im empirischen Teil darum geht, die jüngsten NATO-Beitrittsprozesse von Finnland und Schweden näher zu betrachten, scheint die Anwendung einer Fallstudienanalyse, die als eine Teilmenge qualitativer Methoden verstanden wird, angemessen. George und Bennett (2005) definieren Fallstudien dabei als eine Analyseform, die sowohl die Untersuchung einzelner Fälle innerhalb eines Falls (*within-case analysis*) als auch die Anwendung eines fallübergreifenden Vergleichs beinhalten kann. Die Kombination der beiden Analysen innerhalb einer Studie sind ihrer Ansicht nach das stärkste Mittel, um Schlussfolgerungen aus der Fallstudienanalyse zu ziehen (George/Bennett 2005: 18). In Anlehnung daran untersucht diese Arbeit die beiden Fälle durch die zeitliche Rekonstruktion ihrer jeweiligen Beitrittsprozesse und führt anschließend einen fallübergreifenden Vergleich durch. Das Interesse in dieser Untersuchung besteht insbesondere darin, die Bedingungen, unter denen bestimmte Ereignisse auftreten – in diesem Fall die NATO-Erweiterung – zu identifizieren und die kausalen Mechanismen, die letztlich zur erfolgreichen Erweiterung geführt haben, aufzudecken. Die deduktive Vorgehensweise, bei der ein theoretischer Rahmen entwickelt und auf empirische Fälle angewendet wird, soll zur Theorietestung und der Überprüfung der kausalen Mechanismen beitragen. Darauf bezogen erklären George und Bennett (2005), dass Forscher*innen dabei häufig Fälle auswählen, welche die kausalen Mechanismen klar erkennbar machen und daher starke Rückschlüsse auf

theoretische Annahmen ermöglichen (George/Bennett 2005: 25). Die Begründung der Fallauswahl in dieser Arbeit wird im Folgenden noch näher erläutert.

Um die kausalen Mechanismen im Detail nachvollziehen zu können, bietet sich der Einsatz von Process Tracing an. Dabei handelt es sich um eine der zentralsten Methoden qualitativer Fallstudien in der Politikwissenschaft und der Policy-Forschung (Starke 2015: 453). Die Methode zeichnet sich dadurch aus, den kausalen Prozess zwischen den unabhängigen Variablen – in diesem Fall etwa Blockadestrategien wie *Hostage-Taking* oder die strategische Nutzung normativer Argumente – und dem Ergebnis der abhängigen Variablen, also der NATO-Beitritt beider Länder, systematisch nachzuzeichnen. Es geht dabei nicht nur darum, möglichst viele Informationen zu den beiden Fällen zu sammeln, sondern insbesondere um die Verknüpfung beweisführender Beobachtungen, um erklären zu können, wie es zu dem konkreten Ergebnis gekommen ist (George/Bennett 2005: 109). Diese Methode kann entweder zur Entwicklung von Theorien über kausale Mechanismen dienen oder zur Prüfung bestehender Theorien, indem zuvor theoretisierte Mechanismen empirisch untersucht werden. Die Mechanismen sind dabei nicht mit den Ursachen selbst zu verwechseln, sondern stellen kausale Prozesse dar, die durch die Ursachen ausgelöst werden (Beach 2020: 700). Die Analyse der plausiblen Mechanismen ermöglicht es, herauszufinden, wie eine bestimmte Ursache zu einem konkreten Ergebnis geführt hat – dabei werden auch Bedingungen, unter welchen diese Mechanismen funktionieren, berücksichtigt (ebd.: 713). Im Zuge dieser Arbeit kommt ein Minimalist Process Tracing zum Einsatz. Es handelt sich dabei um eine Variante von Process Tracing, bei der nicht der gesamte Erweiterungsprozess detailliert rekonstruiert wird, sondern gezielt nach empirischen Hinweisen auf die theoriebasierten Kausalmechanismen gesucht wird, die den Verlauf der NATO-Beiträge beeinflusst haben. (ebd.: 702). Diese Arbeit untersucht vier zentrale Mechanismen, die sich aus dem theoretischen Rahmen ableiten lassen. Zunächst werden die erwarteten Kosten und Nutzen sowohl für Befürworter der Beitritte Finnlands und Schwedens als auch für blockierende Akteure wie Ungarn und die Türkei identifiziert. Darauf aufbauend wird analysiert, wie der potenzielle Nutzen der Beitritte gegenüber mögliche Kosten der Blockaden gewichtet wird. Im nächsten Schritt wird der Einsatz von *Hostage-Taking* einzelner Mitgliedstaaten untersucht, die ihre Zustimmung zur Erweiterung zurückhielten und diese mit Forderungen in anderen Politikbereichen oder Institutionen verknüpften (*Issue Linkage*). Zuletzt werden die transaktionalen Aspekte dieses Verhaltens (*Bargaining*) betrachtet. Abschließend wird überprüft, inwiefern normative Argumente im Sinne von *Rhetorical Action* die Blockadehaltungen im Erweiterungsprozess beeinflusst haben.

Die Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens eignen sich aus mehreren Gründen besonders gut als Fallbeispiele zur Untersuchung von NATO-Erweiterungen. Zum einen ist die zeitliche Nähe von Bedeutung, da beide Staaten ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft gleichzeitig – am 18. Mai 2022 – gestellt haben. Zum anderen ist die Untersuchung beider Fälle aufgrund des direkten Zusammenhangs mit aktuellen sicherheits- und geopolitischen Entwicklungen von großer Relevanz – insbesondere im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Darüber hinaus bietet sich ein Vergleich der Beitrittsprozesse beider Länder an, da Finnland und Schweden in vielerlei Hinsicht ähnliche Voraussetzungen mitbringen. Beide Staaten verbindet eine lange Tradition der Neutralität bzw. Blockfreiheit. Sie traten im selben Jahr der EU bei und pflegten in den letzten Jahrzehnten eine enge Beziehung zur NATO. Zwar strebten sie bis 2022 keinen Beitritt an, galten jedoch als die aktivsten Partner unter den neutralen Staaten (Migliorati 2024: 3255–3257). Zudem wird argumentiert, dass beide Staaten einen Gewinn für die NATO darstellen würden, insbesondere aufgrund ihrer geostrategisch wichtigen Lage, ihrer militärischen Kapazitäten, und ihrer politischen Übereinstimmung mit den liberal-demokratischen Normen und Werten der Allianz (Alberque/Schreer 2022: 123).

Zur Untersuchung der Fallbeispiele mit der Minimalist Process Tracing Methode werden sowohl Primärquellen, darunter offizielle Dokumente der NATO, Pressemitteilungen und Medienberichte, als auch Sekundärquellen in Form von wissenschaftlichen Büchern und Fachzeitschriftenartikel herangezogen.

5. Hintergrund

Bevor die NATO-Erweiterungen von Finnland und Schweden ausführlich analysiert werden, ist es wichtig, die kontextuellen Voraussetzungen ihrer Beitritte darzustellen und die zentralen Entwicklungen der NATO historisch einzuordnen, um so zu einem tieferen Verständnis des empirischen Untersuchungsgegenstandes beizutragen. Das folgende Kapitel bietet dabei einen Überblick über die Identität und die politische Logik des Bündnisses sowie über Finnlands und Schwedens sicherheitspolitische Ausrichtung im historischen Verlauf.

5.1 Identität und zentrale Entwicklungen der NATO

Bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1949 auf Grundlage des Washingtoner Vertrags, der von zwölf Staaten – darunter die USA, Kanada, Großbritannien, Portugal, Frankreich, Island, Norwegen, Dänemark, die Benelux-Staaten sowie Italien – unterzeichnet wurde, entwickelte die NATO eine eigenständige Identität, die über die Funktion eines klassischen Militärbündnisses hinausgeht (Gheciu 2019: 35; NATO 1949). Obwohl die Gründung des Bündnisses primär als sicherheitspolitische Reaktion auf die wahrgenommene Bedrohung durch die Sowjetunion verstanden wurde und Artikel 5, der das Kernprinzip der kollektiven Verteidigung festlegt, dabei als einer der zentralen Grundsätze des Bündnisses galt und bis heute gilt (Hendrickson 1999: 86), beruhte die NATO von Beginn an ebenso auf gemeinsamen Werten wie individueller und liberaler Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (Gheciu 2019: 35), die in der Präambel des Gründungsvertrags festgehalten wurden (NATO 1949). Gheciu (2019) erklärt in diesem Zusammenhang, dass dieses Narrativ der westlichen Einheit von politischen Entscheidungsträger*innen der NATO-Gründungsmitglieder genutzt wurde, um ein liberaldemokratisches Identitätsgefühl in den Bevölkerungen Westeuropas, Kanadas und den USA zu fördern (Gheciu 2019: 35–36). Das Kernargument ihrer Analyse bezieht sich darauf, dass die NATO nicht bloß eine westliche Gemeinschaft repräsentiert, sondern aktiv an der Konstruktion „des Westens“ beteiligt war (ebd.: 33). Auftretende Meinungsverschiedenheiten und Spannungen innerhalb der NATO – wie etwa die Diskussion über den Beitritt der Türkei (1952), gegen den sich Staaten wie Kanada und Norwegen aufgrund fehlender liberal-demokratischer Werte aussprachen – konnten zunächst als „Familienstreitigkeiten“ abgetan und im Rahmen gemeinsamer Normen bewältigt werden. Sie zeigen jedoch, dass geostrategische Interessen im Kalten Krieg Vorrang vor normativen Prinzipien hatten (ebd.: 37). Epstein (2005) ergänzt diesen Ansatz, indem sie verdeutlicht, dass die NATO auf unterschiedliche Weise auf Beitrittskandidaten einwirkt: Je nachdem, ob die Erweiterung als eine Reaktion auf eine akute Bedrohung gewertet wird oder ob sie durch die Verbreitung gemeinsamer Werte motiviert ist, bestimmt, ob das Bündnis sich eher darauf fokussiert, die nationale Verteidigungsplanung an die kollektive Sicherheitsstruktur der NATO anzupassen oder die demokratische Kontrolle über das Militär auszubauen. Während im Kalten Krieg die Verteidigung gegen die Sowjetunion im Vordergrund stand, rückte nach 1990 die Etablierung stabiler demokratischer Strukturen, insbesondere im Zuge der ersten Erweiterungsrunde, in den Mittelpunkt (Epstein 2005: 73).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die Existenzberechtigung der NATO und ihr Zweck vielfach infrage gestellt, woraufhin sie sich mit der *Rome Declaration* von 1991 (NATO 1991) neu ausrichtete und ein aktualisiertes strategisches Konzept verabschiedete, das auch politische, wirtschaftliche und ökologische Aspekte in den Sicherheitsbegriff miteinbezog (Hendrickson 1999: 87). Um als Allianz weiterhin relevant zu bleiben entstanden zusätzliche Initiativen und Programme wie das Partnership for Peace (PfP) Programm von 1994, dem noch im selben Jahr Finnland und Schweden beitraten (Thorhallsson/Stude Vidal 2023: 208; Aggestam/Hyde-Price 2025: 9), sowie die 1995 veröffentlichte Studie zur NATO-Erweiterung, welche erstmals konkrete politische und militärische Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder festlegte. Diese umfassten eine demokratisch legitimierte Regierung mit freier Marktwirtschaft, die Beendigung noch offener ethnischer Konflikte sowie die demokratische und zivile Kontrolle der Streitkräfte. Weitere Voraussetzungen waren die Anpassung der Streitkräfte, um Interoperabilität innerhalb der NATO zu ermöglichen, die Unterstützung von friedenserhaltenden Maßnahmen und die Fähigkeit, einen „angemessenen Beitrag“ zu den militärischen Kosten der NATO zu leisten (Hendrickson 1999: 87–88). Mit dem Membership Action Plan (MAP) im Jahr 1999 wurde ein weiteres Instrument geschaffen, das zur Unterstützung und Überwachung der Fortschritte von Beitrittskandidaten diente (Zdeněk/Markéta 2012: 8). Diese Initiativen verdeutlichen die zunehmende Bedeutung der NATO-Erweiterung und zeigen, inwiefern sie zur Neudefinierung der Legitimation der NATO beitrugen (Sayle 2020: 334–335; Sjursen 2004: 690). Vor diesem Hintergrund wurde auch Artikel 10 wichtiger, der festlegt, dass es Vertragsmitgliedern durch die einstimmige Vereinbarung erlaubt ist, jeden anderen europäischen Staat, der die Grundsätze des Vertrags unterstützt und zur Sicherung der NATO-Region beitragen kann, zum NATO-Beitritt einzuladen (NATO 1949). Diese sogenannte *Open Door Policy*, das konsensbasierte Entscheidungsverfahren innerhalb der NATO, sowie das im Rahmen der OSZE-Konferenz von 1975 in der Schlussakte von Helsinki verankerte souveräne Recht eines Staates, frei über einen Bündnisbeitritt zu entscheiden (Spohr 2025: 97), spielten auch in den Beitrittsprozessen Schwedens und Finnlands eine zentrale Rolle.

Die politischen Aufnahmekriterien und ergänzenden Initiativen unterstreichen somit, dass das nordatlantische Bündnis auch nach dem Kalten Krieg einen verstärkten Fokus auf gemeinsame liberal-demokratische Werte legte und die Verbreitung und Stabilisierung dieser als Rechtfertigung für die Osterweiterung anführte (Sjursen 2004: 690). Es ist allerdings umstritten, inwiefern die NATO selbst als demokratische Organisation gelten und den

Anspruch auf eine liberal-demokratische Identität haben kann. Trotz der häufigen Betonung dieser Grundsätze und der Bemühungen um Demokratieförderung (z.B. durch PfP), ist die NATO keine Organisation, die auf Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie basiert. Sjursen (2004) betont daher, dass es weder eine unabhängige Instanz, wie ein Gericht, gibt, um Konflikte beizulegen, noch existieren rechtlich verbindliche Verfahren, da Entscheidungen auf Konsens zwischen souveränen Staaten beruhen. Zudem verfügt die NATO über kein demokratisches Mandat und keine demokratischen Entscheidungsmechanismen wie Mehrheitsentscheidungen oder direkte Mitbestimmung der Bevölkerung. Auch die NATO-Parlamentarische Versammlung hat lediglich eine beratende Funktion und hat somit weder formelle Befugnisse noch Einfluss auf Beschlüsse. Darüber hinaus zeigen historische sowie fortlaufende Inkonsistenzen bei der Umsetzung demokratischer Prinzipien – wie etwa die Aufnahme Portugals als Gründungsmitglied trotz diktatorischer Regierungsform oder der Beitritt der Türkei –, dass die sicherheitspolitischen Interessen der NATO letztlich über der konsequenten Einhaltung der gemeinsamen Werte stehen (Sjursen 2004: 694–696). Dennoch bewertet Sjursen (2004) die NATO als eine Organisation, die den Prinzipien des Multilateralismus nach Ruggie (1992) zumindest teilweise entspricht. Dazu zählen die gemeinsame Reaktion auf Bedrohungen (Unteilbarkeit der Sicherheit), einheitliche Regeln und Rechte für alle Mitglieder (generalisierte Verhaltensprinzipien) sowie die Akzeptanz einzelner Staaten, auch ohne unmittelbarem Nutzen, höhere Kosten zu tragen (diffuse Reziprozität) (Ruggie 1992: 571–572). Zusätzlich hebt Sjursen (2004) die gleichwertige Zusammenarbeit der Mitglieder als weiteres zentrales Prinzip des Multilateralismus hervor. Letztlich bleibt diese multilaterale Praxis jedoch aufgrund fehlender rechtlicher Verbindlichkeit und mangelnder demokratischer Kontrolle fragil und strukturell begrenzt (Sjursen 2004: 699).

5.2 Aktuelle Herausforderungen der NATO

Eine der zentralen und zunehmend drängenden Herausforderungen, mit welchen sich die NATO derzeit konfrontiert sieht, besteht im Erstarken radikal-konservativer Kräfte innerhalb des Bündnisses. Diese inneren Spannungen spielten auch in den Erweiterungsprozessen Finnlands und Schwedens eine entscheidende Rolle. In den vergangenen Jahren haben rechte Parteien in mehreren Mitgliedstaaten der NATO an Einfluss gewonnen, die eine alternative, radikal-konservative Vorstellung einer westlichen Identität teilen. So entwickelten etwa Ungarn und Polen, die bis vor einigen Jahren noch als erfolgreiche Beispiele der Demokratisierung nach Ende des Kalten Krieges galten, politische Programme, die sich gegen liberal-demokratische Werte und Institutionen richten (Gheciu 2019: 41). Beide Staaten erklärten die

christliche Tradition als die „wahren Wurzeln“ des Westens (ebd.: 42–43) und setzten politische Maßnahmen durch, die von den liberal-demokratischen Reformen abwichen, zum Beispiel durch die Stärkung der Exekutive, die Untergrabung von Gewaltenteilung und die Bekämpfung von Medien, die sie als Verbreiter liberaler Korruption einstufen (Gheciu 2019: 44). Noch dazu pflegt Ungarn eine enge Beziehung mit der Türkei, einem weiteren NATO-Mitglied, das zunehmend durch demokratische Rückschritte und autoritärer Politik auf sich aufmerksam macht. Der ungarische Ministerpräsident Orbán sieht dabei die Unterstützung für die Türkei als ein gemeinsames Bekenntnis zur Stärkung konservativer Prinzipien (ebd.: 42).

Wie bereits erwähnt wurde, war der türkische Beitritt zur NATO von Anfang an umstritten und prägt bis heute das komplizierte Verhältnis zwischen dem Bündnis und der Türkei. Insbesondere aufgrund der strategischen Bedeutung dieses Landes war die USA davon überzeugt, dass eine NATO-Mitgliedschaft zum Vorteil für die NATO sein würde, weshalb sie die Aufnahme der Türkei (sowie Griechenlands) als optimale Lösung zur Sicherung des südlichen Flügels des Verteidigungssystems präsentierte (Bölme 2022: 98). Während des Kalten Krieges erwies sich die Türkei schließlich als wichtiger Schutz gegen die sowjetische Bedrohung und konnte sich durch die militärische Stärke im Nahen Osten und im Mittelmeer als unverzichtbares Mitglied in der NATO behaupten (ebd.: 110). In den darauffolgenden Jahren, nach Ende des Kalten Krieges, verhielt sich die Türkei besonders gegenüber den europäischen NATO-Mitgliedern immer weniger kooperativ. Dies äußerte sich unter anderem in der Anwendung von Vetos, um die Einbeziehung Zyperns in die NATO-EU-Sicherheitszusammenarbeit zu verhindern (ebd.: 104–105). Nicht zuletzt haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der NATO seit Amtsantritt der derzeitigen Regierung unter Präsident Erdoğan deutlich verschlechtert. Aufgrund einiger innerstaatlicher autoritärer Maßnahmen und außenpolitischer Entscheidungen, die eine Abkehr von der westlichen Partnerschaft signalisieren, betrachtet die NATO die Türkei immer weniger als verlässlichen Partner. So entließ die türkische Regierung seit dem gescheiterten Putsch 2016 zahlreiche, als pro-westlich eingestufte Streitkräfte, zeigte Interesse an einer militärischen Zusammenarbeit mit China, übte scharfe Kritik an der Unterstützung der USA für kurdisches Militär in Syrien und schloss ein Abkommen mit Russland ab, der den Verkauf des russischen Flugabwehrraketensystems S-400 „Triumpf“ von 2,5-Milliarden-US-Dollar an die Türkei beinhaltete (Gheciu 2019: 40–41).

Hinzukommt, dass diese internen Spannungen innerhalb der NATO auch die institutionelle Überlappung zwischen der NATO und der EU bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU beeinflussen, indem sie eine effiziente Zusammenarbeit blockieren (Hofmann 2009: 49). Die konsensbasierte und zwischenstaatlich organisierte Struktur dieser Organisationen bietet dabei jenen Mitgliedstaaten, die sich zunehmend gegen die Absichten der westlichen Gemeinschaft stellen, strategischen Handlungsspielraum. Laut Hofmann (2009) führt dies zu einer als *chessboard politics* bezeichneten Dynamik, in der sich Mitglieder strategisch verhalten, um Ergebnisse in der einen oder der anderen Organisation zu beeinflussen (ebd.: 45). Ein Beispiel dafür ist die Strategie des *Hostage-Takings* (ebd.: 46). Diese Entwicklungen bestätigen auch die Einschätzungen von Gheciu (2019), die Folgendes feststellt: „Interestingly, today – just in its early days – some of the most serious threats to NATO’s ability to survive stem not from external military threats but from its own internal weaknesses and tensions” (Gheciu 2019: 45).

Neben internen Herausforderungen sah sich die NATO im Laufe der Zeit auch mit äußeren Bedrohungen, wie Russland, konfrontiert. Der Russisch-Georgische Krieg 2008 zeigte erstmals nach dem Kalten Krieg Russlands offensive Absichten (Pesu/Iso-Markku 2024: 575), die sich in der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg in der Ostukraine weiter bestätigten. Die NATO bewertete diese Entwicklungen als Bedrohung der internationalen Ordnung und demokratischer Werte und setzte die zivile und militärische Zusammenarbeit mit Russland aus (Bölme 2022: 108). Der Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 wirkte schließlich als entscheidender Katalysator für eine sicherheitspolitische Neuausrichtung der GSVP und der NATO (Aggestam/Hyde-Price 2025: 7). Für Finnland erreichte die Bedrohung durch Russland mit dem Ultimatum vom Dezember 2021 an die NATO einen kritischen Höhepunkt. Die Forderung, das Bündnis solle auf die Aufnahme neuer Mitglieder verzichten und militärische Aktivitäten auf das Territorium der Mitgliedstaaten beschränken, die vor Mai 1997 der NATO beitraten, bewertete Finnland als Angriff auf seine Souveränität bei der Gestaltung seiner eigenen Sicherheitspolitik und veranlasste das Land, sich sicherheitspolitisch neu zu orientieren und entsprechend zu reagieren. Noch dazu gefährdete diese Forderung die regionale Stabilität, indem sie die Mitgliedschaft der baltischen Staaten nicht respektierte (Thorhallsson/Stude Vidal 2023: 211–212). Der damalige finnische Präsident bestätigte diese Haltung in einer Konferenz in Helsinki:

„[...] Russia actually expressed that you [Finland and Sweden] don't have your own will here, and that is a huge change. That made us think. And what happened in 24th February, which continues the huge warfare Russia is having in Ukraine, surely that changed also the picture. They are ready to attack a neighboring country. If that would be the case that we join, well, my response would be that: You caused this, look at the mirror” (Sky News 2022: 1:32-2:19).

5.3 Historischer Kontext: Finnlands Beziehungen zu Russland und der NATO

Finnland und Russland verbindet eine historisch komplexe Beziehung, die bis heute das sicherheitspolitische Verständnis Finnlands prägt und die Entscheidung zum NATO-Beitrittsantrag im Jahr 2022 mitbeeinflusste. Die erste in diesem Kontext wichtige historische Periode begann im Jahr 1809, als Schweden das Gebiet, das später zum autonomen Großfürstentum Finnland wurde, an das Russische Kaiserreich abtreten musste (Spohr 2025: 34). So war Finnland zwar über hundert Jahre ein Teil des Russischen Reichs, konnte jedoch in dieser Zeit ein gewisses Maß an Unabhängigkeit in internen Angelegenheiten erlangen. Erst unter der Herrschaft von Zar Nikolaus II. (1894-1917) wurde diese Autonomie schrittweise eingeschränkt. Dies verstärkte in der finnischen Gesellschaft die Ablehnung gegenüber Russland. Finnland erklärte im Jahr 1917 infolge der bolschewistischen Revolution schließlich seine Unabhängigkeit. Eine nachfolgend prägende Periode war der Zweite Weltkrieg, der für Finnland mit dem Winterkrieg (November 1939 bis März 1940) begann, als das Land von sowjetischen Truppen mit zahlenmäßiger und technologischer Überlegenheit überfallen wurde. Trotz territorialer Verluste konnte das Land seine Unabhängigkeit bewahren. In Folge verbündete sich Finnland mit Deutschland und setzte den Krieg mit der UdSSR 1941 fort (Kaczmarek 2024: 6–7). Als Finnland nach Ende des Zweiten Weltkriegs in den Einflussbereich der Sowjetunion geriet, bedeutete dies für das Land, seine Außenpolitik an den Ansprüchen der UdSSR auszurichten und daher Neutralität zu wahren sowie Handlungen zu vermeiden, die als feindlich gegenüber der UdSSR interpretiert werden konnten. Diese Situation, in der ein kleinerer und/oder schwächerer Staat seine Außenpolitik an die Interessen einer Großmacht anpasst, um Konflikte zu vermeiden, wird im Bereich der internationalen Beziehungen als Finnlandisierung bezeichnet (ebd.: 8).

In der wissenschaftlichen Literatur wird der Begriff Finnlandisierung in zweifacher Hinsicht verstanden. Einerseits bezeichnet er eine proaktive Strategie einer Großmacht (in diesem Fall der Sowjetunion/Russland), die darauf abzielt, politischen Einfluss auf einen kleineren Nachbarstaat auszuüben, um dessen Handlungsspielraum einzuschränken und seine Souveränität zu untergraben. Andererseits wird darunter eine Form präventiver Diplomatie eines kleineren Staates (Finnland) verstanden, die darauf ausgerichtet ist, negative Reaktionen der benachbarten Großmacht zu vermeiden und somit die eigene Sicherheit und Unabhängigkeit zu wahren. Arter (2023) identifiziert vier zentrale Faktoren, die zu dieser Phase – insbesondere zwischen den späten 1960er- und frühen 1980er-Jahren – beitrugen. Neben der geografischen Lage Finnlands mit seiner 1.300 Kilometer langen Grenze zur Sowjetunion spielten vor allem vertragliche Verpflichtungen wie der 1948 beschlossene Freundschafts-, Kooperations- und Beistandsvertrag (FCMA) mit der Sowjetunion eine entscheidende Rolle (Arter 2023: 172–173). Dieser betonte einerseits Finnlands Wunsch, neutral zu bleiben und sich von Spannungen zwischen den Großmächten zu distanzieren, andererseits verpflichteten sich in diesem beide Vertragsparteien dazu, keine Bündnisse einzugehen, die sich gegen den jeweils anderen Staat richtet. Für Finnland bedeutete dies, enge bilaterale Beziehungen zur Sowjetunion zu pflegen, sich ihr gegenüber diplomatisch kooperativ zu verhalten und eine militärische Annäherung an die NATO zu vermeiden. Der FCMA-Vertrag von 1948 erwies sich damit als diplomatischer Balanceakt, indem er zwar Finnlands staatliche Unabhängigkeit sicherte, zugleich jedoch Ausdruck sowjetischen Einflusses auf die finnische Außenpolitik war (Braichevska *et al.* 2024: 5). Ein weiterer Faktor, den Arter (2023) in diesem Zusammenhang hervorhebt, bestand in den verfassungsrechtlichen Bestimmungen von 1919, die dem finnischen Präsidenten weitreichende Machtbefugnisse einräumten. Besonders deutlich zeigte sich dies in der Amtszeit von Urho Kekkonen (1956-1981), der die politische Ausrichtung auf die Sowjetunion verstärkte und dadurch eine Art präventive Selbstzensur in Finnland förderte. Hinzu kam, dass die starke kommunistische Partei in Finnland der Sowjetunion zusätzlichen Handlungsspielraum ermöglichte, um Einfluss auf die Innenpolitik des Landes zu nehmen (Arter 2023: 174).

In der Zeit nach dem Kalten Krieg konnte eine zweiseitige Entwicklung beobachtet werden: Einerseits prägte eine Phase der Post-Finnlandisierung, die in gewisser Weise das Fortbestehen eines nachgiebigen diplomatischen Umgangs mit Russland beschreibt, das politische Verhalten Finnlands (ebd.: 176–177). So zeigten sich etwa Nachwirkungen der durch die Finnlandisierung geprägten Selbstzensur dadurch, dass offene Kritik an Russland bis zum

Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022 weitgehend vermieden wurde. Ein Beispiel dafür ist die Reaktion auf eine Rede des damaligen finnischen Verteidigungsministers Jyri Häkämies im Jahr 2007, in der er Russland als größte Sicherheitsbedrohung für Finnland bezeichnete. Diese Aussage wurde von damals führenden Politiker*innen wie der Präsidentin Halonen oder Premierminister Vanhanen öffentlich kritisiert (ebd.: 179).

Andererseits näherte sich Finnland – gestützt auf seine bereits etablierte liberal-demokratische Identität – in dieser Zeit schrittweise westlichen Institutionen wie der NATO und der EU an. Dieser Prozess wird in der Forschungsliteratur als *shelter-seeking*-Strategie beschrieben. Zwar suchte das Land bereits während des Kalten Krieges – trotz sicherheits- und verteidigungspolitischer Einschränkungen durch die Sowjetunion – wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schutz in westlichen Strukturen, etwa durch den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen im Jahr 1949 oder das Assoziierungsabkommen mit EFTA 1961, doch erst der Zerfall der Sowjetunion bot die entscheidende Gelegenheit, die zuvor auferlegten Beschränkungen aufzulösen. Obwohl Finnland somit bereits im Kalten Krieg in westliche *shelter*-Strukturen eingebunden war – zwischen 1950 und 1980 wurden rund 70 Prozent des Außenhandels mit EFTA- und EWG-Staaten abgewickelt – wurde diese Ausrichtung erst nach 1991 zunehmend klarer: zum Beispiel durch den Beitritt zur EU 1995 (Thorhallsson/Stude Vidal 2023: 203–204), zur PfP 1994 (ebd.: 208) oder durch die militärische Beschaffung von US-amerikanischen F-18-Kampfflugzeugen 1992, die eine Interoperabilität mit NATO-Staaten ermöglichte (ebd.: 214). Des Weiteren intensivierten sich die Beziehungen zur NATO und die fortgesetzte Suche nach Sicherheit (*shelter*) durch Abkommen mit Verbündeten auf bi- und multilateraler Ebene. Ein Beispiel dafür ist die Gründung der Nordischen Verteidigungszusammenarbeit (NORDEFCO) im Jahr 2009, welche die NATO-Interoperabilität weiter verbesserte (ebd.: 209). Die *shelter-seeking*-Strategie fand schließlich mit dem russischen Angriffskrieg am 24. Februar 2022 ihren Abschluss und führte nicht nur zur Entscheidung, ein vollständiges NATO-Mitglied zu werden, sondern bedeutete zugleich das definitive Ende eines finnlandisierten Finnlands (Arter 2023: 171).

5.4 Historischer Kontext: Schwedens Neutralitätspolitik und Annäherung an die NATO

Mit der Entscheidung Schwedens im Mai 2022, einen Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft zu stellen, beendete das Land seine seit zweihundert Jahren bestehende Tradition der Neutralität

und militärischen Bündnisfreiheit. Obwohl dieser Schritt weitreichende außenpolitische Veränderungen zur Folge hatte und eine Neuorientierung der schwedischen Identität bedeutete, ist der Beitritt zur NATO – genauso wie im Fall Finnlands – nicht als plötzliches Ereignis zu verstehen, sondern vielmehr als ein Kipppunkt bzw. *critical juncture* in einem bereits länger andauernden Wandlungsprozess (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 254; Aggestam/Hyde-Price 2025: 18). Das Konzept der *critical junctures* wurde in der Theorie des historischen Institutionalismus entwickelt. Diese begreift institutionelle Entwicklungen als langwierige Prozesse pfadabhängiger Stabilität und Reproduktion, welche nur in bestimmten Momenten, den *critical junctures*, unterbrochen werden können. Demnach handelt es sich um entscheidende Momente, in welchen Wandel sowie das Streben nach Schutz (*shelter-seeking*) notwendig wird oder überhaupt erst akzeptabel erscheint (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 253). Daran anknüpfend argumentiert die shelter-Theorie, dass insbesondere kleine Staaten im Vergleich zu größeren Akteuren nur über begrenzte wirtschaftliche, militärische und administrative Kapazitäten verfügen und daher verstärkt auf externe Schutzmechanismen angewiesen sind. Herausforderungen können dabei nur durch politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Schutzarrangements mit größeren Staaten oder internationalen Organisationen überwunden werden (ebd.: 234–235). Wie Schweden in der Vergangenheit nach Schutz auf multilateraler Ebene suchte, wird im folgenden Abschnitt näher erläutert. Dieser fortlaufende Prozess des *shelter-seeking* kulminierte schließlich im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022, der als *critical juncture* für die schwedische Sicherheitspolitik gilt und die langjährige Tradition der Neutralität und Bündnisfreiheit beendete (ebd.: 253).

Die schwedische Neutralität hat ihren Ursprung im 19. Jahrhundert, als Schweden aufgrund territorialer Verluste und militärischer Niederlagen nach dem Ende der Napoleonischen Kriege im Jahr 1814 seinen Status als regionale Großmacht verlor. Nachdem 1834 eine offizielle Neutralitätserklärung verabschiedet wurde, um sich künftig aus internationalen Konflikten herauszuhalten, blieb Schweden in nachfolgenden Kriegen des 19. und 20. Jahrhunderts ein neutraler Staat (ebd.: 237). Selbst im Zweiten Weltkrieg gelang es Schweden, diese Haltung zu wahren. Von den zwanzig europäischen Staaten, die 1939 ihre Neutralität erklärten, waren bis 1945 nur noch fünf – darunter auch Schweden – nicht in den Krieg involviert. Ein entscheidender Grund dafür war die Bedeutung des schwedischen Eisenerzes für die deutsche Stahlindustrie (Hagglof 1960: 153–154). Ein geplanter deutscher Angriff auf Schweden wurde verworfen, um keine Unterbrechung der Eisenerzlieferungen und keine potenzielle Zerstörung

der Kraftwerke durch schwedische Truppen zu riskieren. Darüber hinaus verfügte Schweden im Vergleich zu Dänemark und Norwegen über eine größere und stärkere Verteidigungsinfrastruktur, wodurch ein Angriff größere militärische Kräfte erfordert hätte (Hagglof, 1960, p. 160). Letztlich hing Schwedens Neutralität im Wesentlichen auch vom bestehenden Mächtegleichgewicht (*balance of power*) und dem (fehlenden) strategischen Interesse der Großmächte ab (ebd.: 166).

Bis zum Beginn des Kalten Krieges war Schwedens Neutralität somit nicht nur institutionell gefestigt, sondern prägte auch die politische Haltung und das kollektive Bewusstsein in der Bevölkerung. Die tief verankerte Vorstellung, sich nicht an Militärbündnissen zu beteiligen und außenpolitische Autonomie zu bewahren, wurde zum zentralen Bestandteil der schwedischen Identität und bildete zugleich die sicherheitspolitische Strategie während des Kalten Krieges, im Frieden bündnisfrei zu sein, um die Neutralität im Kriegsfall zu ermöglichen. Da Schwedens Neutralität kein starres Konzept und keine völkerrechtliche Verpflichtung war, konnte das Land seine Haltung flexibel an eigene Interessen und internationale Entwicklungen anpassen (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 238). So verfolgte das Land im Kalten Krieg eine Politik der „bewaffneten Neutralität“ mit einer starken Territorialarmee und einer unabhängigen Rüstungsindustrie, um einerseits die Stabilität an der strategisch sensiblen Nordflanke zu gewährleisten und um andererseits eine mögliche sowjetische Aggression abzuschrecken (Aggestam/Hyde-Price 2025: 6). Zusätzlich wurde die Neutralität so ausgelegt, dass eine umfangreiche und geheime militärische Zusammenarbeit mit westlichen Staaten und der NATO möglich war (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 241). Parallel dazu bemühte sich Schweden um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Anbindung an den Westen (*shelter-seeking*) durch Beitritte zur Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) im Jahr 1949, zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) 1950 sowie zu den Bretton-Woods-Institutionen 1951. Zusätzlich bestätigte sich diese Ausrichtung 1960, als Schweden Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wurde und ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) abschloss (ebd.: 239–240). Mit dem Zerfall der Sowjetunion eröffnete sich die Möglichkeit, bestehende Schutzarrangements weiter auszubauen: Der Beitritt zur EU im Jahr 1995 versprach dabei eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Absicherung und führte später zur Integration in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Im Zuge dessen wurde der Neutralitätsbegriff noch flexibler interpretiert und durch das Konzept der „militärischen Bündnisfreiheit“ ersetzt (ebd.: 246). Während Schweden in der Phase nach dem Kalten Krieg

somit die neue Rolle des „verlässlichen europäischen Partners“ übernahm, die auf einem tiefen Solidaritätsgefühl innerhalb Europas beruhte und sich in der Solidaritätserklärung von 2009 bestätigte, basierte Schwedens außenpolitische Identität weiterhin stark auf dem Ideal eines normativen Internationalisten (Michalski et al. 2024: 153). Dies zeigte sich in der konsequenten Bevorzugung diplomatischer Alternativen gegenüber militärischen Lösungen zur Bewältigung internationaler Sicherheitsprobleme (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 233), dem Verständnis als moralische Stimme in internationalen Organisationen wie der UNO aufzutreten und dem Engagement für Entwicklungshilfe und humanitäre Anliegen (Michalski et al. 2024: 153).

Auch die Kooperation mit der NATO intensivierte sich nach 1991, etwa durch den Beitritt zum Partnership for Peace Programm 1994, der Beteiligung an NATO-Operationen, zum Beispiel in Afghanistan und Kosovo (Thorhallsson/Stude Vidal 2024: 247–248), sowie durch die Gründung der Nordic Defence Cooperation (NORDEFCO) im Jahr 2009 zur Stärkung der Verteidigungszusammenarbeit in der nordischen Region (ebd.: 249). Mit der russischen Annexion der Krim 2014 gewann die militärische Schutzsuche erneut an Bedeutung und erreichte, wie bereits erwähnt, mit dem Großangriff auf die Ukraine 2022 ihren Höhepunkt (Aggestam/Hyde-Price 2025: 7).

6. Analyse der NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens

Die nun folgende empirische Analyse der NATO-Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens umfasst den Zeitraum von Mai 2022, dem Zeitpunkt der gemeinsamen Antragstellung beider Länder auf eine NATO-Mitgliedschaft, bis März 2024, als das Beitrittsprotokoll Schwedens – rund ein Jahr nach dem Beitritt Finnlands – von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Aufbauend auf der zuvor dargestellten methodischen Herangehensweise erfolgt die Analyse zunächst fallbezogen: Nach einer chronologischen Rekonstruktion des jeweiligen Beitrittsprozesses werden die aus der Theorie abgeleiteten kausalen Mechanismen systematisch geprüft. Im Anschluss darauf werden die beiden Fälle vergleichend gegenübergestellt, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

6.1 Chronologischer Überblick: Finnland

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie die damit einhergehende Verletzung grundlegender Prinzipien der friedlichen Kooperation mit Russland und des

humanitären Völkerrechts markierten einen tiefgreifenden Wendepunkt in der internationalen und insbesondere der europäischen Sicherheitsordnung. Als Reaktion darauf stellten Finnland und Schweden nur wenige Wochen später, am 18. Mai 2022, gemeinsam einen Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft. Obwohl beide Länder bereits zuvor eine enge Partnerschaft mit dem Bündnis pflegten, war ein tatsächlicher Beitritt und die Aufgabe der langjährigen militärischen Bündnisfreiheit lange Zeit ausgeschlossen (NATO 2022a). Wie gravierend sich der russische Angriffskrieg auf die sicherheitspolitische Wahrnehmung innerhalb kürzester Zeit auswirkte, zeigt die Einschätzung der damaligen finnischen Ministerpräsidentin Sanna Marin in einer Pressekonferenz am 15. Mai 2022 gemeinsam mit dem damaligen finnischen Präsident Sauli Niinistö:

„When we look at Russia, we see a very different kind of Russia today than we saw just a few months ago. Everything has changed when Russia attacked Ukraine. And I personally think that we cannot trust anymore there will be a peaceful future next to Russia. Joining NATO is an act of peace so that there will never again be war in Finland in the future” (TP Kanslia 2022: 39:12-39:40).

Wenngleich Finnland und Schweden ihren NATO-Beitrittsantrag zeitgleich und in enger Abstimmung mit dem Ziel stellten, den gesamten Beitrittsprozess bis zur Mitgliedschaft gemeinsam zu durchlaufen (YLE NEWS 2022b), entwickelten sich ihre Beitritte im weiteren Prozess unterschiedlich. So wurde Finnland deutlich früher und mit geringerem Widerstand in das Bündnis aufgenommen. Im folgenden Abschnitt werden die zentralen Etappen des finnischen Beitrittsprozesses aufgezeigt.

Bereits vor der offiziellen Antragstellung im Mai 2022 war eine bestimmte politische Entwicklung erkennbar. Insbesondere die finnische Bevölkerung sprach sich zunehmend für eine NATO-Mitgliedschaft aus: Laut Meinungsumfragen des finnischen Rundfunksenders YLE lag die Unterstützung im Februar 2022 bei 53 Prozent, im März bei 63 Prozent und im Mai schließlich bei 76 Prozent (YLE NEWS 2022a). Auch zahlreiche NATO-Mitgliedstaaten signalisierten ihre Zustimmung, darunter insbesondere die USA, Großbritannien und Deutschland, die den beiden Staaten im Fall eines Angriffs ihre Unterstützung zusicherten. Weniger Begeisterung konnte in der Reaktion der Türkei auf die Beitrittswünsche beider Staaten beobachtet werden. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan äußerte bereits vor der offiziellen Antragstellung Bedenken mit der Behauptung, Finnland und Schweden

unterstützen eine als Terrororganisation eingestufte Gruppe, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) (Berlinger 2022; Bayer/Herszenhorn 2022). Aufgrund der angespannten sicherheitspolitischen Situation zeigten sich Finnland und Schweden besorgt über die Zeit zwischen der Beantragung zum Beitritt und der Ratifizierung der Beitrittsprotokolle aller Mitgliedsländer. Trotz zusätzlicher Absicherungen und der verstärkten NATO-Präsenz in dieser Region, sollte der Beitrittsprozess zügig vorangetrieben werden (NATO 2022a). Nachdem die Türkei ungeachtet der Zusicherungen Finnlands und Schwedens, auf ihre geäußerten Bedenken einzugehen, weiterhin an ihrer Blockade festhielt (NATO, 2022d; NATO 2022b), kam es im Rahmen des NATO-Gipfels in Madrid am 28. Juni 2022 zur Unterzeichnung des Trilateralen Memorandums. Vereinbart wurden darin zentrale Forderungen der Türkei an beide Beitrittskandidaten, während sich die Türkei im Gegenzug dazu verpflichtete, der offiziellen Einladung Finnlands und Schwedens zur NATO-Mitgliedschaft zuzustimmen. Das Memorandum stellte somit eine wichtige Zwischentappe im Beitrittsprozess dar und ermöglichte am 29. Juni 2022 die offizielle Einladung beider Staaten (NATO 2022f). In den darauffolgenden Monaten ratifizierten bis zum 27. September 2022 alle 28 NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Ungarn und der Türkei die Beitrittsprotokolle beider Länder (Reuters 2022). Spätestens ab Herbst 2022 zeichnete sich dann zunehmend ein differenzierter Umgang der Türkei mit Finnland und Schweden ab, wobei Finnland als unproblematischerer Partner betrachtet wurde (YLE NEWS 2022b). Parallel dazu begann auch Ungarn, den Prozess zu verzögern, obwohl offiziell kommuniziert wurde, dass die Ratifizierung der Beitrittsprotokolle für den Herbst 2022 auf der parlamentarischen Agenda fixiert sei (NATO 2022i). Während Finnland und Schweden im Laufe der Monate bemüht waren, die Forderungen des Trilateralen Memorandums möglichst rasch umzusetzen, um die NATO-Ratifizierung voranzutreiben, erneuerte die Türkei ihre Forderungen und forderte Finnland unter anderem dazu auf, sechs mutmaßliche „Terrorverurteilte“ der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Gülen-Bewegung (FETÖ), die sich nach Vermutungen in Finnland aufhielten, auszuliefern. Die finnische Zeitung YLE berichtete, dass die sechs Auslieferungsansuchen bereits zuvor abgelehnt wurden und eine Berufung gegen eine Auslieferungsentscheidung aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei (YLE NEWS 2022c). Vor dem Besuch des damaligen finnischen Verteidigungsministers Antti Kaikkonen in Ankara, bei dem Gespräche über den NATO-Beitritt sowie die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit angekündigt waren, bekräftigte die Türkei erneut ihre Forderungen. Die Türkei erwartete, dass Finnland sein Waffenembargo gegen die Türkei, das im Jahr 2019 nach dem türkischen Einmarsch in Nordsyrien auferlegt wurde, aufheben sollte (YLE NEWS 2022d). Im weiteren Verlauf des

Beitrittsprozesses wurde deutlich, wie stark der Zusammenhalt der beiden Beitrittskandidaten ist, indem Finnland immer wieder betonte, nur gemeinsam mit Schweden beitreten zu wollen. Gleichzeitig rückt die spezifisch an Schweden gerichtete Kritik, nicht entschieden genug gegen Terrorist*innen vorzugehen, in den Vordergrund und Erdoğan deutete an, möglicherweise zunächst nur Finnland die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft zu erteilen (Tagesschau 2023a). Ab Mitte Februar wurde dann immer klarer, dass Finnland auch vorerst ohne Schweden in die NATO aufgenommen werden könnte. Der damalige finnische Präsident Sauli Niinistö bestätigte dies auf folgende Weise: „We move forward hand in hand, with everything that is in our hand. But the ratification of our NATO membership is in Türkiye’s hands” (Niinistö, zit. nach Office of the President of the Republic of Finland 2023). Ergänzend dazu berichtete die Tagesschau, dass der türkische Präsident Erdoğan das finnische Beitrittsprotokoll noch vor den nationalen Wahlen am 14. Mai 2023 ratifizieren wolle und auch Ungarn habe vor, am 27. März 2023 über den Beitritt Finnlands abzustimmen, wenngleich die Gründe für die bisherige Verzögerung zu diesem Zeitpunkt weiterhin unklar blieben (Tagesschau 2023b). Nachdem Ungarn am 27. März 2023 und die Türkei am 30. März 2023 das Beitrittsprotokoll ratifizierten (Than 2023; Reuters 2023), wurde der Beitrittsprozess mit der offiziellen Aufnahme Finnlands am 4. April 2023 abgeschlossen.

6.2 Fallanalyse Finnland

Während sich frühere Erweiterungen der NATO – etwa der Beitritt Ungarns, Tschechiens und Polens im Jahr 1999 sowie der baltischen Staaten im Jahr 2004 – durch den konstruktivistischen Ansatz plausibel erklären lassen und primär als Prozesse internationaler Sozialisierung verstanden wurden, bei welchen die Beitrittskandidaten durch politische Anpassung und die Internalisierung gemeinsamer Werte in die „westliche“ Gemeinschaft integriert werden sollten, greift dieser von Schimmelfennig (1998) entwickelte Erklärungsansatz im Fall des finnischen und schwedischen Beitrittsprozesses zu kurz. Der Autor selbst wies darauf hin, dass ein potenziell in der Zukunft stattfindender Beitritt Österreichs, Finnlands oder Schwedens nicht mit dem Ziel der Verbreitung liberal-demokratischer Werte begründet werden könne, da diese Staaten diese Werte bereits seit der Gründung der NATO vertreten (Schimmelfennig 1998: 231). Aus konstruktivistischer Sicht lässt sich dennoch argumentieren, dass Finnland gerade aufgrund seiner demokratischen Stabilität, rechtsstaatlichen Ordnung und der langjährigen Partnerschaft mit der NATO als attraktiver Beitrittskandidat galt. Diese Voraussetzungen erleichterten die Integration in die bestehenden Strukturen und obwohl ein Beitritt Finnlands bereits zuvor möglich gewesen wäre und aus Sicht der NATO sogar als sinnvoll betrachtet

wurde, hielt das Land bis zum russischen Großangriff gegen die Ukraine an seiner militärischen Blockfreiheit fest (NATO 2024c). Nachdem Finnland sein Interesse an einer Mitgliedschaft bekannt machte, wurde aufgrund dieser Voraussetzungen ein schneller Beitritt erwartet (NATO 2022a). Um zu erklären, warum es dennoch zu Verzögerungen im Verlauf des Beitritts kam, untersucht diese Arbeit theoriebasierte kausale Mechanismen. Dabei wird zunächst nach „empirischen Fingerabdrücken“ gesucht, die auf diese Mechanismen hinweisen und im Anschluss überprüft, welchen Einfluss sie auf den Beitrittsprozess Finnlands hatten. Ziel dieses Abschnitts ist es, sich der Beantwortung der Forschungsfrage, wie sich NATO-Erweiterungen, insbesondere die Beitritte Finnlands und Schwedens, erklären lassen, anzunähern.

6.2.1 Kosten-Nutzen-Abwägung

Der erste im Rahmen dieser Analyse untersuchte kausale Mechanismus, die *Kosten-Nutzen-Abwägung*, bildet die Grundlage für die Analyse der weiteren Mechanismen, dem *Hostage-Taking* und *Bargaining*, und basiert auf rationalistischen Annahmen, die davon ausgehen, dass Akteure egoistisch und instrumental handeln, um ihren Nutzen zu maximieren. Entscheidungen etwa über eine NATO-Erweiterung, die nach dem Kriterium der instrumentellen Rationalität getroffen werden, erfolgen auf Grundlage einer Abwägung des erwarteten Nutzens und der damit verbundenen Kosten (Schimmelfennig 1998: 200). In diesem Rahmen kann die *Kosten-Nutzen-Abwägung* zu strategischem Verhalten wie *Hostage-Taking* oder *Bargaining* führen. Der folgende Abschnitt erläutert zunächst, wie die *Kosten-Nutzen-Abwägung* Finnland zur Entscheidung gebracht hat, den Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft zu stellen. Anschließend werden *Kosten-Nutzen-Abwägungen* der Türkei und Ungarns im Zusammenhang mit ihrem Blockadeverhalten analysiert sowie die im Erweiterungsprozess für die NATO entstandenen Kosten und erwarteten Nutzen der Erweiterung dargestellt.

Exkurs: Finnlands sicherheitspolitische Abwägung im Kontext des NATO-Beitritts

Um Finnlands Entscheidung der NATO beitreten zu wollen nachvollziehen zu können, ist es wichtig, den Weg dorthin historisch einzuordnen und den politischen Kontext zu berücksichtigen. Der historisch-politische Hintergrund und die geopolitischen Rahmenbedingungen wurden bereits umfangreich in Kapitel 5 behandelt und sind entscheidend, um die *Kosten-Nutzen-Abwägung* der finnischen Regierung vollständig zu verstehen. Der Antrag zur Mitgliedschaft lässt sich aus finnischer Sicht als notwendige Reaktion auf die veränderte sicherheitspolitische Lage infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deuten. Der zentrale Nutzen einer Mitgliedschaft liegt im erweiterten

Sicherheitsschutz, der sich aus der Kombination einer starken nationalen Verteidigungsfähigkeit und der kollektiven Sicherheit im Rahmen der NATO ergibt. Ein Bericht der finnischen Regierung vom 15. Mai 2022 unterstreicht diese Einschätzung folgendermaßen:

„Through NATO membership, Finland would be part of NATO’s collective defence and, thus, would be covered by the security guarantees enshrined in Article 5 of the North Atlantic Treaty. The deterrent effect of Finland’s defence would be considerably stronger than it is at present. If Finland were a NATO member country and became a target of military force, it would defend itself with the support of the Alliance based on arrangements planned and rehearsed in advance” (Finnish Government 2022).

Welche zentrale Bedeutung Sicherheit für Finnland und seine Bevölkerung hat, hebt Sanna Marin in einem Gespräch mit dem geschäftsführenden Direktor des Lowy Instituts, Dr. Michael Fullilove hervor. Sie erklärt, dass Finnlands Sicherheitsstrategie bis zum russischen Angriff darin bestand, gute bilaterale Beziehungen zu Russland zu pflegen und eng mit der NATO zusammenzuarbeiten, ohne ihr beizutreten. Der Angriff auf die Ukraine löste laut Marin jedoch einen unmittelbaren Wandel im finnischen Sicherheitsverständnis aus (Lowy Institute 2022). In der Theorie kann dieses Verhalten als typisches Merkmal einer *shelter-seeking*-Strategie zugeordnet werden (Thorhallsson/Stude Vidal 2023: 195). Letztlich überwogen aus finnischer Sicht die Vorteile einer NATO-Mitgliedschaft gegenüber den potenziellen Kosten sowie den Bedenken, Russland durch die Aufgabe der Bündnisfreiheit zu provozieren (ebd.: 208). Neben finanziellen Kosten für Verteidigung, Grenz- und Versorgungssicherheit und dem Ausbau personeller Kapazitäten (Finnish Government 2022), bedeutete der Beitritt auch einen Bruch mit der langjährigen Tradition der Finnlandisierung (Arter 2023: 186–187).

Auch das Verhalten anderer Akteure, insbesondere das strategische Handeln der Türkei und Ungarns in Form von *Hostage-Taking* und *Bargaining*, kann durch den kausalen Mechanismus der *Kosten-Nutzen-Abwägung* erklärt werden. Beide Staaten handelten mit dem Ziel, den größtmöglichen Nutzen für nationale Interessen zu erzielen und dabei entstehende Reputationskosten möglichst gering zu halten. Der erwartete Nutzen der Instrumentalisierung des Vetorechts durch die Türkei war vielschichtig und umfasst die Aufwertung der Kurdenfrage auf NATO-Ebene, die Sicherung geopolitischer Interessen in Syrien sowie Verhandlungen mit den USA über die Aufhebung von Waffenembargos. Ein zusätzlicher innenpolitischer Nutzen

für Präsident Erdoğan lag darin, mit der harten außenpolitischen Haltung, Wähler*innenstimmen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl im Mai 2023 zu mobilisieren (Alaranta 2022: 6). Die daraus resultierenden, konkreten Forderungen werden in der Analyse des *Bargaining*-Mechanismus näher untersucht. Ungarn wiederum setzte seine Vetodrohung strategisch ein, um politischen Druck auf die EU als eine mit der NATO überlappende Organisation auszuüben und um daraus Nutzen in anderen Politikfeldern zu ziehen. Angesichts der engen Beziehungen zur türkischen Regierung könnte Ungarn einen zusätzlichen Nutzen darin gesehen haben, das bilaterale Verhältnis mit der Türkei zu stärken (Müller/Slominski 2024: 124).

Während das Verhalten der Türkei und Ungarns zu Reputationskosten für beide Staaten führte, verursachte die Blockade auch – zumindest kurzfristig – erhebliche politische Kosten für die NATO. Die Allianz zeichnete sich bisher durch ihre Grundprinzipien der Kooperation, freiwilliger Konsenssuche und dem aktiven Austausch von Informationen aus (Müller/Slominski 2023: 272). Vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Bedrohung unterstrich Jens Stoltenberg die Notwendigkeit einer geschlossenen Handlungsfähigkeit. In einer Pressekonferenz mit dem damaligen türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu im November 2022 erklärte er:

„In these dangerous times, it is even more important to finalise their accession. To prevent any misunderstanding or miscalculation in Moscow. And to send a clear message to Russia that NATO’s door remains open. And it is only for Allies and aspirant countries to decide on NATO membership” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2022j).

Obwohl das strategische Verhalten der Türkei und Ungarns im Erweiterungsprozess die Glaubwürdigkeit der Kooperationskultur der NATO schwächte und damit Kosten verursachte, versprach der Beitritt Finnlands viele Vorteile für das Bündnis. Aus konstruktivistischer Sicht stellten insbesondere die langjährige demokratische Stabilität, das frühzeitige Engagement in Friedenssicherung und humanitärer Intervention sowie die aktive Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der EU oder der UNO, eindeutige Vorteile dar. Aber insbesondere militärisch und aus rationaler Sicht galt Finnland - ebenso wie Schweden - als attraktiver Beitrittskandidat, da es durch seine Beteiligung an NATO-Programmen wie der Partnerschaft für den Frieden (PfP) und dem Planning and Review Process (PARP) sowie an NATO-Missionen wie IFOR, SFOR, KFOR und ISAF bereits eng in NATO-Strukturen

eingebunden war. Im Unterschied zu Schweden behielt Finnland zudem die Wehrpflicht bei und konnte – Stand 2020 – mit rund 5 Millionen Einwohner*innen bis zu 285.000 Soldat*innen mobilisieren (Von Hlatky/Fortmann 2020: 564–566). Kurz vor Finnlands offiziellem Beitritt am 3. April 2023 bekräftigte NATO-Generalsekretär Stoltenberg wiederholt die militärische Stärke des neuen Mitglieds. Finnland bringe gut ausgebildete und ausgerüstete Streitkräfte, eine große Reservearmee, Investitionen in modernste Waffensysteme wie zum Beispiel über 60 F-35-Kampfflugzeuge, sowie eine über Jahre hinweg konstant hohe Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in die NATO ein (NATO 2023d). Hinzu kommt die geostrategisch bedeutsame Lage Finnlands und Schwedens, welche die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses stärkt. Besonders relevant ist dabei die finnische und schwedische Küstenregion, da die Landverbindungen zu Estland, Lettland und Litauen durch die russische Exklave Kaliningrad blockiert werden können (Wolff 2015: 1116).

6.2.2 *Hostage-Taking*

Wie bereits erwähnt, kann die *Kosten-Nutzen-Abwägung* strategisches Verhalten begünstigen. Im Beitrittsprozess Finnlands zur NATO erwies sich insbesondere der Einsatz einer *Hostage-Taking*-Strategie durch einzelne Mitgliedstaaten als entscheidender Mechanismus. Es handelt sich dabei, wie in Kapitel 3.2 ausführlich erläutert, um eine Verhandlungsstrategie, bei der Mitgliedstaaten ihre Vetomacht nutzen, um Zugeständnisse oder Entscheidungen in anderen Politikbereichen oder Institutionen zu erzielen bzw. zu beeinflussen. Durch die Ausübung oder auch nur die Androhung des Vetos erhöht sich die Verhandlungsmacht des Geiselnahmers, wodurch die Durchsetzung eigennütziger nationaler politischer Interessen ermöglicht wird (Müller/Slominski 2024: 114–116). Ein erster empirischer Hinweis auf die Anwendung von *Hostage-Taking* liefert die frühzeitige und noch vor der offiziellen Antragstellung geäußerte Drohung des türkischen Präsidenten Erdoğan, den Beitritt Finnlands und Schwedens nicht befürworten zu können. Diese begründete er mit dem Vorwurf, beide Staaten seien wie „Gästehäuser“ für die von der EU, den USA und der Türkei eingestufte terroristische Organisation PKK² (Henley/Michaelson 2022). Diese sicherheitspolitisch begründete Kritik wurde in Finnland selbst als überraschend wahrgenommen. In diesem Zusammenhang erklärte der damalige finnische Präsident Sauli Niinistö:

² Im Jahr 2020 wurde die kurdischsprachige Bevölkerung in Finnland auf etwa 15.000 Personen (0,3 Prozent der Bevölkerung) geschätzt.

„So I just want you to understand that the Turkish intervention here was kind of surprising, because according to our studies, our legislation, our position with Turkey’s terrorism, or being against that, is on average NATO-country level” (Niinistö, zit. nach NATO 2022c).

Die frühen öffentlichen Äußerungen und politischen Forderungen der türkischen Regierung deuten auf ein von Beginn an strategisch motiviertes *Hostage-Taking* hin, ein Eindruck, der durch die Stellungnahme von Präsident Niinistö weiter verstärkt wird. Sie zeigen auch, dass sich die Türkei bereits zu Beginn strategisch auf das Argument nationaler Sicherheitsinteressen stützte, um ihre ablehnende Haltung rhetorisch zu legitimieren. Dies entspricht, wie Müller und Slominski (2023) beschreiben, einer typischen Taktik im Rahmen von *Hostage-Taking*, um Reputationskosten zu minimieren (Müller/Slominski 2023: 264).

Im weiteren Verlauf und im Rahmen des NATO-Gipfels in Madrid im Juni 2022 unterzeichneten die Türkei, Finnland und Schweden das Trilaterale Memorandum. Dieses Abkommen weist zentrale Elemente der theoretisch beschriebenen *Hostage-Taking*-Strategie auf. So zeigt sich darin einerseits die Verknüpfung verschiedener Verhandlungsthemen (Mikulaschek 2018: 514), andererseits wurde darin schriftlich festgehalten, dass die Zustimmung der Türkei zur offiziellen Einladung Finnlands und Schwedens an konkrete bilaterale Forderungen geknüpft war (NATO 2022f). Damit setzte die Türkei ihre Vetomacht offen, formell und mit klar definierten Bedingungen als Druckmittel ein, was dem typischen Muster des *Hard Hostage-Taking* entspricht – im Unterschied zur weniger konfrontativen Variante des *Soft Hostage-Taking* (Müller/Slominski 2025: 2). Gleichzeitig lassen sich auch Elemente eines *Soft Hostage-Taking* außerhalb dieses Übereinkommens identifizieren, wie etwa die inoffizielle Koppelung der NATO-Beitritte an die Einwilligung der USA zum Verkauf von F-16-Kampffjets, die rhetorische Legitimierung der Blockade mit sicherheitspolitischen Argumenten sowie das Zustandekommen des Trilateralen Memorandums selbst als diplomatische Kompromisslösung. Dieses Vorgehen lässt sich zudem als typische Strategie zur Minimierung der Reputationskosten deuten, bei der der Geiselnnehmer die Ausübung eines Vetos zwar glaubwürdig androht, letztlich aber darauf verzichtet, nachdem auf seine Forderungen zumindest teilweise eingegangen wurde (Wintour 2022; Müller/Slominski 2023: 264).

Trotz der Bemühungen des Beitrittskandidaten, den Forderungen nachzukommen, zögerte die Türkei die Blockadehaltung gegenüber Finnland weiter hinaus. Begründet wurde dieses Vorgehen mit der Anforderung, frühere Auslieferungsanträge von Personen neu zu bewerten. Zwar zeigte sich Finnland in den Verhandlungen grundsätzlich kooperationsbereit, lehnte jedoch Forderungen ab, die mit dem bestehenden Rechtssystem unvereinbar gewesen wären (Alaranta 2022: 5). Die bewusste Verzögerung des Ratifizierungsprozesses gilt als wiederum typisches Mittel in der *Hostage-Taking*-Strategie und dient dazu, die Verhandlungsposition gegenüber der NATO und Finnland weiter zu stärken (Müller/Slominski 2025: 7). Neben der Türkei verzögerte auch Ungarn die Ratifizierung. Während sich die politische Geiselnahme der Türkei mit dem empirischen Material gut dokumentieren und untersuchen lässt, bleibt das Verhalten Ungarns weit weniger klar, da Ungarn offiziell keine nachvollziehbaren Argumente oder Forderungen aussprach (Tuma 2023). Diese Vorgehensweise, in der *Issue Linkage* in der öffentlichen Kommunikation verschleiert wird und tatsächliche Forderungen in geschlossenen Verhandlungen formuliert werden, deutet auf eine gezielte Anwendung von *Soft Hostage-Taking* hin und kann als Versuch verstanden werden, Reputationskosten möglichst gering zu halten (Müller/Slominski 2025: 2). Weitere beobachtbare Implikationen (*observable implications*) – also theoriegestützte, empirisch prüfbare Erwartungen – des theoretischen Modells zeigen sich im Verhalten Ungarns zunächst in der prozedural und innenpolitisch begründeten Verzögerungstaktik der Ratifizierung. Im späteren Verlauf der Beitrittsprozesse – insbesondere nach dem finnischen NATO-Beitritt – werden beobachtbare Implikationen auch in der Verknüpfung der Ratifizierung mit dem EU-Rechtsstaatlichkeitskonflikt (Müller/Slominski 2023: 271) sowie in der gezielten Kritik an schwedischen Äußerungen zur ungarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich. Diese strategischen Verhaltensweisen weisen darauf hin, dass Ungarn die außenpolitische Entscheidung über die NATO-Erweiterung bewusst offenhielt, um sie in überlappenden Arenen (NATO und EU) als Druckmittel für eigene nationale Interessen zu instrumentalisieren (Müller/Slominski 2024: 124). Eine tiefere Analyse des *Hostage-Taking*-Versuchs Ungarns innerhalb der EU sowie im Zusammenspiel zwischen EU und NATO liegt außerhalb des Fokus dieser Arbeit und wird im Analyseabschnitt zu *Bargaining* nur am Rande aufgegriffen.

Spätestens ab Anfang 2023 wurde deutlich, dass die Türkei bereit war, Finnlands Beitritt zur NATO unabhängig von Schweden zu ratifizieren (YLE NEWS 2023). Dieser Positionswechsel veranlasste auch das ungarische Parlament, das im Schatten der Türkei eine bloß abgeschwächte Vetoposition einnahm, Ende März dem NATO-Beitritt Finnlands zuzustimmen.

Ohne die türkische Unterstützung wäre eine weitere Verzögerung der Ratifizierung schwer zu rechtfertigen gewesen und die potenziellen Kosten hätten sich unverhältnismäßig erhöht. Auch diese Vorgehensweise beider Staaten lässt sich mit Bezug auf die theoretische Grundlage als typische Taktik von *Hostage-Taking* bewerten. Müller und Slominski (2023) argumentieren im Kontext des ungarischen Blockadeverhaltens, dass eine sogenannte „Freilassung einer Geisel“ zwar Kompromissbereitschaft signalisiert, der politische Verhandlungsdruck jedoch durch die weiterhin ausstehende Zustimmung des schwedischen Beitritts aufrechterhalten wird (Müller/Slominski 2023: 271).

In diesem analytischen Abschnitt wurde gezeigt, wie wirksam *Hostage-Taking* im Kontext von NATO-Erweiterungen ist und inwieweit sich der Beitrittsprozess Finnlands durch diesen in der Theorie identifizierten kausalen Mechanismus erklären lässt. Sowohl die Türkei als auch Ungarn konnten durch die hohe Glaubwürdigkeit der Drohungen und dem hohen Ausmaß an asymmetrischen Kosten für die NATO, die EU sowie Finnland und Schweden den Ratifizierungsprozess über mehrere Monate – im Fall Finnlands 11 Monate lang – verzögern. Die Wirksamkeit des Einsatzes von *Hostage-Taking* wird insbesondere an der von der NATO sowie von Finnland und Schweden wahrgenommenen Dringlichkeit einer raschen Aufnahme zur NATO deutlich (Müller/Slominski 2025: 11). Welche konkreten Forderungen und Zugeständnisse aus dieser Strategie resultierten, wird im nächsten Abschnitt zur Analyse von *Bargaining* näher untersucht.

6.2.3 Bargaining

Obwohl die kausalen Mechanismen in dieser Arbeit getrennt voneinander untersucht werden, um eine systematische Analyse zu garantieren, sind sie in der Praxis eng miteinander verflochten. *Bargaining* bezieht sich als ein weiterer Mechanismus in den NATO-Beitrittsprozessen Finnlands und Schwedens auf die transaktionalen Elemente innerhalb der *Hostage-Taking*-Strategie. Dabei stehen konkrete Forderungen, Verhandlungsprozesse sowie erreichte politische oder materielle Zugeständnisse im Vordergrund. Der folgende Abschnitt analysiert den Mechanismus anhand empirischer Hinweise und theoriebasierter Erwartungen im Fall Finnlands. *Bargaining* im Rahmen von *Hostage-Taking* basiert auf der theoretischen Annahme, dass Staaten asymmetrische Abhängigkeiten innerhalb internationaler Organisationen strategisch nutzen, um eigene Interessen durchzusetzen. In Situationen, in welchen das Einstimmigkeitsprinzip gilt – wie beim NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens – können einzelne Akteure durch den Einsatz oder der Drohung eines Vetos, ihre

Verhandlungsposition stärken. Die Blockadehaltung dient somit als ein Hebel in Verhandlungen, die zur Erfüllung der gestellten Forderungen führen soll - auch dann, wenn diese thematisch nicht mit dem eigentlichen Verhandlungsgegenstand zusammenhängen (*Issue Linkage*) oder substantiell begründet sind (Keohane/Nye 1977: 10). Solches Verhalten lässt sich durch rationalistische Ansätze erklären, die Staaten als nutzenmaximierende Akteure begreifen (Schimmelfennig 1998: 200).

Das Trilaterale Memorandum, das im Juni 2022 von Finnland, Schweden und der Türkei unterzeichnet wurde, liefert einen ersten empirischen Hinweis auf transaktionale Verhandlungsprozesse im Zuge des NATO-Beitritts Finnlands und ist als formalisierter Ausdruck von *Bargaining* zu interpretieren. Im Unterschied zum vorherigen Abschnitt, in dem das Dokument als ein Instrument strategischen *Hostage-Takings* analysiert wurde, fokussiert sich der folgende Analyseteil auf dessen konkrete Forderungen und Verhandlungen. Im Kern handelt es sich um eine Übereinkunft, in der Finnland und Schweden der Türkei Zugeständnisse in Bezug auf Anti-Terrorismus, Waffenembargos und der Unterstützung an einer Beteiligung an EU-Projekten zusicherten und die Türkei im Gegenzug die Auflösung der Blockadehaltung gegenüber der offiziellen Einladung zum NATO-Beitritt beiden Staaten versprach. Zu den zentralen Forderungen der Türkei im Dokument zählten: die volle Unterstützung Finnlands und Schwedens gegen Sicherheitsbedrohungen und in der Bekämpfung terroristischer Gruppierungen, wie der PKK und ihren Ablegern (YPG/PYD) und FETÖ; eine strengere Anti-Terrorismus-Gesetzgebung und die schnelle Bearbeitung der Anträge der Türkei auf Abschiebung oder Auslieferung von Terrorverdächtigen; die Aufhebung der nationalen Waffenembargos und die Unterstützung Finnlands und Schwedens, die Türkei sowie andere Nicht-EU-Verbündete in Projekte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU – konkret ins PESCO-Projekt „Military Mobility“ miteinzubeziehen. Zur Umsetzung dieser Schritte wurde zusätzlich ein sogenannter *Permanent Joint Mechanism* eingerichtet (NATO 2022f). Da sich die Forderungen des Dokuments nahezu ausschließlich an Finnland und Schweden richteten und deren NATO-Beitritt die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erforderte, entstand eine asymmetrische Abhängigkeit zugunsten der Türkei. Dies ermöglichte es der türkischen Regierung, Bedingungen für ihre Zustimmung zu stellen und sowohl von den Beitrittskandidaten als auch von anderen Akteuren mit Interesse an der Erweiterung konkrete Zugeständnisse einzufordern. Asymmetrische Abhängigkeiten wie in diesem Fall sind charakteristisch für *Bargaining*-Situationen (Janusch 2018: 224). In einem Briefing Paper des Finnish Institute of International Affairs werden die Hintergründe und die

politische Motivation der türkischen Blockadehaltung erklärt. Demzufolge bestehen die zentralen Motive erstens in dem Versuch, eine langfristige sicherheitspolitische Agenda, in der die sogenannte Kurdenfrage als Sicherheitsbedrohung dargestellt wird auf NATO-Ebene einzuführen, zweitens in dem Ziel, den Einfluss in Machtprojekten im Nahen Osten zu sichern und dabei Druck auf die USA in der Syrien-Politik zu machen und drittens darin, Zugeständnisse der USA in weiteren Bereichen zu erlangen. Letzteres betrifft insbesondere die Aufhebung der CAATSA-Sanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act), die aufgrund des Kaufs des russischen Luftabwehrsystems S-400 auferlegt wurden, die Wiederaufnahme in das F-35-Programm und die Zustimmung der USA zum Verkauf von F-16-Kampffjets an die Türkei. Alaranta (2022) macht in diesem Briefing Paper deutlich, dass die türkische Haltung im Beitrittsprozess Finnlands und Schwedens als Druckmittel diene, um alle Themen einzubringen, mit denen die Türkei in den letzten zehn Jahren unzufrieden war (Alaranta 2022: 5–6). Die Verknüpfung der Zustimmung zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens mit der Erfüllung dieser Forderungen lässt sich als klassisches Beispiel für *Issue-Linkage* interpretieren. Durch *Issue-Linkage* lässt sich in diesem Fall zusätzlicher Verhandlungsspielraum (*bargaining leverage*) schaffen (Axelrod/Keohane 1985: 239).

Erste Erfolge dieser Verhandlungsstrategie zeigten sich bereits einen Tag nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Finnland, Schweden und der Türkei, als die US-Regierung unter dem damaligen Präsident Biden erklärte, den möglichen Verkauf von F-16-Kampffjets an die Türkei zu unterstützen (Wintour 2022). Weitere Zugeständnisse, die Finnland im Zuge des Beitrittsverlaufs machte, betrafen insbesondere die Aufhebung der Waffenexportbeschränkungen im Dezember 2022 (YLE NEWS, STT 2022) sowie die politische und diplomatische Gesprächsbereitschaft, in der der damalige Präsident Niinistö öffentlich signalisierte, dass die Sicherheitsbedenken der Türkei ernst genommen werden (Office of the President of the Republic of Finland, 2022). Auch das Verbot von PKK-Fahnen während der Demonstration zum Unabhängigkeitstag deutet auf einen Zusammenhang mit den Forderungen der Türkei hin (YLE NEWS 2022e).

Im weiteren Verlauf lässt sich auch die „Freilassung einer Geisel“ durch die Ratifizierung des finnischen Beitrittsprotokolls als ein Teil des transaktionalen Verhandlungsprozess verstehen. Damit reduzierte die Türkei einerseits die zunehmenden Kosten des *Hostage-Taking* (Müller/Slominski 2023: 265), während andererseits im Kontext der bevorstehenden türkischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen signalisiert wurde, dass Präsident Erdoğan trotz der

bestehenden Spannungen mit der NATO die Zusammenarbeit aufrechterhalten möchte (Wintour 2023).

Der *Bargaining*-Mechanismus lässt sich im Fall der Türkei aufgrund der offen kommunizierten Forderungen klar nachvollziehen. Im Gegensatz dazu fiel Ungarns Vetodrohung deutlich zurückhaltender aus, sodass die Analyse des ungarischen *Bargainings* auf *observable implications* angewiesen ist. Begründet wurde die Blockadehaltung damit, dass das Land aufgrund der von der EU geforderten Reformen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit ausgelastet sei. Dies deutete darauf hin, dass Ungarn seine Zustimmung zum NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens gezielt mit den Konflikten mit den EU-Institutionen verknüpfen wollte (Müller/Slominski 2023: 271). Der Konflikt ist im Kontext der schrittweisen Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen unter Premierminister Viktor Orbán zu verstehen. So leitete das Europäische Parlament im März 2018 ein Verfahren gemäß Art. 7 EU-Vertrags ein, um auf Verstöße gegen zentrale Werte zu reagieren. Im Jahr 2022 kam erstmals ein neues Rechtsinstrument der EU zur Anwendung, das Kürzungen von EU-Geldern bei eindeutigen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ermöglicht. In diesem Rahmen wurden Ungarn 6,3 Milliarden Euro an Fördermittel blockiert und 5,8 Milliarden Euro an Corona-Hilfen unter bestimmten Bedingungen freigegeben (ebd.: 266–267). Die transaktionalen Aspekte von *Hostage-Taking* – also das *Bargaining* durch Ungarn – erklären den Verlauf der NATO-Erweiterung Finnlands nur bedingt, da weder konkrete Forderungen formuliert, noch deutlich erkennbare Zugeständnisse im Kontext der Erweiterung erzielt wurden. Neben direkten und indirekten Forderungen sowie Zugeständnissen, kann auch *Rhetorical Action* ein bedeutender Faktor in der Erklärung von NATO-Erweiterungen sein. Der nächste Abschnitt untersucht deshalb diesen letzten kausalen Mechanismus im Kontext des Beitrittsprozesses Finnlands.

6.2.4 Rhetorical Action

Aufbauend auf die theoretischen Überlegungen von Leuffen et al. (2024) wird im Folgenden untersucht, ob und inwieweit *Rhetorical Action* – ein von Schimmelfennig (2003) entwickeltes theoretisches Konzept zur Erklärung früherer Erweiterungen – auch im Fall des NATO-Beitritts Finnlands als kausaler Mechanismus zur Erklärung des Erweiterungsprozesses herangezogen werden kann. Wie bereits im Theorieteil erläutert, beschreibt *Rhetorical Action* die strategische Nutzung normativer Argumente, die auf den zentralen Werten der westlichen internationalen Gemeinschaft – etwa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – beruhen. Ziel ist

es, auf diese Weise Unterstützung für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten und Akteure, die sich dagegen aussprechen, rhetorisch unter Druck zu setzen. Diese geraten dadurch in eine rhetorische Falle (*rhetorical entrapment*), die potenzielle Reputationskosten erzeugt und letztlich dazu bewegen kann, ihre ablehnende Haltung aufzugeben (Leuffen *et al.* 2024: 3–4). Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie weitere aktuelle Herausforderungen, wie das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, zunehmender Politisierung von Erweiterungsentscheidungen und die Krise der LIO, werfen die Frage auf, ob das Konzept auch unter veränderten Bedingungen an Erklärungskraft besitzt (Leuffen *et al.* 2024: 1). Besonders im Fokus steht dabei die Frage, ob die Türkei und Ungarn durch normative Appelle (*Rhetorical Action*) – etwa durch die NATO, andere Mitgliedsstaaten oder die Beitrittskandidaten selbst – rhetorisch zum Einlenken bewegt wurden.

Zunächst lässt sich feststellen, dass das blockierende Verhalten der Türkei und Ungarns im Zuge der NATO-Beiträge Finnlands und Schwedens der theoretischen Erwartung von *Rhetorical Action* entspricht. Dieser zufolge sind strategische Einsätze von Vetos in einer wertebasierenden Gemeinschaft wie der NATO zwar selten, können aber dennoch unter bestimmten Bedingungen auftreten. Sedelmeier formuliert dazu die folgende Hypothese: „Only those member states that diverge from the community identity use vetoes against enlargement that cannot be justified on the basis of community norms and constitute values” (Leuffen *et al.* 2024: 16). Die empirisch wahrgenommenen Entdemokratisierungstendenzen, sowohl in der Türkei als auch in Ungarn (Leuffen *et al.* 2024 11; 19), stützen diese Annahme. Wie Leuffen *et al.* (2024) argumentieren, ist zudem davon auszugehen, dass Akteure, die sich der gemeinsamen liberalen Ordnung nicht mehr verpflichtet fühlen, keine Reputationsbedenken haben müssen und somit auch nicht in eine rhetorische Falle gelockt werden können (ebd.: 30).

Im Verlauf des NATO-Beitritts Finnlands gibt es mehrere Beispiele für den strategischen Einsatz von Normen und Werten. Besonders in öffentlich zugänglichen NATO-Presskonferenzen und Reden – in denen der damalige Generalsekretär Jens Stoltenberg eine zentrale vermittelnde Rolle einnahm – werden die grundlegenden Werte der NATO hervorgehoben und Finnland (normativ) als besonders geeignetes NATO-Mitglied präsentiert. Diese Form der Rhetorik kann als Versuch interpretiert werden, Druck auf jene Mitgliedstaaten auszuüben, die dem Beitritt kritisch gegenüberstehen. Die folgenden empirischen Hinweise veranschaulichen das für *Rhetorical Action* typische Verhalten: Am 1. Juni 2022 wurde Jens Stoltenberg in einer Pressekonferenz gemeinsam mit US-Außenminister Antony J. Blinken

gefragt, wie zuversichtlich er sei, dass die Türkei dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens zustimmen werde. In seiner Antwort betonte er, dass alle Bündnispartner NATO-Erweiterungen als Erfolg betrachten, da sie zur Verbreitung von Demokratie und Freiheit in ganz Europa beitragen. Zudem stellte er klar, dass unterschiedliche Standpunkte innerhalb der NATO stets im Dialog zueinander behandelt und letztlich im Konsens gelöst wurden (NATO 2022b). Auch im Mai 2022 in einer Pressekonferenz mit Annalena Bearbock, der damaligen deutschen Außenministerin, verwies er auf die breite Unterstützung der *Open Door Policy* und hob hervor, dass NATO-Erweiterungen von Bündnispartnern grundsätzlich als erfolgreich bewertet werden (NATO 2022a). Die *Open Door Policy* ist in Artikel 10 des Nordatlantikvertrags festgelegt und wird im Strategischen Konzept 2022 erneut bekräftigt: Demnach sind alle europäischen Demokratien, die die Werte des Bündnisses teilen, die bereit und in der Lage sind, die Verantwortungen und Verpflichtungen der NATO zu übernehmen, und deren Beitritt zur kollektiven Sicherheit beträgt, im Bündnis willkommen (NATO 2022g: 9). Ein weiterer Hinweis für die strategische Nutzung liberaler Normen durch Befürworter der Erweiterung zeigt sich in der besonders positiven Darstellung Finnlands als geeignetes NATO-Mitglied. So äußerte sich etwa der damalige NATO-Generalsekretär Stoltenberg am 12. Juni 2022 im Austausch mit Sauli Niinistö während der Kultaranta-Gespräche in Finnland wie folgt: „Finland’s membership would also make NATO stronger. You are a strong democracy, with a resilient society, and with advanced military” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2022c). Und auch am 21. November 2022 auf der 68. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NPA) bekräftigte Stoltenberg diese Ansicht, indem er auf Folgendes hinwies:

„Finland has a large army, they have advanced defence industries, and they have high end capabilities. And they have well organized defence forces and strong democratic institutions. [...] we have worked together with them, we have been training together with them. So we know them well” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2022k).

Ein zweites wichtiges Merkmal von *Rhetorical Action* ist die sogenannte rhetorische Falle (*rhetorical entrapment*) (Leuffen *et al.* 2024: 32). Die eben ausgeführte Hervorhebung der gemeinsamen Werte und die positive Darstellung Finnlands könnten zwar ein Hinweis auf einen Versuch einer rhetorischen Falle interpretiert werden, jedoch zeigt die Analyse der öffentlich zugänglichen NATO-Dokumente, dass die Reaktion auf die Blockadehaltung der Türkei nicht klar als ein solcher Versuch bewertet werden kann. Besonders auffällig ist dabei der diplomatische Umgang mit der Türkei, bei dem die NATO auf Kooperation und einen

konstruktiven Dialog setzt, um die Sicherheitsbedenken der Türkei ernst zu nehmen. Erst im weiteren Verlauf des Beitrittsprozesses – als Finnland und Schweden einigen Forderungen der Türkei nachgehen konnten – wurde der Druck auf die Türkei stärker. Zum Beispiel forderte der damalige NATO-Generalsekretär Stoltenberg die Türkei bei einer Pressekonferenz mit dem türkischen Außenminister im November 2022 indirekt zur Zustimmung auf, indem er betonte:

„Finland and Sweden have delivered on their agreement with Türkiye. [...] And they are clearly committed to a long-term engagement with Türkiye to address your security concerns. So it is time to welcome Finland and Sweden as full members” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2022j)

Insgesamt lässt sich festhalten, dass *Rhetorical Action* als kausaler Mechanismus zur Erklärung der NATO-Erweiterung Finnlands zwar eine gewisse Bedeutung hatte, seine Wirkung jedoch begrenzt blieb. Der strategische Einsatz normativer Argumente, um den Beitritt Finnlands voranzutreiben und um Blockadehaltungen zu lösen, ist – wie oben dargelegt – empirisch nachvollziehbar. Gleichzeitig zeigt die Analyse im Zusammenhang mit den zuvor untersuchten Mechanismen, dass weder die Türkei noch Ungarn durch normative Appelle in eine rhetorische Falle gelockt werden konnten. Die theoretische Erwartung, dass rhetorische Einschüchterungsversuche keine Auswirkungen auf die Geiselnnehmer haben werden, bestätigt sich im vorliegenden Fall. Leuffen et al. (2024) kommen zu dem Schluss, dass letztlich transaktionale Vereinbarungen – insbesondere im Fall der Türkei – für die Zustimmung zum NATO-Beitritt ausschlaggebend waren. Die begrenzte Wirksamkeit von *Rhetorical Action* erklären die Autor*innen wie folgt: „Schimmelfennig’s rhetorical action and the concept of rhetorical entrapment do not work in a world outside a liberal truth regime” (Leuffen et al. 2024: 29–30).

6.3 Chronologischer Überblick: Schweden

Der NATO-Beitrittsprozess Schwedens lässt sich insbesondere in der Anfangsphase nicht unabhängig von Finnland betrachten. Beide Länder reagierten gemeinsam auf die sicherheitspolitischen Veränderungen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und stimmten ihre Absichten für einen möglichen Beitritt zur NATO miteinander ab. So stellten Finnland und Schweden am 18. Mai 2022 zeitgleich ihren Beitrittsantrag, der von fast allen NATO-Mitgliedstaaten positiv aufgenommen wurde. Bereits vor der offiziellen Antragstellung zeigte sich jedoch, dass die Türkei zwar gegenüber beiden Staaten Bedenken äußerte, sich ihre

Kritik zunehmend aber auf Schweden konzentrierte (Henley 2022). Im *Statement of Foreign Policy 2022*, das am 10. Juni 2022 im schwedischen Parlament (Riksdag) vorgestellt wurde, sicherte die damalige Außenministerin Ann Linde der Türkei zu, konstruktive Fortschritte bezüglich der Einwände zu erzielen – unter anderem durch ein ab 1. Juli 2022 in Kraft tretendes strengeres Anti-Terrorismus-Gesetz (Government Offices of Sweden 2022a). Dies bekräftigte die damalige schwedische Premierministerin Magdalena Andersson im Gespräch kurz vor dem NATO-Gipfeltreffen in Madrid mit Jens Stoltenberg am 27. Juni 2022. Sie versprach dabei nicht nur weitere Vorbereitungen für verfassungsrechtliche Änderungen bezüglich der Beteiligung an terroristischen Organisationen, sondern deutete darüber hinaus an, die Exportkontrolle von Rüstungsgütern gegenüber allen NATO-Mitgliedern zu überarbeiten. Hinsichtlich der Auslieferungsansuchen der Türkei verwies sie darauf, dass diese sorgfältig geprüft und sowohl mit dem schwedischen Rechtssystem als auch mit der Europäischen Konvention über Auslieferungen in Einklang gebracht werden (NATO 2022e). Am 28. Juni 2022 unterzeichneten Finnland, Schweden und die Türkei das Trilaterale Memorandum, das die Forderungen der Türkei offiziell bestätigte bzw. festlegte und somit die offizielle Einladung zur Mitgliedschaft ermöglichte (NATO 2022f). Im Hintergrund der Verhandlungen wuchs auch im Fall Schweden die Zustimmung der Bevölkerung zu einer NATO-Mitgliedschaft nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine deutlich: Eine Studie der Universität Göteborg dokumentiert einen Anstieg positiver Einstellungen zur NATO um 35 Prozentpunkte auf 64 Prozent zwischen 2021 und 2022 (Jansson/Lundin 2024).

Als im Herbst 2022 bereits 28 der 30 NATO-Mitgliedstaaten die Beitrittsprotokolle beider Staaten ratifiziert hatten, blieb die Zustimmung Ungarns und der Türkei weiterhin aus. Währenddessen bemühte sich Schweden, die im Trilateralen Memorandum vereinbarten Forderungen umzusetzen, zum Beispiel durch die im September 2022 beschlossene Aufhebung des seit 2019 verhängten Waffenembargos gegenüber der Türkei (Die Presse 2022) oder durch die Auslieferung mehrerer von der Türkei geforderter Personen, darunter ein wegen Betrugs verurteilter türkischer Staatsbürger im August 2022 (Deutsche Welle 2024), ein bereits in der Türkei verurteiltes Mitglied der PKK im Dezember 2022 (Büssow 2022) sowie ein zu 15 Jahren Haft verurteilter türkischer Betrüger im April 2023 (Der Spiegel 2023). Zusätzlich kündigte Schweden eine Änderung seiner Verfassung zur Anti-Terrorismus-Gesetzgebung an, die am 1. Jänner 2023 in Kraft trat und es ermöglicht, die Vereinigungsfreiheit für Gruppen, die mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung stehen, einzuschränken (Government Offices of Sweden 2022c). Darauf aufbauend wurde im März ein Gesetzesentwurf zur Verschärfung der

Strafbarkeit bei Beteiligung an und Finanzierung von terroristischen Organisationen veröffentlicht, mit dem Ziel, das entsprechende Gesetz am 1. Juni 2023 wirksam werden zu lassen (Government Offices of Sweden 2023c). Trotz dieser innenpolitischen Bemühungen verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und der Türkei ab Jänner 2023 infolge einer Demonstration bei der ein Koran verbrannt wurde, deutlich (Bubalo 2023), während gleichzeitig die Zustimmung der Türkei zum finnischen Beitritt – vorerst ohne Schweden – immer wahrscheinlicher wurde. Daraufhin verschärfte Präsident Erdoğan seine Rhetorik und machte die Auslieferung von etwa 130 weiteren „Terrorist*innen“ durch Schweden und Finnland zur Bedingung für die Zustimmung zum Beitritt (Euractiv 2023). Aus rechtlichen Gründen konnte Schweden dieser Forderung nur bedingt nachgehen, viele Auslieferungsansuchen wurden daher abgelehnt, insbesondere, wenn es sich um schwedische Staatsbürger*innen handelte. Beispielsweise berichteten Medien im April 2023, dass Schweden die Auslieferung eines über 50-jährigen Schwedens, dem die Türkei die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation vorwirft, ablehnte (Szumski 2023). Erst Anfang März 2023 verkündeten der damalige Premierminister Kristersson sowie der damalige NATO-Generalsekretär Stoltenberg die Fortsetzung der Gespräche zwischen Schweden und der Türkei (NATO 2023c). Parallel dazu konnte Finnland seinen Beitrittsprozess weiter vorantreiben und trat, nachdem das Beitrittsprotokoll von Ungarn als auch von der Türkei ratifiziert wurde, am 4. April 2023 offiziell der NATO bei.

Die darauffolgenden Monate konzentrierten sich nun nur mehr auf den noch ausstehenden schwedischen Beitritt und waren zunächst geprägt von Vorbereitungen auf das bevorstehende NATO-Gipfeltreffen in Vilnius im Juli 2023. Gespräche zwischen Schweden, der Türkei und dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg erweckten die Hoffnung, dass die Türkei bis dahin auch Schwedens Beitrittsprotokolle ratifizieren würde. Stoltenberg erklärte in einer Pressekonferenz mit dem norwegischen Premierminister diesbezüglich: „It’s possible to have Sweden as a full member by the Vilnius Summit, because there is a window now especially after the Turkish elections and now with the Turkish parliament being constituted [...]“ (NATO 2023j). Im Rahmen des Gipfeltreffens vereinbarten die beiden Staaten, ihre Zusammenarbeit im Ständigen Trilateralen Gemeinsamen Mechanismus mit einem zusätzlichen bilateralen Sicherheitskompakt zu ergänzen sowie ihre wirtschaftliche Kooperation zu vertiefen. Zudem signalisierte Schweden seine Unterstützung zur Wiederbelebung des türkischen EU-Beitrittsprozesses. Im Gegenzug erklärte sich die Türkei dazu bereit, das Beitrittsprotokoll Schwedens an die Große Nationalversammlung zu übermitteln, um eine Ratifizierung

sicherzustellen (NATO 2023k). Präsident Erdoğan reichte das Protokoll schließlich im Oktober 2023 ein (NATO 2023h), die Große Nationalversammlung ratifizierte es am 25.01.2024. Zuvor standen nicht nur Verhandlungen mit Schweden und der NATO offen, sondern auch ein möglicher Rüstungsdeal mit den USA, in dem es um den Verkauf von neuen F-16-Kampffjets an die Türkei ging. Nachdem die Türkei dem Beitritt Schwedens zustimmte und die US-Regierung daraufhin die Vereinbarung genehmigte (BBC News 2024), zögerte Ungarn zunächst weiterhin mit seiner Zustimmung – obwohl Ungarn der NATO und Schweden mehrmals zusicherte, nicht als letztes Mitglied zu ratifizieren. Erst nach einem weiteren Gespräch zwischen dem ungarischen und schwedischen Premierminister, bei dem ein neues militärisches Abkommen geschlossen wurde, erklärte sich Ungarn schließlich bereit, Schwedens Aufnahme zur NATO zuzustimmen (Bryant 2024). Damit wurde Schweden nach etwa 22 Monaten am 7. März 2024 zum 32. Mitglied der NATO (NATO 2024a).

6.4 Fallanalyse Schweden

Wie Finnland galt auch Schweden bereits lange vor seinem Beitritt zur NATO als enger Partner und - nicht nur aufgrund gemeinsamer Werte und Normen, sondern auch aufgrund militärischer und geostrategischer Vorteile – als attraktiver Kandidat für eine Mitgliedschaft (NATO 2024b). Eine Ablehnung der schwedischen Aufnahme in die Allianz wäre daher nur schwer zu rechtfertigen gewesen. Die nachfolgende Analyse untersucht, wie die theoriebasierenden kausalen Mechanismen, gestützt durch empirische Hinweise, den Beitrittsprozess beeinflussten und warum bestimmte Mitgliedsstaaten den Beitritt dennoch verzögerten. Ziel ist es, die NATO-Erweiterung Schwedens zu erklären und dahinterliegende Dynamiken zu identifizieren.

6.4.1 Kosten-Nutzen-Abwägung

Exkurs: Schwedens sicherheitspolitische Abwägung im Kontext des NATO-Beitritts

Auch im Fall Schwedens ist die Berücksichtigung des im Kapitel 5 ausführlich dargestellten historisch-politischen Kontexts wichtig, um die Entscheidung für den Antrag zur NATO-Mitgliedschaft sowie den Verlauf des Beitrittsprozesses besser nachvollziehen zu können. Die über 200 Jahre andauernde Politik der Neutralität und militärischen Bündnisfreiheit prägte nicht nur Schwedens sicherheitspolitische Infrastruktur, sondern ermöglichte Schweden, ein unabhängiger Staat zu bleiben, der sich aus der Großmachtpolitik heraushält und zu Friedenssicherung sowie Stabilität beiträgt. Als eine sozialdemokratische Doktrin galt die Bündnisfreiheit nicht nur als Selbstzweck, sondern diente auch dazu, Spannungen zwischen

zwei sich rivalisierenden Blöcken während des Kalten Krieges zu entschärfen (Hjertström/Hagström 2025: 39). In der Folge transformierte sich Schwedens außenpolitische Rolle hin zu einer aktiven Politik als „normativer Internationalist“ (Michalski et al. 2024: 151). Mit der Entscheidung am 18. Mai 2022 den Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft zu stellen, sah sich die schwedische Regierung mit der Frage konfrontiert, ob sie diese durch die militärische Bündnisfreiheit entwickelte Rolle aufgeben müsse. Die damalige Außenministerin Linde betonte in einer Rede vom 10. Juni 2022: „Sweden will not lose its global voice if it joins NATO. We have a long history of standing up for international law, solidarity, disarmament, democracy and gender equality. This will be in the future too“ (Linde, zit. nach Government Offices of Sweden 2022a). Dennoch bedeutete eine NATO-Mitgliedschaft für Schweden, eine neue Rolle einzunehmen und dabei möglicherweise ein Stück seiner außenpolitischen Eigenständigkeit aufzugeben. Im Rahmen der *Kosten-Nutzen-Abwägung* war dies aus Sicht Schwedens Teil der erwartbaren Kosten einer NATO-Mitgliedschaft und beeinflusste folglich auch den weiteren Verlauf des Beitrittsprozesses. Die Analyse von Michalski et al. (2024) zeigt, dass viele Teile der Bevölkerung und einzelne politische Akteure den Verlust der schwedischen außenpolitischen Autonomie bestätigt sahen, insbesondere nachdem Schweden den Forderungen der Türkei in einer Weise nachkam, die von einigen als demütigend empfunden wurde. Die Forderungen wurden als widersprüchlich zu Schwedens traditionellen Prinzipien in Bezug auf Menschenrechte und Völkerrecht wahrgenommen und die dazu schnell beschlossenen Reformen der Anti-Terrorismus-Gesetze wurden als ein zu nachgiebiges Entgegenkommen gegenüber einem autoritär geführten Staat gewertet (Michalski et al. 2024: 155–156). Die erwarteten Kosten entwickelten sich somit zu realen Kosten, wie etwa den Zugeständnissen an die Türkei (NATO 2023f) und innenpolitische Uneinigkeit, die sich unter anderem in Demonstrationen gegen die Türkei und die NATO äußerte (NATO 2023e).

Vor diesem Hintergrund erscheint der Entschluss Schwedens, der NATO beitreten zu wollen, weder leichtfertig noch selbstverständlich. Folgende Aspekte unterstreichen dies noch deutlicher: Zum einen bekräftigte die damalige Außenministerin Linde in einer offiziellen Stellungnahme die ablehnende Haltung Schwedens gegenüber einer NATO-Mitgliedschaft nur wenige Tage vor dem russischen Angriff gegen die Ukraine (Government Offices of Sweden 2022b). Zum anderen sah sich die schwedische Regierung zunächst mit Widerstand seitens der Linkspartei (Vänsterpartiet) und der Grünen (Miljöpartiet de Gröna) konfrontiert. Die schwedische Regierung prüfte daher zuerst alternative sicherheitspolitische Optionen und favorisierte dabei insbesondere eine bilaterale Verteidigungsvereinbarung mit Finnland. Der

schwedische Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft war somit nicht ausschließlich eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern wurde erst mit der Entscheidung Finnlands, den Beitritt mit oder ohne Schweden zu beantragen, fixiert (Michalski et al. 2024: 155). Die Entscheidung zur Mitgliedschaft war folglich nicht nur von dem Nutzen der Gewährleistung kollektiver Verteidigung durch die NATO in einer sich deutlich verschlechterten Sicherheitslage motiviert, sondern auch davon, die engen Beziehungen zu Finnland zu bewahren. Darüber hinaus, so Hjertström und Hagström, bestehe ein weiterer Nutzen des NATO-Beitritts für Schweden darin, ein klares Bekenntnis zur Demokratie und zur Solidarität mit gleichgesinnten Staaten abzulegen und somit ein Zeichen internationaler Verbundenheit zu setzen (Hjertström/Hagström 2025: 40–42). Schließlich schafft die Mitgliedschaft auch einen Rahmen für eine intensivere Kooperation mit anderen nordischen Staaten, was sowohl deren nordische als auch ihre NATO-Identität stärken kann (Lundqvist 2023: 100). Auch der damalige Generalsekretär Stoltenberg betonte den sicherheitspolitischen Nutzen einer erweiterten nordischen Zusammenarbeit, sowohl für die Region selbst als auch für die NATO insgesamt:

„Finnish and Swedish membership means that defence cooperation between the Nordic countries is deepened and strengthened. Because, for the first time, we all become part of common defence plans and a common command structure. It strengthens our ability to defend the Nordic region. It strengthens our ability to be present in the northern regions. And it strengthens our ability to come to the aid of our Baltic neighbours” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2023l).

Darüber hinaus orientierten sich Akteure wie die Türkei und Ungarn, die den Beitritt politisch für ihre eigenen Interessen instrumentalisierten, in ihren strategischen Handlungen an einer *Kosten-Nutzen-Abwägung*. Wie bereits im Fall Finnland, verknüpfte die Türkei auch im Zusammenhang mit Schwedens Beitritt ihre Zustimmung mit mehreren Erwartungen: der Aufhebung von Waffenembargos, konkreter Zugeständnisse beider Staaten im Bereich der Anti-Terrorismus-Maßnahmen, einer verstärkten sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, erfolgreichen Verhandlungen mit den USA über Rüstungsexporte sowie innenpolitische Vorteile durch die Mobilisierung von Wähler*innenstimmen (Alaranta 2022: 6). Schweden bot eine noch größere politische Angriffsfläche als Finnland und rückte dadurch ins Zentrum der türkischen Kritik, wodurch der Erweiterungsprozess zusätzlich verzögert wurde (Müller/Slominski 2023: 270). Ziel einer solchen Verschleppungstaktik ist es, die Kosten der

anderen Akteure weiter zu erhöhen, um dadurch den eigenen Nutzen zu maximieren. Die Gegenstrategien der betroffenen Akteure zielen daher darauf ab, dem Geiselnnehmer (Reputations-)kosten aufzuerlegen: Je länger die Blockade andauert, desto größer werden diese Kosten. Dazu zählten auch die zunehmenden diplomatischen Spannungen zwischen der Türkei und den betroffenen Akteuren, insbesondere Schweden, den USA und der NATO selbst (Müller/Slominski 2024: 118). Ähnlich wie die Türkei kritisierte auch Ungarn Schweden stärker. Ungarn verwies dabei auf die schwedische Kritik zur ungarischen Rechtsstaatlichkeit und nutzte dies als Begründung für die Verzögerung. Die Blockadehaltung gegenüber Schweden wurde daher als Druckmittel instrumentalisiert, um Zugeständnisse von der EU zu erzwingen (Müller/Slominski 2023: 271). Auch für Ungarn erhöhten sich die Reputationskosten durch die Verzögerungstaktik weiter, insbesondere nachdem die Türkei das schwedische Beitrittsprotokoll vor Ungarn unterzeichnete. Im Rahmen einer strategischen *Kosten-Nutzen-Abwägung* war davon auszugehen, dass Ungarns Verhalten zu zunehmender Isolation innerhalb der EU und der NATO führen und das Vertrauen zwischen Ungarn und den anderen Akteuren weiter schwächen würde (Verseck 2024).

Der Beitritt Schwedens wird innerhalb der NATO als bedeutsamer strategischer Gewinn betrachtet und als solcher auch von der schwedischen Regierung hervorgehoben. Neben gemeinsamen Werten und Prinzipien wie Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, hebt Premierminister Ulf Kristersson fünf weitere Stärken hervor, die Schweden als NATO-Mitglied einbringen könne. Diese umfassen die geografische Lage, Schwedens Verteidigungsfähigkeiten, die technologisch hochentwickelte Wirtschaft mit einer führenden Rolle in Unternehmertum, Kapitalbildung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, die leistungsstarke Rüstungsindustrie sowie die breite nationale Einigkeit in der Frage des NATO-Beitritts (Government Offices of Sweden 2023a). Die geografische Lage Schwedens bietet dabei mehrere strategische Vorteile: Erstens ermöglicht sie eine verstärkte Kontrolle des Ostseeraums, da Schweden die längste Ostseeküste Europas hat. Zweitens verbindet sie die Region des Hohen Nordens mit dem Nordatlantik und der Ostsee und trägt so zur kohärenten Verteidigung dieser Region bei. Drittens spielt die Insel Gotland eine zentrale militärstrategische Rolle, da sie im Falle eines russischen Angriffs eine bedeutende Funktion in der Verteidigung der baltischen Staaten haben könnte. Hinsichtlich der schwedischen Verteidigungsfähigkeit und der verfügbaren Ressourcen werden mehrere Aspekte hervorgehoben, die einen konkreten Mehrwert für die NATO darstellen: Dazu zählen das Bestreben, das Verteidigungsbudget weiter zu erhöhen, die nationale und wettbewerbsfähige

Rüstungsindustrie, die unter anderem auch U-Boote und Kampfflugzeuge mit den schwedischen Unternehmen Ericsson und Saab entwickelt, sowie fortgeschrittene Unterwasser-Fähigkeiten und Schwedens Vertrautheit mit den baltischen Gewässern, die eine verbesserte Überwachung und einen erweiterten Schutz regionaler kritischer Infrastrukturen ermöglichen würden. Trotz dieser Stärken ist die schwedische Heimatwache (Hemvärnet) mit 21.000 Soldat*innen im Vergleich zu Finnlands Kapazitäten klein (Zarembaite et al. 2023: 5–8). Ein (zügiger) Beitritt Schwedens, hatte für die NATO aber nicht nur sicherheitspolitische Relevanz, sondern auch einen symbolischen Wert. So betonte der damalige US-Präsident Biden hinsichtlich der Anträge zur Mitgliedschaft in einem Treffen mit Jens Stoltenberg unmittelbar vor dem NATO-Gipfel in Madrid 2022: „We’re sending an unmistakable message, in my view, and I think in yours as well, that NATO is strong, united, and the steps we’re taking during this Summit are going further augment our collective strength“ (NATO 2022h). Ein schneller Beitritt soll demnach vor allem Geschlossenheit und Einigkeit insbesondere gegenüber Russland signalisieren. Die anschließende Verzögerung der Beitritte ließ Zweifel an der Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit aufkommen und verursachte damit erhebliche politische Kosten für die NATO (Müller/Slominski 2023: 263).

6.4.2 Hostage-Taking

Als kausaler Mechanismus liefert *Hostage-Taking* eine überzeugende Erklärung für die gezielte Verzögerung des schwedischen NATO-Beitritts durch die Türkei und Ungarn. Beide Staaten setzten ihr Vetorecht strategisch ein, basierend auf einer *Kosten-Nutzen-Abwägung*, um in anderen Politikbereichen und Institutionen Zugeständnisse zu erlangen. Zentrale empirische Hinweise in diesem Fall zeigen, wie die Blockade als bewusst eingesetztes Druckmittel zur Maximierung eigener politischer Interessen diene. *Hostage-Taking* bietet dabei eine theoretische Grundlage, um Muster dieser Verhandlungsstrategie im konkreten Fall systematisch zu identifizieren und zu untersuchen.

Die ersten „empirischen Fingerabdrücke“ im Fall Schwedens zeigen sich in frühen Anzeichen einer Vetodrohung und ersten Forderungen seitens der Türkei, welche sie versuchte, mit Bedenken zur nationalen Sicherheit und Terrorismusvorwürfen – insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – zu legitimieren. Diese Legitimationsstrategie wird als eine typische Taktik des *Hostage-Takings* interpretiert, mit der die Blockadehaltung und die darauf basierenden Forderungen als berechtigt dargestellt werden, um so Reputationskosten zu minimieren (ebd.: 264). Die drauf folgende offizielle Verknüpfung

dieser Forderungen mit der Zustimmung zur Einladung zur NATO-Mitgliedschaft im Trilateralen Memorandum, das von allen drei Staaten am 28. Juni 2022 unterzeichnet wurde, stellt eine Form von *Issue-Linkage* dar, die ebenfalls charakteristisch für *Hostage-Taking* ist (ebd.: 260). Die anfänglichen Schritte im Erweiterungsprozess betrafen sowohl Finnland als auch Schweden in ähnlicher Weise und wurden deshalb in Abschnitt 5.2.2 bereits ausführlich behandelt.

Mit der Zeit rückte jedoch Schweden aufgrund seiner Verbindung zur kurdischen Bewegung ins Zentrum der Kritik. Die kurdische Diaspora ist in Schweden mit rund 100.000 bis 150.000 Personen nicht nur größer als in Finnland, sondern auch gut integriert und politisch aktiv. Zudem sind kurdische Abgeordnete im schwedischen Parlament vertreten (Norell 2022). Schwedens starke außenpolitische Identität als „normativer Internationalist“ mit seinem Verantwortungsgefühl, über nationale Grenzen hinweg, „Gutes zu tun“, spiegeln sich in der mehrfachen Kritik an dem türkischen Vorgehen und den Maßnahmen gegenüber kurdischen Minderheiten wieder (Aggestam et al. 2023: 2377–2378). Die jahrzehntelange politische Unterdrückung, wirtschaftliche Benachteiligung und diverse Konflikte in der Türkei führten zu Migrationswellen nach Europa und Nordamerika und so zu einer transnationalen kurdischen Diaspora mit zahlreichen Gemeinschaftsorganisationen, Lobbygruppen, Aktivist*innen und Medienforen. Im Kontext des NATO-Beitritts erhielt die kurdische Diaspora eine strategische Bedeutung, da die Türkei sie als Verhandlungshebel gegenüber Schweden nutzte. Schweden wurde in erster Linie vorgeworfen, die kurdische Bewegung zu unterstützen, indem es Kurd*innen erlaubte, gegen die türkische Regierung zu demonstrieren; kurdische zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern, die wiederum die PKK unterstützen; und Asylanträge von PKK-Mitgliedern anzunehmen. Da die PKK von der Türkei, den USA, der EU und Kanada als terroristische Organisation eingestuft wird, versuchte die Türkei ihre Verhalten damit zu rechtfertigen (Akca et al. 2025: 186–187). Angesichts dieser Vorwürfe und der Dringlichkeit des NATO-Beitritts sah sich Schweden unter Druck gesetzt und reagierte mit einer Reihe von Maßnahmen, unter anderem mit der Einführung eines verschärften Anti-Terrorismus-Gesetzes. Die damalige schwedische Premierministerin äußerte sich folgendermaßen dazu: „We take Turkish concerns very seriously and other issues and not at least there’s [sic] security concerns when it comes to the fight against terrorism. [...] And we will also the first of July [sic] have even stronger legislation when it comes to the fight against terrorism“ (Andersson, zit. nach NATO 2022d).

Im weiteren Verlauf des Beitrittsprozesses kam es auch im Fall Schwedens zu monatelangen Verzögerungen durch Ungarn und die Türkei. Zusätzlich trugen sowohl die Verbrennung eines Korans bei einer Demonstration (Bubalo 2023) als auch die vom Rojava-Komitee organisierte Protestaktion, bei der eine Puppe, die Präsident Erdoğan darstellte, kopfüber aufgehängt wurde, zu den Verzögerungen bei (Aggestam et al. 2023: 2383). Beide Vorfälle ereigneten sich in der schwedischen Hauptstadt im Jänner 2023 und sorgten für scharfe Kritik seitens der Türkei. Der damalige türkische Außenminister Çavuşoğlu verurteilte die Koranverbrennung bei einer NATO-Pressekonferenz im Februar 2023 und bezeichnete den Vorfall als rassistisch, menschenrechtswidrig und als eine Straftat (NATO 2023b). Die vom schwedischen Außenminister interpretierte und stark kritisierte Aktion der „Scheinhinrichtung“ des türkischen Präsidenten führte zur Absage eines geplanten Treffens zwischen der Türkei und Schweden sowie zu der zusätzlichen Forderung nach einer Auslieferung von etwa 130 weiteren „Terrorist*innen“ durch Finnland und Schweden (Aggestam et al. 2023: 2383).

Neben den klar formulierten Forderungen an Schweden und der öffentlich geführten Diskussion dazu - eine Form des *Hostage-Takings*, die Müller und Slominski (2025) als *Hard Hostage-Taking* bezeichnen (Müller/Slominski 2025: 6) – setzte die Türkei ihre Vetomacht auch im Sinne der *Soft Hostage-Taking*-Strategie gegenüber den USA ein, um weitere Zugeständnisse zu erzielen. Empirische Hinweise deuten darauf hin, dass im Laufe des Beitrittsprozesses eine Verknüpfung zwischen Schwedens (und Finnlands) NATO-Beitritt und einem Rüstungsgeschäft mit den USA bestand. Bereits im Juni 2022, zeitgleich mit der Unterzeichnung des Trilateralen Memorandums, signalisierte Präsident Biden die Unterstützung für den Deal (Wintour 2022). Im Juli 2023, gerade nachdem Ankara einen weiteren Schritt zur Ratifizierung des Beitrittsprotokolls unternommen hatte, bekräftigte die Biden-Administration ihre Absicht, den Verkauf der F-16-Kampffjets, der die Zustimmung des Kongresses erforderte, voranzutreiben (Holland/Pawlak 2023). Im US-Kongress stieß der geplante Verkauf an die Türkei jedoch auf erheblichen Widerstand, wobei insbesondere Senator Bob Menendez (D-N.J.) zu den Hauptkritikern des geplanten Kampffjet-Verkaufs zählte (Gould/O’Brien 2023). In einem offiziellen Bericht des Congressional Research Service (CRS) für den US-Kongress zum möglichen Verkauf von F-16-Kampffjets an die Türkei im September 2023 wird über informelle Vorabbenachrichtigungen von Kongressmitgliedern berichtet, die ihre Zustimmung zu dem Rüstungsgeschäft an die türkische Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens sowie an weitere Bedingungen knüpfen wollten. Neben der Verzögerung der Ratifizierung des Beitrittsprotokolls von Schweden zählten im Kongress auch die

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die Forderung, den Luftraum Griechenlands zu respektieren, das Ende der Aggression gegen die syrisch-kurdischen US-Verbündeten (YPG) sowie die vollständige Ablehnung der militärischen Zusammenarbeit mit Russland zu den zentralen Streitpunkten (Jim/Clayton 2023: 10). Dieser zeitliche Zusammenhang und die öffentliche Positionierung einzelner Kongressmitglieder lassen darauf schließen, dass die Zustimmung zum US-Rüstungsgeschäft eng an die türkische Ratifizierung des Beitrittsprotokolls gekoppelt war. Da die Forderungen zwischen der Türkei und den USA nicht in direktem Zusammenhang mit dem eigentlichen Verhandlungsgegenstand standen, handelt es sich aus analytischer Perspektive um ein typisches Beispiel für *Issue Linkage*. Die direkte Verknüpfung zwischen der Vetodrohung und der Forderung eines Verlaufs von F-16-Kampffjets wurden weitgehend verschleiert. Obwohl Präsident Erdoğan eine solche Verknüpfung öffentlich zurückwies und sogar ablehnte (NATO 2023m; Jim/Clayton 2023: 14), deuten einzelne Medienberichte darauf hin, dass der Deal als implizite Forderung von Ankara gestellt wurde (Atwood *et al.* 2023). Da sich diese Verknüpfung aber öffentlich nur schwer rechtfertigen ließ, wurde sie im Sinne der *Soft Hostage-Taking*-Strategie bewusst im Hintergrund gehalten. Ziel dieser Strategie ist es, durch verdeckte Verhandlungen die Fassade normkonformen Handelns aufrechtzuerhalten, um Reputationskosten zu reduzieren und gleichzeitig die eigene Vetomacht taktisch zu nutzen (Müller/Slominski 2025: 6). Die daraus resultierenden transaktionalen Ergebnisse werden in der Analyse des nächsten Kausalmechanismus näher betrachtet.

Ein weiteres Beispiel von *Issue Linkage* im Fall Schwedens zeigte sich im Rahmen des NATO-Gipfels in Vilnius, als Präsident Erdoğan seine Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens mit der Wiederaufnahme der EU-Beitrittsgespräche für die Türkei verknüpfte. Zwar wies der damalige deutsche Bundeskanzler Scholz diese Forderung zurück und argumentierte, dass sie in keiner Verbindung zum eigentlichen Verhandlungsgegenstand stehe (Tagesschau 2023c), dennoch führten anschließende Gespräche mit Schweden und der NATO zu Zusicherungen hinsichtlich einer stärkeren Kooperation zwischen der Türkei und der Europäischen Union (NATO 2023k).

In der empirischen Analyse des Falls Finnlands wurde bereits gezeigt, dass auch Ungarn seine Position in der NATO nutzte, um nicht-außenpolitische Ziele zu verfolgen. Im Gegensatz zur Türkei konnte Ungarn als Mitglied beider Organisationen (EU und NATO) seine Verzögerung bei der Ratifizierung der NATO-Beitritte Finnlands und Schwedens gezielt in einer

überlappenden Institution wie der NATO einsetzen, um seine Verhandlungsmacht in einer anderen politischen Arena, dem Konflikt mit den EU-Institutionen, zu stärken (Müller/Slominski 2024: 6). Die Begründung für diese Verzögerung änderte sich im Laufe des Erweiterungsprozesses mehrfach. So argumentierte Orbán einerseits mit dem Widerstand innerhalb seiner eigenen Partei und Teilen des Parlaments – eine Begründung die angesichts des autoritären Führungsstils, bei dem Parteimitglieder in der Regel loyal seinen Anweisungen folgen, wenig überzeugend wirkt (Verseck 2024), sich zugleich aber als eine typische Strategie interpretieren lässt, bei der die Verantwortung für die eigene Vetoposition gezielt an andere innerstaatliche Akteure abgewälzt wird (Steffel et al. 2016). Deutlich wird dies etwa in der Erklärung der damaligen ungarischen Präsidentin Katalin Novák bei einer Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg am 8. November 2023:

„...but very honestly, it's now neither me nor the Prime Minister who is about to take the decision about NATO's membership or the ratification process. It is the Hungarian Parliament and the Hungarian members of the parliament. [...] And what I hear I can tell it to you as well is that many or some of the Hungarian parliamentarians argue that Sweden is or has been quite vocal in condemning the Hungarian function – the functioning of the Hungarian parliament itself, or stated the lack of democracy in Hungary and showed no real interest in convincing these parliamentarians about their position” (Novák, zit. nach NATO 2023i)

Andererseits häuften sich im Zusammenhang mit dem NATO-Beitrittsprozess Schwedens kritische Äußerungen ungarischer Abgeordneter sowie von Orbán selbst gegenüber Schweden, mit denen er die Verzögerung politisch zu legitimieren versuchte, um so Reputationskosten zu minimieren und die wahren Gründe für die Blockade nicht offenlegen zu müssen. In einem Interview in der Sendung „Guten Morgen Ungarn!“ von Radio Kossuth bezog sich Viktor Orbán auf Schwedens Kritik an der ungarischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie:

„Schweden organisiert sein Leben also nach anderen Werten als Ungarn es macht. [...] Wir sind ein familienzentristisches Land, und die modernen Konfigurationen, die hier in Europa vorherrschen, werden von den Ungarn nicht akzeptiert, in Schweden gehen diese, und wir sind für den Frieden, und die Schweden für den Krieg im russisch-ukrainischen Konflikt. Es gibt also offensichtlich deutliche Wertunterschiede zwischen den beiden Ländern. Aber damit kann man umgehen, denn wir wollen den Schweden nicht

vorschreiben, wie sie zu leben haben, und wenn sie es uns auch nicht vorschreiben wollen, wie wir zu leben haben, dann ist die Tür für eine Zusammenarbeit offen“ [dt. Übers. auf miniszterelnok.hu] (Orbán 2024).

Wie zuvor im chronologischen Überblick erwähnt, erwies sich Ungarn trotz mehrfacher Zusicherung, nicht als letztes NATO-Mitglied zu ratifizieren, schließlich doch als die letzte Hürde im Beitrittsprozess Schwedens. Während explizite Forderungen gegenüber der EU – zumindest offiziell – nicht erfüllt wurden, konnte Ungarn nach einem Gespräch mit dem schwedischen Premierminister Kristersson in Budapest zumindest ein bilaterales militärisches Abkommen vereinbaren. Kurz darauf kündigte die ungarische Regierung ihre Zustimmung an (Verseck 2024) und beendete damit am 26. Februar 2024 die monatelange Blockade.

6.4.3 Bargaining

Einige transaktionale Aspekte der *Hostage-Taking*-Strategie im Rahmen des schwedischen NATO-Beitrittsprozesses wurden bereits in der Analyse des finnischen Falls berücksichtigt, da bestimmte Forderungen und Verhandlungsprozesse – insbesondere zu Beginn – beide Staaten gleichermaßen betrafen. Ein zentraler Ausgangspunkt ist dabei das Trilaterale Memorandum, das konkrete Forderungen an Finnland und Schweden gegenüber der Türkei festhielt. Um die Besonderheiten des schwedischen Falls herauszuarbeiten, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf die spezifischen Forderungen an Schweden, die von Schweden gemachten Zugeständnisse sowie auf die Verhandlungsdynamiken nach dem finnischen Beitritt zur NATO im April 2023.

Bereits kurz vor dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 und somit noch vor der Unterzeichnung des Memorandums, positionierte sich die damalige schwedische Premierministerin klar gegenüber der Türkei. Dabei betonte sie Schwedens Engagement im Kampf gegen den Terrorismus sowie die eindeutige Einstufung der PKK als Terrororganisation. Zudem verwies sie auf ein neues und verschärftes Anti-Terrorismus-Gesetz, das am 1. Juli 2022 in Kraft treten sollte, auf die geplante Änderung der Verfassung zur Kriminalisierung der Teilnahme an terroristischen Organisationen sowie auf die laufende Bearbeitung der Auslieferungsansuchen der Türkei in Übereinstimmung mit der Europäischen Auslieferungskonvention (NATO 2022e). Die Forderung nach der Auslieferung von zunächst 33, zwei Tage später von weiteren 73 als terrorverdächtig bezeichnete Personen, von welchen einige über einen dauerhaften Aufenthaltsstatus oder sogar die schwedische Staatsbürgerschaft

verfügten, führte zu wachsenden Bedenken bezüglich des Abkommens in Teilen der schwedischen Bevölkerung und bei linksgerichteten Parteien. Nach einzelnen Protestaktionen im Jänner in Städten wie Göteborg, Malmö und Stockholm forderte die Türkei die Auslieferung zusätzlicher 130 Personen (Aggestam et al. 2023: 2381–2383). Öffentlich dokumentiert sind lediglich einzelne Auslieferungen, von welchen einige bereits im chronologischen Überblick zum Fall Schweden aufgezählt wurden. Laut Medienberichten lehnten schwedische Gerichte viele der Auslieferungsanträge ab (z.B. The Guardian 2022; Szumski 2023; Rasmussen 2023). Die tatsächliche Anzahl von erfolgten Auslieferungen lässt sich nicht eindeutig nachzeichnen.

Zu den zentralen Zugeständnissen Schwedens zählten schließlich die Aufhebung des seit 2019 geltenden Waffenembargos im September 2022 (Die Presse 2022) sowie die Einführung einer neuen nationalen Strategie gegen Terrorismus und Extremismus. Diese umfasste nicht nur neue Gesetze, die unter anderem die Teilnahme, die Unterstützung sowie die Finanzierung terroristischer Organisationen unter Strafe stellen, sondern auch weitere sicherheitspolitische Initiativen (Government Offices of Sweden 2024). Auch die politische Distanzierung von Demonstrationen der kurdischen Diaspora und NATO-kritischen Aktivist*innen kann als ein Entgegenkommen gegenüber der Türkei interpretiert werden. Diese Haltung wird in den Äußerungen von Premierminister Ulf Kristersson während einer Pressekonferenz zur Sicherheit Schwedens im Zusammenhang dieser Vorfälle im Jänner 2023 deutlich:

„We are in the most serious security situation since the Second World War. Actions that are legal, and within the framework of freedom of expression in Sweden, can nevertheless have major consequences for national security. The groups and individuals who carry out these types of action become – in the current security situation – useful idiots for forces that wish Sweden harm” (Kristersson, zit. nach Government Offices of Sweden 2023b).

Nachdem Finnland am 4. April 2023 als 31. Mitglied in die NATO aufgenommen und damit als politische Geisel freigelassen worden war, zeigten sich im Rahmen des NATO-Gipfels in Vilnius im Juli 2023 weitere Erfolge des transaktionalen Handelns der Türkei. So bestätigte der damalige Generalsekretär Jens Stoltenberg nach einem Treffen mit der Türkei und Schweden ein neues bilaterales Sicherheitsabkommen (*bilateral Security Compact*), das zusätzlich zum im Memorandum eingerichteten gemeinsamen Mechanismus (*Permanent Joint Mechanism*) eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schweden und der Türkei vorsieht. Dabei sollte unter anderem ein „Fahrplan“ von Schweden entwickelt werden, der als Grundlage

für den fortgesetzten Kampf gegen Terrorismus dient. Darüber hinaus nutzte die Türkei Schwedens Status als EU-Mitglied, um indirekt Zugeständnisse von einer anderen Institution, der Europäischen Union, zu erwirken. Schweden verpflichtete sich daher, die türkischen Bemühungen um eine Wiederbelebung des EU-Beitrittsprozesses aktiv zu unterstützen und sich für die Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion und die Visaliberalisierung türkischer Bürger*innen einzusetzen (NATO 2023f). Da die Türkei selbst kein EU-Mitglied ist – so wie Ungarn – konnte sie diese Forderungen nicht direkt an die EU richten, sondern übte stattdessen weiter Druck auf Schweden aus, um politischen Einfluss auf EU-Entscheidungen zu gewinnen. Damit setzte die Türkei ihre *Hostage-Taking*-Strategie fort, indem sie über *Issue Linkage* zusätzliche politische Zugeständnisse einforderte. Im Gegenzug sicherte Präsident Erdoğan zu, das Beitrittsprotokoll für Schweden so bald wie möglich an die Große Nationalversammlung weiterzuleiten (NATO 2023g).

Ein weiterer zentraler Aspekt des transaktionalen Handelns im Kontext des schwedischen NATO-Beitritts war die Forderung der türkischen Regierung an die USA, F-16-Kampffjets zu liefern. Zwar wurde die Genehmigung für den Verkauf bereits 2021 beantragt (Wintour 2022), im Zuge des schwedischen Beitrittsprozesses jedoch bewusst als Druckmittel verknüpft, sodass die Erfüllung der einen Forderung an die Erfüllung der anderen gekoppelt wurde (Jim/Clayton, 2023: 9, 14). Der strategische Verhandlungsprozess darüber, der bereits im Analyseabschnitt zu *Hostage-Taking* näher erläutert wurde, führte schließlich dazu, dass die USA kurz nach der Ratifizierung des Beitrittsprotokolls durch die Türkei den Verkauf von 40 F-16-Kampffjets und 79 Modernisierungskits im Wert von 23 Milliarden US-Dollar genehmigten (BBC News 2024).

Im Unterschied zur Türkei lassen sich im Verhalten Ungarns, wie bereits erwähnt, transaktionale Elemente der *Hostage-Taking*-Strategie – also konkrete Forderungen sowie erzielte politische oder materielle Zugeständnisse, wie sie für den Mechanismus des *Bargainings* typisch sind - aufgrund ausgebliebener oder sehr vage formulierter Begründungen für die Blockade nur begrenzt nachvollziehen. Zwar wurde ein Zusammenhang zwischen der Blockadehaltung Ungarns und der erwarteten Freigabe von EU-Geldern vermutet, doch wurden zu keinem Zeitpunkt der Beitrittsprozesse offizielle Forderungen in diese Richtung gestellt (*Soft Hostage-Taking*) (Müller/Slominski 2023: 271). Kurz vor der Ratifizierung des schwedischen Beitrittsprotokolls vereinbarten beide Staaten im Rahmen eines Besuchs des schwedischen Premierministers Kristersson in Budapest ein militärisches Abkommen, das den Verkauf von weiteren vier Gripen-Kampffjets der schwedischen Firma Saab ermöglichte. Da

Ungarn bereits seit fast 20 Jahren schwedische Gripen-Jets besitzt und in diesem Bereich eng mit Schweden zusammenarbeitet, stellt sich die Frage, ob dieser Deal tatsächlich als erfolgreiches Verhandlungsergebnis oder vielmehr als symbolisches Zugeständnis Schwedens zu werten ist (Verseck 2024).

6.4.4 Rhetorical Action

Anknüpfend an die bisherige Analyse sowie die bereits diskutierte Bedeutung von *Rhetorical Action* im Kontext der NATO-Erweiterung Finnlands und Schwedens, wird im Folgenden untersucht, welche spezifischen rhetorischen Argumente im Fall Schwedens eingesetzt wurden, um eine Mitgliedschaft so schnell wie möglich zu erreichen und die Verzögerungen durch die Türkei und Ungarn zu überwinden.

Empirische Hinweise zeigen, dass von Beginn an die gemeinsamen Werte zwischen der NATO und Schweden betont und Schweden – ähnlich wie Finnland – als idealer Partner für das Bündnis dargestellt wurde. Besonders deutlich wird dies unter anderem in den öffentlichen Äußerungen von Jens Stoltenberg bei einem Treffen mit Magdalena Andersson im Juni 2022:

„Together with Finland, Sweden is our closest partner. We share the same neighbourhood, challenges, and values, and the same interest to protect our people and the international rules-based order. [...] Your membership will boost transatlantic security, as we face the biggest security crisis since World War Two. All Allies recognize this” (Stoltenberg, zit. nach NATO 2022e).

Zugleich werden in dieser Stellungnahme die Bemühungen Schwedens, den sicherheitspolitischen Anforderungen der Türkei nachzukommen, etwa durch ein bereits geändertes Anti-Terrorismus-Gesetz, neue polizeiliche Ermittlungen gegen die PKK oder das Prüfen von türkischen Auslieferungsansuchen, besonders hervorgehoben (NATO 2022e). Da sowohl die Türkei als auch Ungarn Schwedens Beitritt zur NATO deutlich kritischer gegenüberstanden und im Laufe der Zeit zusätzliche Spannungsfelder, wie etwa Protestaktionen in schwedischen Städten, auftraten, waren noch intensivere Bemühungen um rhetorische Argumente notwendig, um politischen Druck aufzubauen und den Beitrittsprozess voranzutreiben. Ein Beispiel hierfür ist die Stellungnahme von Ulf Kristersson, der im März 2023 in einer Pressekonferenz mit dem NATO-Generalsekretär zwar Verständnis für die türkische Verzögerung zeigte, diese jedoch mit den bevorstehenden Wahlen, innenpolitischen

Problemen und den erforderlichen Anstrengungen aufgrund des starken Erdbebens begründete und dadurch die offizielle Argumentation, Schweden unterstützte die Türkei nicht ausreichend im Kampf gegen den Terrorismus und die PKK, implizit infrage stellte (NATO 2023c). Zusätzlich wurde die Blockadehaltung im weiteren Verlauf zunehmend delegitimiert, indem wiederholt betont wurde, dass Schweden die im Trilateralen Memorandum vereinbarten Forderungen bereits erfüllt habe und es nun an der Zeit sei, den Beitritt zu ratifizieren (z.B. NATO 2023e; NATO 2023f). Insbesondere nachdem Finnland getrennt von Schweden im April 2024 der NATO beitreten konnte, verschärfte auch Schweden seine Rhetorik gegenüber der Türkei und Ungarn. In einem Interview mit Bloomberg am 5. April 2023 verdeutlichte der schwedische Außenminister Tobias Billström nicht nur, dass Schweden bereits alle Verpflichtungen gegenüber der Türkei erfüllt habe und nun Ankara gefordert sei, seinen Beitrag zu leisten. Zudem stellte er klar, dass Ungarns Verhalten nicht nachvollziehbar sei:

„Well, my message would be as crystal clear, as well as the Secretary-General’s, namely, that the Hungarian parliament should also ratify Sweden’s application because there are no outstanding issues, there are no special memorandums, as has been the case with Turkey in relation to Hungary. So frankly speaking, and there is simply [sic], to put this very simply, I don’t understand the reason why there is no ratification forthcoming from Budapest at this moment. There should be” (Billström, zit. nach Bloomberg 2023: 01:42-03:39).

Zusammenfassend lässt sich aus diesem Abschnitt der Analyse sagen, dass sowohl der strategische Einsatz von normbasierten Argumenten und den Verweisen auf Gemeinschaftsregeln durch Schweden und die NATO als auch das Blockadeverhalten der Türkei und Ungarns den theoretischen Erwartungen von *Rhetorical Action* entsprechen. Dieses Konzept beschreibt laut Leuffen et al. (2024), wie Akteure strategisch Argumente nutzen, die auf der kollektiven Identität der EU und NATO basieren, um die Legitimität ihrer Forderungen zu stärken oder Blockaden zu überwinden (Leuffen *et al.* 2024: 8). Dieser Vorgang wird als *rhetorical entrapement* verstanden (ebd.: 32) und wurde von Schweden und der NATO eingesetzt, um die Türkei und Ungarn dazu zu bewegen, dem Beitritt zuzustimmen. Die Wirksamkeit dieser Strategie setzt allerdings voraus, dass die Gegner der Erweiterung die liberale Identität der Gemeinschaft teilen und ihren Ruf als Mitglieder wahren wollen (ebd.: 27). Da sowohl die Türkei als auch Ungarn von dieser liberal-demokratischen kollektiven Identität der NATO abweichen, entsprechen die Vetos beider

Staaten den theoretischen Erwartungen (ebd.: 19), und bestätigen zugleich aber, dass auch die NATO-Erweiterung um Schweden nicht allein durch den Einsatz rhetorischer Appelle erklärt werden kann. Zwar erhöhten insbesondere Äußerungen von Vertreter*innen der schwedischen Regierung sowie von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den politischen Druck, isolierten beide Staaten innerhalb des Bündnisses und erzeugten Reputationskosten, doch waren letztlich transaktionale Mechanismen wie *Bargaining* und die daraus resultierenden Vereinbarungen ausschlaggebend.

6.5 Vergleich der Fallbeispiele

Die Erklärung der NATO-Erweiterungsprozesse Finnlands und Schwedens anhand der soeben analysierten kausalen Mechanismen geht über den Einzelfall hinaus und besitzt daher eine stärkere Beweiskraft. Ein Vergleich beider Fälle soll abschließend die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Beitrittsprozesse gegenüberstellen, um zentrale Ergebnisse anschließend einordnen zu können und um so die Forschungsfrage fundiert beantworten zu können (Bennett/Checkel 2014: 29).

Finnland und Schweden stellten ihren Antrag zur NATO-Mitgliedschaft zeitgleich und unter ähnlichen Voraussetzungen. Trotz der unterschiedlichen historischen Entwicklungen und Beziehungen zur NATO, westlichen Institutionen und zur Sowjetunion bzw. Russland – wie bereits ausführlich in Kapitel 5 und in den *Kosten-Nutzen-Abwägungen* erläutert – wurden beide Staaten aus Sicht der NATO lange vor ihrem Beitritt als attraktive potenzielle Mitglieder betrachtet. Zusätzlich spiegelte die eng abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Finnland und Schweden im Beitrittsverlauf ihr partnerschaftliches Verhältnis sowie ihre gegenseitige Unterstützung wider.

Neben der breiten Zustimmung dieser Beitritte innerhalb der NATO, richteten sich Vorwürfe des zu diesem Zeitpunkt einzigen blockierenden Akteurs, der Türkei, ebenfalls gegen beide Länder. Obwohl Schweden von Beginn an schärferer Kritik ausgesetzt war, war auch Finnland von den Forderungen der Türkei betroffen (z.B. Henley 2022; Müller/Slominski 2023: 270). Die Unterzeichnung des Trilateralen Memorandums zwischen Finnland, Schweden und der Türkei diente daher als Grundlage für spätere Zugeständnisse an die Türkei. Der erwartete Nutzen einer Vetodrohung und Verzögerung der Beitrittsprozesse war für die Türkei sowie Ungarn in beiden Fällen vergleichbar hoch. So nutzte die Türkei sowohl Schweden als auch Finnland als Druckmittel, um Zugeständnisse vor allem bezüglich Anti-Terrorismus-

Maßnahmen zu erzielen (NATO 2022f). Gleichzeitig wurde die Blockade dazu verwendet, eigennützige Interessen in anderen Politikfeldern – wie etwa ein militärisches Abkommen mit den USA – durchzusetzen (z.B. BBC News 2024; Alaranta 2022: 5–6). Im Unterschied zu Finnland, bot Schweden allerdings aufgrund der größeren und politisch-aktiveren kurdischen Diaspora (Norell 2022), einer differenzierten innenpolitischen Haltung bezüglich des NATO-Beitritts und seiner Rolle als „normativer Internationalist“ (Michalski et al. 2024 151–156) eine größere Angriffsfläche, weshalb sich die Geiselnahme nach dem Beitritt Finnlands im April 2023 weiter verzögerte (Müller/Slominski 2023: 270). Zwar reagierte Schweden mit deutlich umfangreicheren Anti-Terrorismus-Maßnahmen im Vergleich zu Finnland (z.B. NATO 2022d), dennoch verstärkte sich die Kritik an Schweden unter anderem durch Demonstrationen gegen die türkische Regierung (z.B. Bubalo 2023; NATO 2023b). Der Beitrittsprozess Schwedens erforderte daher zum einen stärkere rhetorische Argumente von Schweden sowie Mitgliedern der NATO und dem Generalsekretär Jens Stoltenberg als auch weitere Zugeständnisse an die Türkei, wie zum Beispiel die Vereinbarung eines bilateralen Sicherheitskompakt und die Zusage zur Unterstützung hinsichtlich der Neuaufnahme von Gesprächen über eine potenzielle EU-Mitgliedschaft (NATO 2023k).

Ungarn wiederum agierte praktisch im Windschatten der Türkei und erklärte weder Finnland noch Schweden seine Gründe für die Verzögerung der Ratifizierung, noch äußerte es klare Forderungen. Der mögliche Zusammenhang der Blockade und dem Ziel, Druck auf die EU auszuüben, um Zugeständnisse zu erzielen, verdeutlicht auch hier die eigennützigen Interessen hinter der Vetodrohung. Im Unterschied zum Fall Finnland blockierte Ungarn Schwedens Beitritt länger, positionierte sich kritisch gegenüber der schwedischen Regierung (Müller/Slominski 2024: 124) und verknüpfte den Beitritt schließlich an Verhandlungen über den Kauf neuer schwedischer Gripen-Kampffjets (Verseck 2024).

7. Diskussion der Ergebnisse, Fazit und Ausblick

7.1 Vorgehensweise in der Arbeit

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, ein vertieftes und differenziertes Verständnis von NATO-Erweiterungen und den darin zugrundeliegenden Prozessen zu erlangen. Den Ausgangspunkt dafür bildete Frank Schimmelfennigs (1998, 2001, 2003) theoretische Einbettung früherer NATO-Beitritte in den Konstruktivismus. Aufgrund veränderter

geopolitischer Rahmenbedingungen und neuer Herausforderungen innerhalb des Bündnisses, wurde diese Einordnung mit Blick auf aktuelle Erweiterungen kritisch hinterfragt und durch theoretische Konzepte, die sich der rationalistischen Theorie zuordnen lassen, ergänzt. Anschließend wurden theoriebasierte kausale Mechanismen mit Hilfe der Minimalist Process Tracing Methode im Rahmen einer Fallstudienanalyse der NATO-Beitrittsprozesse Finnlands und Schwedens überprüft, indem in offiziellen Regierungsdokumenten, Dokumenten und Pressemitteilungen der NATO sowie Medienberichten gezielt nach empirischen Hinweisen gesucht wurde. Das zentrale Erklärungskonzept für die entscheidenden Dynamiken dieser Beitrittsprozesse ist die *Hostage-Taking-Strategie*, ergänzt durch die damit verbundenen Mechanismen der *Kosten-Nutzen-Abwägung* und des *Bargaining*. Zusätzlich wurde *Rhetorical Action* als alternativer kausaler Mechanismus untersucht, der Schimmelfennig (2001) zufolge wesentlich zum Erfolg von früheren Entwicklungen beitrug, laut Leuffen et al. (2024) jedoch angesichts aktueller Entwicklungen an Bedeutung verliert. Dieses Konzept wurde gewählt, da Bennett und Checkel (2014), die in ihrer Arbeit die optimale Durchführung der Process Tracing Methode beschreiben, empfehlen, auch alternative Erklärungen zu prüfen, die in ähnlichen Fällen relevant waren. Für diese Arbeit bedeutet das: Je deutlicher die empirische Untersuchung gegen *Rhetorical Action* als alternatives Erklärungskonzept spricht, desto überzeugender sind die neueren kausalen Mechanismen. Nicht zuletzt ist für die sinnvolle Anwendung von Process Tracing neben der detaillierten Fallstudienanalyse auch eine historische Einordnung des Themas notwendig. Kapitel 5 setzte deshalb die NATO-Erweiterungen, insbesondere die von Finnland und Schweden, in den Kontext historischer Entwicklungen und Beziehungen, um ihre Bedeutung und Hintergründe besser zu verstehen.

7.2 Darstellung zentraler Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage

Die Forschungsfrage „Wie lassen sich NATO-Erweiterungen, insbesondere die Beitritte Finnlands und Schwedens, erklären?“ lässt sich nun anhand der Darstellung und Diskussion der Ergebnisse beantworten. Grundsätzlich sei gesagt, dass die Gründe für erfolgreiche NATO-Erweiterungen kontextabhängig sind. Seit der Gründung im Jahr 1949 setzt sich das Bündnis aus dem Prinzip der kollektiven Verteidigung und der Idee, gemeinsame Werte und Normen zu vertreten, zusammen. Während im Kalten Krieg bis 1991 strategische Motive, wie etwa die Stärkung der Verteidigung gegen die UdSSR vordergründlich waren, gab die Erweiterungspolitik dem Bündnis nach Ende des Kalten Krieges eine neue

Daseinsberechtigung. Erweiterungen waren somit ein Teil der aktualisierten Identität, in der es darum ging, gemeinsame Werte und Normen nicht mehr bloß zu vertreten, sondern sie auch zu verbreiten. Der Blick auf die in dieser Arbeit dargestellten wissenschaftlichen Analysen früherer Beitrittsprozesse zeigt, dass NATO-Erweiterungen anhand der konstruktivistischen Theorie – also durch die Verbreitung liberal-demokratischer Werte, die Entwicklung verschiedener Programme (wie etwa das Partnership for Peace Programm oder der Membership Action Plan), den Einsatz von *teaching-and-learning*-Mechanismen sowie rhetorischer Handlungsstrategien (*Rhetorical Action*), die auf diesen gemeinsamen Werten beruhen – nachhaltig begründet werden können. Die gezielte Stärkung der militärischen Interoperabilität bereits vor der Aufnahme potenzieller Mitglieder zeigt jedoch, dass strategische Absichten nie außer Acht gelassen wurden.

Die Einordnung neuer Herausforderungen aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen sowie die Analyse der NATO-Beitritte Albaniens (2009) und Montenegros (2017) lassen darauf schließen, dass liberal-demokratische Werte als Bedingung zur Aufnahme und als Orientierung des Verhaltens innerhalb der NATO an Bedeutung verloren haben. Vor diesem Hintergrund kann argumentiert werden, dass die Erklärung anhand des konstruktivistischen Ansatzes inzwischen an ihre Grenzen stößt, sodass die Gründe für Erweiterungen und die zugrundeliegenden Mechanismen neue Erklärungen verlangen. Die vorliegende Arbeit knüpft daran an und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur bestehenden Forschung. Dabei konnte auf folgende Weise eine Forschungslücke geschlossen werden: Anhand der umfassenden Literaturanalyse wurden einerseits zentrale aktuelle Herausforderungen identifiziert, die aufgrund struktureller Veränderungen der NATO entstanden. Dazu gehört zum Einen die Transformation der NATO als exklusiver Club hinzu einem Common Ressource Pool, bedingt durch die wachsende Anzahl an NATO-Mitgliedern, was zu größerer Heterogenität und zunehmender Rivalität um nicht-teilbare Ressourcen führt (Anghel/Jones 2025). Zum anderen ist die zunehmende Ausweitung internationaler Organisationen hervorzuheben, die zu einer stärkeren Überschneidung von Mitgliedstaaten geführt hat (*organizational overlap*) und dadurch neue strategische Handlungsmöglichkeiten wie *Hostage-Taking* durch *Issue-Linkage* ermöglicht (Hofmann 2019). Andererseits lenkten auch politische Veränderungen, wie das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in einigen NATO-Mitgliedstaaten sowie neue geopolitische Bedrohungen – insbesondere durch Russland – den Fokus erneut auf strategische Interessen und eigennütziges Verhalten. Unter diesen Bedingungen, so argumentiert diese Arbeit, können neu entwickelte, rationalistisch geprägte theoretische Konzepte – allen voran

Hostage-Taking – aktuelle Erweiterungsprozesse der NATO überzeugender erklären. Der zentrale Beitrag liegt daher in der Überprüfung dieser theoretischen Neuausrichtung anhand der empirischen Untersuchung der NATO-Beitritte Finnlands (2023) und Schwedens (2024).

Die empirische Analyse der beiden Beitrittsprozesse bestätigt die theoriebasierte Annahme, dass vor allem *Hostage-Taking* als zentraler kausaler Mechanismus zur Erklärung dieser NATO-Erweiterungen zu betrachten ist. Die Türkei und Ungarn als entscheidende Akteure und sogenannte Geiselnnehmer beeinflussten den Erweiterungsprozess durch den Einsatz dieser Strategie maßgeblich. Im Verhalten beider Staaten kann die prüfbare Erwartung (*observable implication*), ein Veto anzudrohen und die Ratifizierung der Beitrittsprotokolle zu verzögern, um eigene nationale Interessen – die nicht mit dem eigentlichen Thema in Verbindung stehen (*Issue-Linkage*) – durchzusetzen, nachgewiesen werden. Während die Türkei in einer Kombination aus *Hard Hostage-Taking* und *Soft Hostage-Taking* handelte – einerseits durch explizite und öffentlich formulierte Forderungen an Finnland und Schweden, andererseits durch den versteckten Deal mit den USA über den Verkauf von F-16-Kampffjets - kann Ungarns Verhalten vorrangig als *Soft Hostage-Taking* interpretiert werden. Die damit einhergehenden typischen Strategien zur Reduzierung von Reputationskosten treffen auf beide Staaten in unterschiedlicher Weise zu: Ungarn verschleierte die eigennützigen Forderungen hinter seiner Verzögerung und wies – insbesondere anfangs – anderen innerstaatlichen Akteuren die Schuld zu. Die Türkei wiederum versuchte seine Blockadehaltung möglichst legitim darzustellen, um Zugeständnisse einzufordern. Die im Frühjahr 2023 erfolgte „Freilassung einer Geisel“ (Finnland) durch beide Staaten gilt als weiterer Hinweis auf *Soft Hostage-Taking*, da sie als Signal für kooperatives Verhalten gedeutet wird. Daraus lässt sich schlussfolgern: In beiden Fällen – sowohl durch Türkei als auch durch Ungarn – war der Einsatz von *Hostage-Taking* wirksam, da die hohen und asymmetrisch verteilten Kosten für die Gegenseite die Glaubwürdigkeit der Vetodrohung erhöhten und da wirkungsvolle Gegenreaktionen (z.B. durch *tit-for-tat*) ausblieben. Rhetorische Argumente verstärkten – wie bereits erwähnt – zwar den Druck auf die Geiselnnehmer, zeigten sich allerdings nicht als entscheidender Grund für die Aufhebung ihrer Blockaden. Mit Blick auf die erfolgreich verhandelten Zugeständnisse für die Türkei lässt sich ableiten, dass eine Kombination aus *Soft Hostage-Taking* und *Hard Hostage-Taking* effektiver ist als bloßes *Soft Hostage-Taking*, wie es von Ungarn betrieben wurde.

Ergänzend dazu lässt sich aus der empirischen Untersuchung der Fallbeispiele schließen, dass auch die weiteren untersuchten Mechanismen zur Erklärung der NATO-Beitritte beitragen. Die

Kosten-Nutzen-Abwägung bildet dabei nicht nur die Grundlage für strategisches Verhalten seitens der Türkei und Ungarn, sondern spielte eine wichtige Rolle in der Entscheidung Finnlands und Schwedens, dem Bündnis beitreten zu wollen. *Bargaining* beeinflusste ebenfalls den Verlauf der Beitritte, wobei besonders Schweden durch die Verhandlungen der Türkei über den US-Rüstungsdeal sowie über das bilaterale Sicherheitskompakt und die Unterstützung in der Frage zur EU-Mitgliedschaft, davon betroffen war. Das Trilaterale Memorandum zwischen der Türkei, Schweden und Finnland, ein weiterer transaktionaler Aspekt des *Hostage-Takings*, sollte dabei keinesfalls unerwähnt bleiben, da es sowohl Finnland als auch Schweden dazu bewegte, der Türkei mit weitreichenden Zugeständnissen entgegenzukommen. Schließlich spielte *Rhetorical Action* eine unterstützende, aber nicht entscheidende Rolle im Beitrittsprozess beider Länder. In der Auseinandersetzung mit der Forschungsfrage lässt sich somit festhalten: Die konstruktivistische Erklärung von NATO-Erweiterungen, liberal-demokratische Werte und Normen zu verbreiten, erweist sich in der vorliegenden Fallstudienanalyse als unzureichend, da Finnland und Schweden bereits lange vor ihrer Beitritte als liberal-demokratische Staaten etabliert waren. Diese Schlussfolgerung deckt sich mit der Erwartung Schimmelfennigs (Schimmelfennig 1998: 231). Stattdessen lassen sich die Beitritte durch die sicherheitspolitische Notwendigkeit für Finnland und Schweden (*shelter-seeking*) sowie durch die strategischen Interessen der NATO, diese beiden Länder aufzunehmen – ausgelöst und verstärkt durch den Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 – erklären. Die Analyse des Verlaufs der Beitrittsprozesse zeigt jedoch, dass sowohl die Erweiterung Finnlands als auch Schwedens maßgeblich von strategischen Blockaden und transaktionaler Interessen anderer Mitgliedstaaten beeinflusst wurde. Im Kontext der dargestellten aktuellen politischen Dynamiken sind insbesondere die Mechanismen *Hostage-Taking*, *Bargaining* sowie das Abwägen von Kosten und Nutzen entscheidend für das Verständnis von NATO-Erweiterungen.

7.3 Reflexion der Methodik

Im Folgenden werden die Stärken der angewandten Methode sowie mögliche Einschränkungen der empirischen Untersuchung kritisch reflektiert. Die Process Tracing Methode im Rahmen einer qualitativen Fallstudienanalyse erwies sich in dieser Arbeit als geeignetes Instrument, um herauszufinden, warum und wie die NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens erfolgten. Da in der empirischen Untersuchung ein klarer, ununterbrochener Ablauf von den Ursachen bis zum Ergebnis nachgezeichnet werden konnte, zeigt sich, dass die Analyse nicht nur Beobachtungen beschrieb, sondern eine kausale Kette darstellen kann. Im methodischen

Handbuch von Nullmeier (2021) wird das Bestehen eines solchen Narrationstests als zentrales Element der Process Tracing Methode hervorgehoben (Nullmeier 2021: 251). George und Bennett (2005), zwei Wissenschaftler, die die Methodik des Process Tracing maßgeblich geprägt haben, identifizieren zwei potenzielle Probleme bei der Anwendung dieser Methode: Erstens kann die Erklärung der kausalen Kette geschwächt werden, wenn ein wichtiger Zwischenschritt anders verläuft als gedacht. Das zweite Problem tritt auf, wenn mehrere mögliche Erklärungen dasselbe Ereignis beschreiben und alle zu den Beobachtungen passen. Wichtig ist daher der Vergleich verschiedener Fallstudien desselben Ergebnisses unter unterschiedlichen theoretischen Perspektiven; die Identifikation zusätzlich testbarer, alternativer Erklärungen des Falls; sowie die Bestimmung der Bedingungen, unter welchen die Erklärung für die untersuchten Fälle gilt (George/Bennett 2005: 222–223). In dieser Arbeit tritt das erstgenannte, mögliche Problem nicht auf. Hinsichtlich des zweiten Problems lässt sich feststellen, dass die Mechanismen *Hostage-Taking*, *Bargaining* und *Kosten-Nutzen-Abwägung* kausal wirken, während *Rhetorical Action* zwar zur Erklärung beiträgt, aber nicht kausal ist. Zudem wurden weitere Fallstudien mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen (z.B. Osterweiterung, Konstruktivismus) herangezogen und eine alternative Erklärung durch *Rhetorical Action* überprüft. Zuletzt konnte auch bestimmt werden, unter welchen Voraussetzungen die Erklärung der untersuchten Fallbeispiele gültig ist. Die Umsetzung der Minimalist Process Tracing Methode in dieser Arbeit ermöglicht somit eine nachvollziehbare Analyse kausaler Prozesse hinter den NATO-Erweiterungen Finnlands und Schwedens.

Potenzielle Schwächen und Einschränkungen dieser Untersuchung liegen zum einen in der Frage der Generalisierbarkeit von qualitativen Fallstudien (Starke 2015: 475). Die Prozessanalyse kann sich nicht, anders als statistischen Methoden, auf die Wahrscheinlichkeitstheorie stützen. Minimiert werden kann dieses Problem allerdings – so auch in dieser Arbeit – durch die „kontingente Generalisierung“. Eine Generalisierung, die laut George und Bennett (2005) also die Kontextbedingungen miteinbezieht und sich lediglich innerhalb vergleichbarer Fälle verallgemeinern lässt (George/Bennett 2005, zit. nach: Starke 2015: 475). Eine mit Finnland und Schweden vergleichbare Gruppe an Fällen wird sich zukünftig schwer finden lassen, allerdings lässt sich das Ergebnis der Arbeit wohlmöglich mit anderen Entscheidungsprozessen und Erweiterungen innerhalb internationaler Organisationen vergleichen. Zum anderen besteht eine Gefahr in dieser Arbeit im „Cherry Picking“ einzelner Beweise. Obwohl das gezielte Suchen nach zentralen Hinweisen auf die jeweiligen kausalen Mechanismen Teil der Minimalist Process Tracing Methode ist, kann ein solcher Bias dazu

führen, dass bestimmte Perspektiven und Informationen über- oder unterrepräsentiert werden (Beach 2020: 710). Der eingeschränkte Zugang zu Daten – verschlüsselten NATO- oder Regierungsdokumenten – sowie die sprachliche Barriere zu türkischen, ungarischen, schwedischen und finnischen Quellen verstärken diese Gefahr. Abschließend ist festzuhalten, dass die getrennte Analyse der einzelnen Mechanismen (*Hostage-Taking*, *Bargaining* und *Kosten-Nutzen-Abwägung*) dazu führt, dass ihre Verflochtenheit weniger deutlich ist.

7.4 Ausblick

In Hinblick auf zukünftige Entscheidungs- und Erweiterungsprozesse kann davon ausgegangen werden, dass die Instrumentalisierung außenpolitischer Entscheidungen, um eigene nationale Interessen durchzusetzen durch strategische Verhaltensweisen, wie *Hostage-Taking* und *Bargaining*, in internationalen Organisationen weiterhin von Bedeutung bleibt. In Anlehnung an das Argument von Müller und Slominski (2023), EU-Mehrheitsentscheidungen auf den Bereich der GASP auszuweiten, um außenpolitische Entscheidungsfindung zu vereinfachen und die Anwendung strategischer Verhaltensweisen einzelner Mitglieder zu verhindern, stellt sich auch für die NATO die Frage, ob das Prinzip der Einstimmigkeit an die aktuellen Herausforderungen innerhalb des Bündnisses angepasst werden sollte.

In weiteren Forschungsarbeiten könnten ähnliche Fälle untersucht werden, die die strategische Nutzung von Vetos aufdecken und dadurch die theoretischen Konzepte weiter bestätigen. Noch dazu könnte es sich lohnen, genauer zu untersuchen, wie *Hostage-Taking* und *Bargaining* über mehrere Verhandlungsarenen – also in unterschiedlichen Organisationen – eingesetzt werden und wie sich dieses Verhalten und seine Ergebnisse unterscheiden, je nachdem, ob der Geiselnahmer Mitglied in beiden Organisationen ist, wie etwa Ungarn in EU und NATO, oder nur in einer, wie die Türkei.

III. Literaturverzeichnis

- Adler, E. (2005): *Seizing the middle ground: Constructivism in world politics*. In: *Communitarian International Relations*, 1. Aufl., Routledge, 87-112, [online] <https://doi.org/10.4324/9780203022443-6>.
- Aggestam, L./Hyde-Price, A. (2025): "*Crossing the Rubicon*": *Explaining Sweden's decision to join NATO*. In: *The British Journal of Politics and International Relations*, [online] <https://doi.org/10.1177/13691481251341683>.
- Aggestam, L./Schierenbeck, I./Wackenhut, A. (2023): *Sweden, NATO and the role of diasporas in foreign policy*. In: *International Affairs*, 99(6), 2367–2385 [online] <https://doi.org/10.1093/ia/iad239>.
- Akca, D./Ozeren, S./Bastug, M. F./Ergene, A. (2025): *Collective resilience in diaspora groups: a study of Kurdish youth in Canada and Sweden*. In: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, 17(2), 185–211, [online] <https://doi.org/10.1080/19434472.2024.2334916>.
- Alaranta, T. (2022): *NATO's Nordic enlargement and Turkey's reservations: Trilateral Memorandum of Understanding in the context of Turkey's wider strategic interests (FIIA Briefing Paper 349)*. Helsinki, Finland: Finnish Institute of International Affairs, [online] https://www.fiia.fi/wp-content/uploads/2022/09/bp349_natos-nordic-enlargement-and-turkeys-reservations.pdf [abgerufen am: 23.05.2025].
- Alberque, W./Schreer, B. (2022): *What Kind of NATO Allies Will Finland and Sweden Be?*. In: *Survival*, 64(6), 123–136, [online] <https://doi.org/10.1080/00396338.2022.2150430>.
- Anghel, V./Jones, E. (2025): *The enlargement of international organisations*. In: *West European Politics*, 48(1), 1–28, [online] <https://doi.org/10.1080/01402382.2024.2311044>.
- Arter, D. (2023): *From Finlandisation and post-Finlandisation to the end of Finlandisation? Finland's road to a NATO application*. In: *European Security*, 32(2), 171–189, [online] <https://doi.org/10.1080/09662839.2022.2113062>.
- Atwood, K./Hansler, J./Raju, M./Klein, B./Saenz, A. (2023): *Inside the Biden administration's push to get Sweden into NATO and F-16s to Turkey*. In: CNN, 11.07.2023, [online] <https://edition.cnn.com/2023/07/11/politics/sweden-turkey-nato-us-joe-biden> [abgerufen am: 16.07.2025].
- Axelrod, R./Keohane, R.O. (1985): *Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions*. In: *World Politics*, 38(1), 226–254, [online] <https://doi.org/10.2307/2010357>.
- Bayer, L./Herszenhorn, D.M. (18.05.2022): *Turkey holds firm against NATO bids by Finland and Sweden*. In: Politico, 18.05.2022, [online] <https://www.politico.eu/article/turkey-firm-against-nato-bid-finland-sweden/> [abgerufen am: 13.05.2025].
- BBC News (2024): *US approves F-16 fighter jet sale to Turkey worth \$23bn*. 27.01.2024, [online] <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-68115978> [abgerufen am: 26.06.2025].

- Beach, D. (2020): Process Tracing Methods. In: Wagemann, C./Goerres, A./Siewert, M.B. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 699–719, [online] https://doi.org/10.1007/978-3-658-16936-7_43.
- Bennett, A./Checkel, J.T. (2014): Process tracing: From philosophical roots to best practices. In: Bennett, A./Checkel, J.T. (Hrsg.): *Process Tracing*, 1. Aufl., Cambridge University Press, 3–38, [online] <https://doi.org/10.1017/CBO9781139858472.003>.
- Berlinger, J. (2022): *Finland and Sweden want to join NATO. Here's how it works and what comes next*. In: CNN, 16.05.2022, [online] <https://edition.cnn.com/2022/05/14/europe/sweden-finland-nato-next-steps-intl> [abgerufen am: 13.05.2025].
- Bernhard, M. (2021): *Democratic Backsliding in Poland and Hungary*. In: *Slavic Review*, 80(3), 585–607, [online] <https://doi.org/10.1017/slr.2021.145>.
- Bloomberg (2023): *Sweden FM: "High Hopes" to Join NATO Pre-Vilnius Summit*. 15.04.2023, [online] <https://www.bloomberg.com/news/videos/2023-04-05/sweden-fm-high-hopes-to-join-nato-pre-vilnius-summit> [abgerufen am: 21.07.2025].
- Bogaards, M. (2018): *De-democratization in Hungary: diffusely defective democracy*. In: *Democratization*, 25(8), 1481–1499, [online] <https://doi.org/10.1080/13510347.2018.1485015>.
- Bölme, S.M. (2022): *NATO-Türkiye Relations: From Irreplaceable Partner to Questionable Ally*. In: *Studia Europejskie - Studies in European Affairs*, 93–116, [online] <https://doi.org/10.33067/SE.3.2022.5>.
- Braichevska, O./Sliusarenko, I./Krupenya, I./Horobets, I. (2024): *Evolution of the policy of the Republic of Finland regarding NATO membership (1994–2023)*. In: *European Politics and Society*, Abingdon, England: Routledge, 1–17, [online] <https://doi.org/10.1080/23745118.2024.2324893>.
- Bryant, M. (2024): *Hungary approves Sweden joining NATO after months delays*. In: *The Guardian*, 26.02.2024, [online] <https://www.theguardian.com/world/2024/feb/26/hungary-parliament-vote-ratify-sweden-nato-membership> [abgerufen am: 26.06.2025].
- Bubalo, M. (2023): *Erdogan tells Sweden not to expect Nato bid support*. In: *BBC News*, 23.01.2023, [online] <https://www.bbc.com/news/world-europe-64380066> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Büssow, V. (2022): *Streit um Nato-Beitritt: Schweden liefert PKK-Mitglied an die Türkei*. In: *Frankfurter Rundschau*, 04.12.2022, [online] <https://www.fr.de/politik/nato-schweden-finnland-tuerkei-beitritt-aufnahme-blockade-pkk-ausgeliefert-erdogan-91955742.html> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Der Spiegel (2023): *Schweden liefert verurteilten Betrüger an Türkei aus*. 07.04.2023, [online] <https://www.spiegel.de/ausland/schweden-liefert-verurteilten-betrueger-an-tuerkei-aus-a-98c6203f-7305-4fd3-a071-5c22f9e40176> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Deutsche Welle (2024): *Schweden erfüllt Auslieferungswunsch*. 11.08.2024, [online] <https://www.dw.com/de/schweden-erfüllt-auslieferungswunsch-der-tuerkei/a-62781499> [abgerufen am: 25.06.2025].

- Die Presse (2022): *Nato-Anwärter Schweden bereit für Waffenexporte in die Türkei*. 30.09.2022, [online] <https://www.diepresse.com/6196834/nato-anwaerter-schweden-bereit-fuer-waffenexporte-in-die-tuerkei> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Edström, H./Gyllensporre, D. (2023): *Exploring NATO's enlargements in Northern Europe: Theorizing military transformation*. In: *Comparative Strategy*, 42(2), 264–286, [online] <https://doi.org/10.1080/01495933.2023.2182111>.
- Epstein, R.A. (2005): *Nato Enlargement and the Spread of Democracy: Evidence and Expectations*. In: *Security Studies*, 14(1), 63–105, [online] <https://doi.org/10.1080/09636410591002509>.
- Euractiv (2023): *Erdogan: Sweden, Finland must extradite up to 130 “terrorists” for NATO bid*. 17.01.2023, [online] <https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/erdogan-sweden-finland-must-extradite-up-to-130-terrorists-for-nato-bid/> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Finnemore, M./Wendt, A. (2024): *When “Old” Constructivism Was New: Reflections on Classical Constructivism*. In: *Perspectives on Politics*, 22(4), 1248–1268, [online] <https://doi.org/10.1017/S1537592724001464>.
- Finnish Government (2022): *Report on Finland's Accession to the North Atlantic Treaty Organization*. 15.05.2022, [online] https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/164093/Gov_rep_EN.pdf?sequence=4&isAllowed=y [abgerufen am: 09.06.2025].
- Sky News (2022): *Finnish President tells Russia ‘You caused this’ as he signs security pact with UK*. 11.05.2022, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=MhLNBxpo8zY> [abgerufen am: 11.06.2025].
- George, A.L./Bennett, A. (2005): *Case studies and theory development in the social sciences*. Cambridge, Massachusetts: MIT Press.
- Gheciu, A. (2005): *Security Institutions as Agents of Socialization? NATO and the “New Europe”*. In: *International Organization*, 59(4), 973–1012, [online] <https://doi.org/10.1017/S0020818305050332>.
- Gheciu, A. (2019): *NATO, liberal internationalism, and the politics of imagining the Western security community*. In: *International Journal: Canada's Journal of Global Policy Analysis*, 74(1), 32–46, [online] <https://doi.org/10.1177/0020702019834645>.
- Gheyle, N. (2022): *Evading Vetoes: Exiting the Politicized Decision Trap in EU Trade Policy*. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 60(6), 1723–1740, [online] <https://doi.org/10.1111/jcms.13343>.
- Gould, J./O'Brien, C. (2023): *Menendez ouster improves odds for F-16 sale to Turkey, top Republican says*. In: *Politico*, 27.09.2023, [online] <https://www.politico.com/news/2023/09/27/menendez-turkey-erdogan-republican-defense-00118421> [abgerufen am: 14.07.2025].
- Government Offices of Sweden (2022a): *Statement of Foreign Policy 2022*. 10.06.2022, [online] <https://www.government.se/speeches/2022/06/statement-of-foreign-policy/> [abgerufen am: 25.06.2025].

- Government Offices of Sweden (2022b): *Statement of Government Policy in the Parliamentary Debate on Foreign Affairs*. 10.06.2022, [online] <https://www.government.se/contentassets/9e7ed2449dc54caa99f326f876a43322/statement-of-foreign-policy-june-2022.pdf> [abgerufen am: 08.07.2025].
- Government Offices of Sweden (2022c): *Constitutional amendment offers greater possibilities to combat terrorism*. 30.12.2022, [online] <https://www.government.se/press-releases/2022/12/constitutional-amendment-offers-greater-possibilities-to-combat-terrorism/> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Government Offices of Sweden (2023a): *Sweden's role in NATO*. Speech. 09.01.2023, [online] <https://government.se/speeches/2023/01/swedens-role-in-nato/> [abgerufen am: 09.07.2025].
- Government Offices of Sweden (2023b): *Prime Minister meets with party leaders to brief them on the security situation*, 02.02.2023, [online] <https://www.government.se/articles/2023/02/prime-minister-meets-with-party-leaders-to-brief-them-on-the-security-situation/> [abgerufen am: 15.07.2025].
- Government Offices of Sweden (2023c): *Participation in a terrorist organisation to be a punishable offence*. 09.03.2023, [online] <https://www.government.se/press-releases/2023/03/participation-in-a-terrorist-organisation-to-be-a-punishable-offence/> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Government Offices of Sweden (2024): *National strategy against violent extremism and terrorism - prevent, avert, protect and manage (Government Communication 2023/24:56)*. 04.01.2024, [online] <https://www.government.se/contentassets/524b35ec9cdd4e30a501c6b7d9cbd694/national-strategy-against-violent-extremism--prevent-avert-protect-and-manage-government-communication-20232456.pdf> [abgerufen am: 15.07.2025].
- Hagglof, M.G. (1960): *A Test of Neutrality: Sweden in the Second World War*. In: *International Affairs*, 36(2), 153–167.
- Hendrickson, R.C. (1999): *The enlargement of NATO: The theory and politics of alliance expansion*. In: *European Security*, 8(4), 84–99, [online] <https://doi.org/10.1080/09662839908407428>.
- Henley, J. (2022): *Finland and Sweden confirm intention to join Nato*. In: *The Guardian*, 15.05.2022, [online] <https://www.theguardian.com/world/2022/may/15/finland-formally-confirms-intention-to-join-nato-russia> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Henley, J./Michaelson, R. (2022): *Erdogan: Turkey "not positive" about Sweden and Finland joining Nato*. In: *The Guardian*, 13.05.2022, [online] <https://www.theguardian.com/world/2022/may/13/erdogan-turkey-not-feeling-positive-about-sweden-and-finland-joining-nato> [abgerufen am: 22.05.2025].
- Hjertström, E./Hagström, L. (2025): *Changing identity to remain oneself: ontological security and the Swedish decision on joining NATO*. In: *Journal of International Relations and Development*, 28(1), 29–54, [online] <https://doi.org/10.1057/s41268-024-00336-3>.

- Hofmann, S.C. (2009): *Overlapping Institutions in the Realm of International Security: The Case of NATO and ESDP*. In: Perspectives on Politics, 7(1), 45–52, [online] <https://doi.org/10.1017/S1537592709090070>.
- Hofmann, S.C. (2019): *The politics of overlapping organizations: hostage-taking, forum-shopping and brokering*. In: Journal of European Public Policy, 26(6), 883–905, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2018.1512644>.
- Holland, S./Pawlak, J. (2023): *US to move ahead with transfer of F-16 jets to Turkey*. In: Reuters, 11.07.2023, [online] <https://www.reuters.com/world/us-says-move-forward-with-transfer-f-16-jets-turkey-2023-07-11/> [abgerufen am: 11.07.2025].
- Jansson, D./Lundin, U. (2024): *Opinion on NATO: record shift between 2021 and 2022*. In: University of Gothenburg, 07.03.2024, [online] <https://www.gu.se/en/news/opinion-on-nato-record-shift-between-2021-and-2022> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Janusch, H. (2018): *The Interaction Effects of Bargaining Power: The Interplay Between Veto Power, Asymmetric Interdependence, Reputation, and Audience Costs*. In: Negotiation Journal, 34(3), 219–241, [online] <https://doi.org/10.1111/nejo.12226>.
- Jim, Z./Clayton, T. (2023): *Turkey (Türkiye): Possible U.S. Sale of F-16 Aircraft (Congressional Research Service CRS Report R47493)*. 05.09.2023, [online] <https://www.congress.gov/crs-product/R47493> [abgerufen am: 14.07.2025].
- Kaczmarek, K. (2024): *Finland in a Geopolitical Perspective - From Finlandization to Integration with NATO*. In: Military University of Technology in Warsaw, (19), 4–16, [online] <https://doi.org/10.37055/pno/187837>.
- Keohane, R./Nye, J. (1977): *Power and interdependence: World politics in transition*. 5. Aufl., Boston, Massachusetts [u.a.]: Little, Brown.
- Keohane, R.O. (1984): *After hegemony: cooperation and discord in the world political economy*. 1. Aufl., Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Kimball, A.L. (2024): *Reconceptualising burdens – NATO centres of excellence: club goods, informal institutions, and partner contributions*. In: Defence Studies, 24(4), 559–600, [online] <https://doi.org/10.1080/14702436.2024.2380886>.
- Knodt, M./Wiesner, C. (2024): Introduction. The War Against Ukraine: The EU Facing New Realities. In: Knodt, M./Wiesner, C. (Hrsg.): *The War Against Ukraine and the EU: Facing New Realities*. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 1-21, [online] https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-35040-5_6.
- Kreuder-Sonnen, C. (2018): *An authoritarian turn in Europe and European Studies?*. In: Journal of European Public Policy, 25(3), 452–464, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1411383>.
- Kríz, Z./Stixová, M. (2012): *Does NATO Enlargement Spread Democracy? The Democratic Stabilization of Western Balkan Countries*. In: Středoevropské politické studie, 14 (1), 1–33.

- Leuffen, D./Dimitrova, A. L./Sedelmeier, U./Lavenex, S./Risse, T./Schimmelfennig, F. (2024): *Rhetorical action in a liberal international order in crisis: theorising EU and NATO enlargements post-2022*. In: Journal of European Public Policy, 1–46, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2024.2413461>.
- Lowy Institute (2022): *Sanna Marin on the Ukraine war, European security, and why Finland is joining NATO*. In: The Director's Chair, 02.12.2022, [online] <https://omny.fm/shows/the-directors-chair/sanna-marin-on-european-security-and-why-finland-i> [abgerufen am: 09.06.2025].
- Lundqvist, S. (2023): *A Convincing Finnish Move: Implications for State Identity of Persuading Sweden to Jointly Bid for NATO Membership*. In: Studia Europejskie - Studies in European Affairs, 26(4), 73–110, [online] <https://doi.org/10.33067/se.4.2022.3>.
- Malksoo, M. (2004): *Enabling Nato Enlargement: Changing Constructions of the Baltic States*. In: Trames (Tallinn), 8(3), 284–298, [online] <https://doi.org/10.3176/tr.2004.3.03>.
- Menon, R./Ruger, W. (2020): *NATO enlargement and US grand strategy: a net assessment*. In: International Politics, 57(3), 371–400, [online] <https://doi.org/10.1057/s41311-020-00235-7>.
- Michalski, A./Brommesson, D./Ekengren, A.-M. (2024): *Small states and the dilemma of geopolitics: role change in Finland and Sweden*. In: International Affairs, 100(1), 139–157, [online] <https://doi.org/10.1093/ia/iia244>.
- Migliorati, M. (2024): *New Nordic pathways? Explaining Nordic countries' defence policy choices in the wake of the Ukrainian war*. In: Journal of European Public Policy, 31(10), 3249–3274, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2024.2314247>.
- Mikulaschek, C. (2018): *Issue linkage across international organizations: Does European countries' temporary membership in the UN Security Council increase their receipts from the EU budget?*. In: The Review of International Organizations, 13(4), 491–518, [online] <https://doi.org/10.1007/s11558-017-9289-9>.
- Müller, P./Slominski, P. (2023): *Ungarn, der EU-Rechtstaatlichkeitsmechanismus und Russlands Krieg gegen die Ukraine: die politische Geiselnahme außenpolitischer Entscheidungen*. In: Integration (Bonn), 46(3), 259–273, [online] <https://doi.org/10.5771/0720-5120-2023-3-259>.
- Müller, P./Slominski, P. (2024): Hungary, the EU and Russia's War Against Ukraine: the Changing Dynamics of EU Foreign Policymaking. In: Knodt, M./Wiesner, C. (Hrsg.): *The War Against Ukraine and the EU: Facing New Realities*. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 111–131, [online] https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-35040-5_6.
- Müller, P./Slominski, P. (2025): *The soft hostage-taking of EU foreign policy: Hungary's rule of law conflict with the EU and Russia's war against Ukraine*. In: Journal of European Public Policy, 1–27, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2453033>.
- Murginski, P. (2023): *The Survival of NATO in the Post-Cold War Era: A Comparative Analysis of Neorealist and Constructivist Theories*. In: Bulletin of 'Carol I' National Defense University, 12(1), 53–61, [online] <https://doi.org/10.53477/2284-9378-23-05>.

- NATO (1949): *The North Atlantic Treaty*. [online] https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/history_pdf/20161122_E1-founding-treaty-original-tre.pdf [abgerufen am: 28.07.2025].
- NATO (1991): *Declaration on Peace and Cooperation*. 08.11.1991, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23846.htm?mode=pressrelease (abgerufen am: 29.07.2025).
- NATO (2022a): *Joint press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg (remote from Brussels) and Minister of Foreign Affairs of Germany, Annalena Baerbock following the informal meetings of NATO Ministers of Foreign Affairs*. 15.05.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_195129.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 13.05.2025].
- NATO (2022b): *Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg with the US Secretary of State Antony J. Blinken*. 01.06.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_196030.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 17.05.2025].
- NATO (2022c): *Speech by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the Kultaranta talks in Finland*. 12.06.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_196300.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 26.05.2025].
- NATO (2022d): *Joint press point with NATO Secretary General Jens Stoltenberg and the Prime Minister of Sweden, Magdalena Andersson*. 13.06.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_196420.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 17.05.2025].
- NATO (2022e): *Statements by the NATO Secretary General Jens Stoltenberg and the Prime Minister of Sweden, Magdalena Andersson*. 27.06.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197088.htm [abgerufen am: 25.06.2025].
- NATO (2022f): *Trilateral Memorandum between Türkiye, Finland and Sweden*. 28.06.2022, [online] https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/220628-trilat-memo.pdf [abgerufen am: 17.05.2025].
- NATO (2022g): *NATO 2022 Strategic Concept: Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Madrid*. 29.06.2022, [online] <https://www.act.nato.int/wp-content/uploads/2023/05/290622-strategic-concept.pdf> [abgerufen am: 17.03.2025].
- NATO (2022h): *Remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg and US President Joe Biden at the start of the 2022 NATO Summit*. 29.06.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_197374.htm [abgerufen am: 09.07.2025].
- NATO (2022i): *Joint press point with NATO Secretary Jens Stoltenberg and the Prime Minister of Romania, Nicolae Ciucă*. 26.10.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_208592.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 17.05.2025].
- NATO (2022j): *Press conference with NATO Secretary General Jens Stoltenberg and the Minister of Foreign Affairs of Türkiye, Mevlüt Cavusoglu*. 03.11.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_208413.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 04.06.2025].

- NATO (2022k): *Speech by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the 68th Annual Session of the NATO Parliamentary Assembly (NPA)*. 21.11.2022, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_209237.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 04.06.2025].
- NATO (2023a): *Joint Declaration on EU-NATO Cooperation*. 10.01.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_210549.htm [abgerufen am: 17.03.2025].
- NATO (2023b): *Press conference with Secretary General Jens Stoltenberg and the Minister of Foreign Affairs, Mevlüt Çavuşoğlu*. 16.02.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_211709.htm [abgerufen am: 11.07.2025].
- NATO (2023c): *Joint press conference with NATO Secretary Jens Stoltenberg and the Prime Minister of Sweden, Ulf Kristersson*. 07.03.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_212482.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 25.06.2025].
- NATO (2023d): *Pre-ministerial press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg ahead of the meetings of NATO-Ministers of Foreign Affairs*. 03.04.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_213415.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 11.06.2025].
- NATO (2023e): *Press statement by the NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the Dolmabahçe Palace*. 04.06.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_215326.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 08.07.2025].
- NATO (2023f): *Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of senior officials from Türkiye, Sweden and Finland*. 06.07.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_216819.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 08.07.2025].
- NATO (2023g): *Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting with President of Türkiye Recep Tayyip Erdoğan and Prime Minister of Sweden, Ulf Kristersson*. 10.07.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_217012.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 15.07.2025].
- NATO (2023h): *Secretary General welcomes latest steps towards Sweden's NATO accession*. 24.10.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_219526.htm [abgerufen am: 26.06.2025].
- NATO (2023i): *Joint press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg with the President of Hungary Katalin Novák*. 08.11.2023, [online] https://www.nato.int/cps/fr/natohq/opinions_219800.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 24.07.2025].
- NATO (2023j): *Joint press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg with the Prime Minister of Norway, Jonas Gahr Støre*. 30.05.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_214997.htm [abgerufen am: 25.06.2025].
- NATO (2023k): *Press statement following the meeting between Türkiye, Sweden, and the NATO Secretary General*. 10.07.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_217147.htm [abgerufen am: 26.06.2025].

- NATO (2023l): *Speech by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the 75th Nordic Council in Oslo, Norway*. 31.10.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_219722.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 09.07.2025].
- NATO (2023m): *Remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the NATO Public Forum*. 11.07.2023, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_217017.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 16.07.2025].
- NATO (2024a): *Sweden officially joins NATO*. 07.03.2024, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_223446.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 26.06.2025].
- NATO (2024b): *Joint press statements by NATO Secretary General Stoltenberg with the Prime Minister of Sweden, Ulf Kristersson*. 11.03.2024, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_223491.htm?selectedLocale=en [abgerufen am: 26.06.2025].
- NATO (2024c): *Relations with Finland*. 03.10.2024, [online] https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49594.htm [abgerufen am: 21.05.2025].
- NATO (2024d): *Relations with the European Union*. 03.12.2024, [online] https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49217.htm [abgerufen am: 17.03.2025].
- Norell, M. (2022): *NATO Membership for Sweden: Between Turkey and the Kurds*. In: FIKRA Forum, 27.06.2022, [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/nato-membership-sweden-between-turkey-and-kurds> [abgerufen am: 11.07.2025].
- Nullmeier, F. (2021): *Kausale Mechanismen und Process Tracing: Perspektiven der qualitativen Politikforschung*. 1. Aufl., Frankfurt, Main: Campus Verlag, [online] <https://doi.org/10.12907/978-3-593-44400-0>.
- Office of the President of the Republic of Finland (2022): *Statement by President of the Republic of Finland Sauli Niinistö on 28 June 2022*. 28.06.2022, [online] <https://www.presidentti.fi/niinisto/en/press-release/statement-by-president-the-republic-of-finland-sauli-niinisto-on-28-june-2022/index.html> [abgerufen am: 30.05.2025].
- Office of the President of the Republic of Finland (2023): *President Niinistö on Finland and Sweden's NATO memberships at Harpsund: We go hand in hand with everything that is in our own hands*. 23.02.2023, [online] <https://www.presidentti.fi/niinisto/en/news/president-niinisto-on-finland-and-swedens-nato-memberships-in-harpsund-we-go-hand-in-hand-with-everything-that-is-in-our-own-hands/index.html> [abgerufen am: 17.05.2025].
- Onuf, N. (1989): *World of our making: rules and rule in social theory and international relations*. Columbia, South Carolina: University of South Carolina Press.
- Orbán, V. (2024): *Viktor Orbán's Interview in der Sendung "Guten Morgen Ungarn!" von Radio Kossuth*. 23.02.2024, [online] <https://miniszterelnok.hu/en/viktor-orbans-interview-in-der-sendung-guten-morgen-ungarn-von-radio-kossuth-2024-02-23/> [abgerufen am: 14.07.2025].
- Pesu, M./Iso-Markku, T. (2024): *Insufficiency of informal alignment: why did Finland choose formal NATO membership?*. In: *International Affairs*, 100(2), 569–588, [online] <https://doi.org/10.1093/ia/iaae006>.

- Piirimäe, K. (2024): *A nearly perfect marathon: the United States and the Baltic states' accession to NATO*. In: Journal of Baltic Studies, 55(3), 651–669, [online] <https://doi.org/10.1080/01629778.2024.2370586>.
- Rasmussen, L. (2023): *Swedish court blocks extradition of two Turks in ruling likely to complicate NATO bid*. In: Reuters, 13.07.2023 [online] <https://www.reuters.com/world/swedish-court-guides-against-extradition-two-turkish-citizens-2023-07-13/> [abgerufen am: 15.07.2025].
- Reiter, D. (2001): *Why NATO Enlargement Does Not Spread Democracy*. In: International Security, 25(4), 41–67, [online] <https://doi.org/10.1162/01622880151091899>.
- Reuters (2022): *Slovak parliament approves NATO membership for Finland, Sweden*. 27.09.2022, [online] <https://www.reuters.com/world/europe/slovak-parliament-approves-nato-membership-finland-sweden-2022-09-27/> [abgerufen am: 17.05.2025].
- Reuters (2023): *Turkish parliament ratifies Finland's NATO accession as Sweden kept waiting*. 31.03.2023, [online] <https://www.reuters.com/world/europe/turkish-parliament-approves-finlands-nato-accession-2023-03-30/> [abgerufen am: 17.05.2025].
- Risse-Kappen, T. (1997): *Cooperation among Democracies: The European Influence on U.S. Foreign Policy*. Princeton: Princeton University Press.
- Rubinson, E. (2021): *Flexible democratic conditionality? The role of democracy and human rights adherence in NATO enlargement decisions*. In: Journal of International Relations and Development, 24(3), 696–725, [online] <https://doi.org/10.1057/s41268-021-00209-z>.
- Ruggie, J.G. (1992): *Multilateralism: the anatomy of an institution*. In: International Organization, 46(3), 561–598, [online] <https://doi.org/10.1017/S0020818300027831>.
- Sayle, T.A. (2020): *Patterns of continuity in NATO's long history*. In: International Politics, 57(3), 322–341, [online] <https://doi.org/10.1057/s41311-020-00237-5>.
- Schimmelfennig, F. (1998): *Nato enlargement: A constructivist explanation*. In: Security Studies, 8(2–3), 198–234, [online] <https://doi.org/10.1080/09636419808429378>.
- Schimmelfennig, F. (2001): *The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union*. In: International Organization, 55(1), pp. 47–80, [online] <https://doi.org/10.1162/002081801551414>.
- Schimmelfennig, F. (2003): *The EU, NATO and the integration of Europe: Rules and rhetoric*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Sedelmeier, U. (2024): *Is there an East–West divide on democracy in the European Union? Evidence from democratic backsliding and attitudes towards rule of law interventions*. In: Journal of European Public Policy, 31(3), 825–849, [online] <https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2198569>.
- Sjursen, H. (2004): *On the identity of NATO*. In: International Affairs, 80(4), 687–703, [online] DOI: 10.1111/j.1468-2346.2004.00411.x.
- Smith, M. (2024): *Re-ordering the EU and Europe: Old Boundaries and New Challenges*. In: Knodt, M./Wiesner, C. (Hrsg.): *The War Against Ukraine and the EU: Facing New Realities*.

- ties. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, 63-82, [online] https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-35040-5_6.
- Spohr, K. (2025): *Finland Goes West*. In: Journal of Cold War Studies, 26(4), 33–98, [online] https://doi.org/10.1162/jcws_a_01244.
- Starke, P. (2015): Prozessanalyse. In: Wenzelburger, G./Zohlhöfer, R. (Hrsg.): *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 453–482, [online] https://doi.org/10.1007/978-3-658-01968-6_18.
- Steffel, M./Williams, E.F./Permann-Graham, J. (2016): *Passing the buck: Delegating choices to others to avoid responsibility and blame*. In: Organizational Behavior and Human Decision Processes, 135, 32–44, [online] <https://doi.org/10.1016/j.obhdp.2016.04.006>.
- Szumski, C. (2023): *Sweden won't extradite own citizen to Turkey amid NATO row*. In: Euractiv, 07.04.2023, [online] <https://www.euractiv.com/section/politics/news/sweden-wont-extradite-own-citizen-to-turkey-amid-nato-row/> [abgerufen am: 25.06.2025].
- Tagesschau (2023a): *US-Kampfjets nur bei NATO-Zustimmung?*. 03.02.2023, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-tuerkei-kampfjets-nato-101.html> [abgerufen am: 17.05.2025].
- Tagesschau (2023b): *Schwedens Parlament stimmt für NATO-Beitritt*. 22.03.2023, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/schweden-nato-parlament-101.html> [abgerufen am: 17.05.2025].
- Tagesschau (2023c): *Erdogan fordert neue EU-Beitrittsgespräche*. 10.07.2023, [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/erdogan-eu-beitritt-nato-schweden-100.html> [abgerufen am: 14.07.2025].
- Than, K. (2023): *Hungary parliament backs Finland's NATO accession, Swedish bid pending*. In: Reuters, 27.03.2023, [online] <https://www.reuters.com/world/europe/hungary-parliament-backs-finlands-nato-accession-swedish-bid-pending-2023-03-27/> [abgerufen am: 17.05.2025].
- The Guardian (2022): *Swedish court blocks extradition of journalist sought by Turkey in Nato deal*. 19.12.2022, [online] <https://www.theguardian.com/world/2022/dec/19/swedish-court-blocks-extradition-journalist-turkey-nato-bulent-kenes> [abgerufen am: 15.07.2025].
- Thorhallsson, B./Stude Vidal, T. (2023): *Finland's NATO membership: Continuous shelter-seeking strategy*. In: Scandinavian Political Studies, 46(3), 194–218, [online] <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12257>.
- Thorhallsson, B./Stude Vidal, T. (2024): *Sweden's quest for shelter: 'Nonalignment' and NATO membership*. In: Scandinavian Political Studies, 47(2), 232–259, [online] <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12271>.
- TP Kanslia (2022): *Tasavallan presidentin ja pääministerin tiedotustilaisuus* 15.5.2022 [Video], 15.05.2022, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=TxyNFAO3TAU> [abgerufen am: 13.05.2025].
- Tuma, P. (2023): *Hungary has approved Finland joining NATO. But its delays raise deeper concerns*. In: Atlantic Council, 28.03.2023, [online] <https://www.atlanticcouncil.org/blog>

- [s/new-atlanticist/hungary-has-approved-finland-joining-nato-but-its-delays-raise-deeper-concerns/](#) [abgerufen am: 19.03.2025].
- Verseck, K. (2024): *Sweden in NATO, Hungary in isolation*. In: Deutsche Welle, 27.02.2024, [online] <https://www.dw.com/de/nach-versp%C3%A4teter-zustimmung-zu-schwedens-nato-beitritt-ist-ungarn-au%C3%9Fenpolitisch-isoliert/a-68384556> [abgerufen am: 09.07.2025].
- Von Hlatky, S./Fortmann, M. (2020): *NATO enlargement and the failure of the cooperative security mindset*. In: International Politics, 57(3), 554–572, [online] <https://doi.org/10.1057/s41311-020-00240-w>.
- Wintour, P. (2022): *Erdogan gains from lifting Sweden and Finland NATO veto with US fighter jet promise*. In: The Guardian, 29.06.2022, [online] <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/29/erdogan-gains-from-lifting-sweden-and-finland-nato-veto-with-us-fighter-jet-promise> [abgerufen am: 19.03.2025].
- Wintour, P. (2023): *Turkish president lifts veto on Finland's Nato application*. In: The Guardian, 17.03.2023, [online] <https://www.theguardian.com/world/2023/mar/17/turkish-president-lifts-veto-on-finland-nato-application> [abgerufen am: 30.05.2025].
- Wolff, A.T. (2015): *The future of NATO enlargement after the Ukraine crisis*. In: International Affairs, 91(5), 1103–1121, [online] <https://doi.org/10.1111/1468-2346.12400>.
- YLE NEWS (2022a): *Yle poll: Support for Nato membership soars to 76%*. 09.05.2022, [online] <https://yle.fi/a/3-12437506> [abgerufen am: 13.05.2025].
- YLE NEWS (2022b): *Kaikkonen: Finland remains shoulder-to-shoulder with Sweden in Nato process*. 06.10.2022, [online] <https://yle.fi/a/3-12651052> [abgerufen am: 13.05.2025].
- YLE NEWS (2022c): *Sweden's new PM to discuss Nato with Finnish leaders; Stoltenberg to meet with Erdogan*. 26.10.2022, [online] <https://yle.fi/a/3-12668006> [abgerufen am: 17.05.2025].
- YLE NEWS (2022d): *Wednesday's papers: Peaceful protests, Turkey visit and a whole lotta snow*, 07.12.2022, [online] <https://yle.fi/a/74-20007502> [abgerufen am: 17.05.2022].
- YLE NEWS (2022e): *Police: Helsinki demo PKK flag "not motivated" by Nato process*. 12.12.2022, [online] <https://yle.fi/a/74-20008276> [abgerufen am: 30.05.2025].
- YLE NEWS (2023): *Tuesday's papers: Nordic Nato paths diverging, 86K secondary study places up for grabs, over-50 disco fans love ABBA*. 21.02.2023, [online] <https://yle.fi/a/74-20018950> [abgerufen am: 27.05.2025].
- YLE NEWS, STT (2022): *Finland relaxing arms export to Turkey*. 18.12.2022, [online] <https://yle.fi/a/74-20009253> [abgerufen am: 30.05.2025].
- Zarembaite, V./Skaluba, C./Dailey, A.M. (2023): *Navigating Sweden's NATO membership: Insights for political and operational adaption*. In: Atlantic Council, [online] <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2024/01/Implications-and-Opportunities-of-NATO-Enlargement-for-Nordic-Baltic-Security.pdf> [abgerufen am: 09.07.2025].